

DIE UNIONSVEREINIGUNG SUDOIMPORT

offeriert:

Hochseeschiffe, Trockenfrachter, Tanker, Kühlschiffe, Fischlogger, Tragflächenboote, Schlepper, Bagger, Saugbagger, Schwimmdocks, Motorboote für Ausflüge und Sportboote;

an Schiffsausrüstungen: Dieselmotoren, Turbinen, Dieselgeneratoren, Kessel, Pumpen, Kompressoren, Deckmechanismen, Elektromotoren, Radar- und Navigationsgeräte sowie Einrichtungen für Kombüsen und Wäschereien;

SUDOIMPORT übernimmt auch die technische Betreuung von Schiffen und Schiffsausrüstungen.

Offerten erbeten über See- und Flußschiffe, Fischereifahrzeuge, Bagger, Saugbagger usw. SUDOIMPORT überholt Schiffe im Ausland.

Unsere Anschrift:

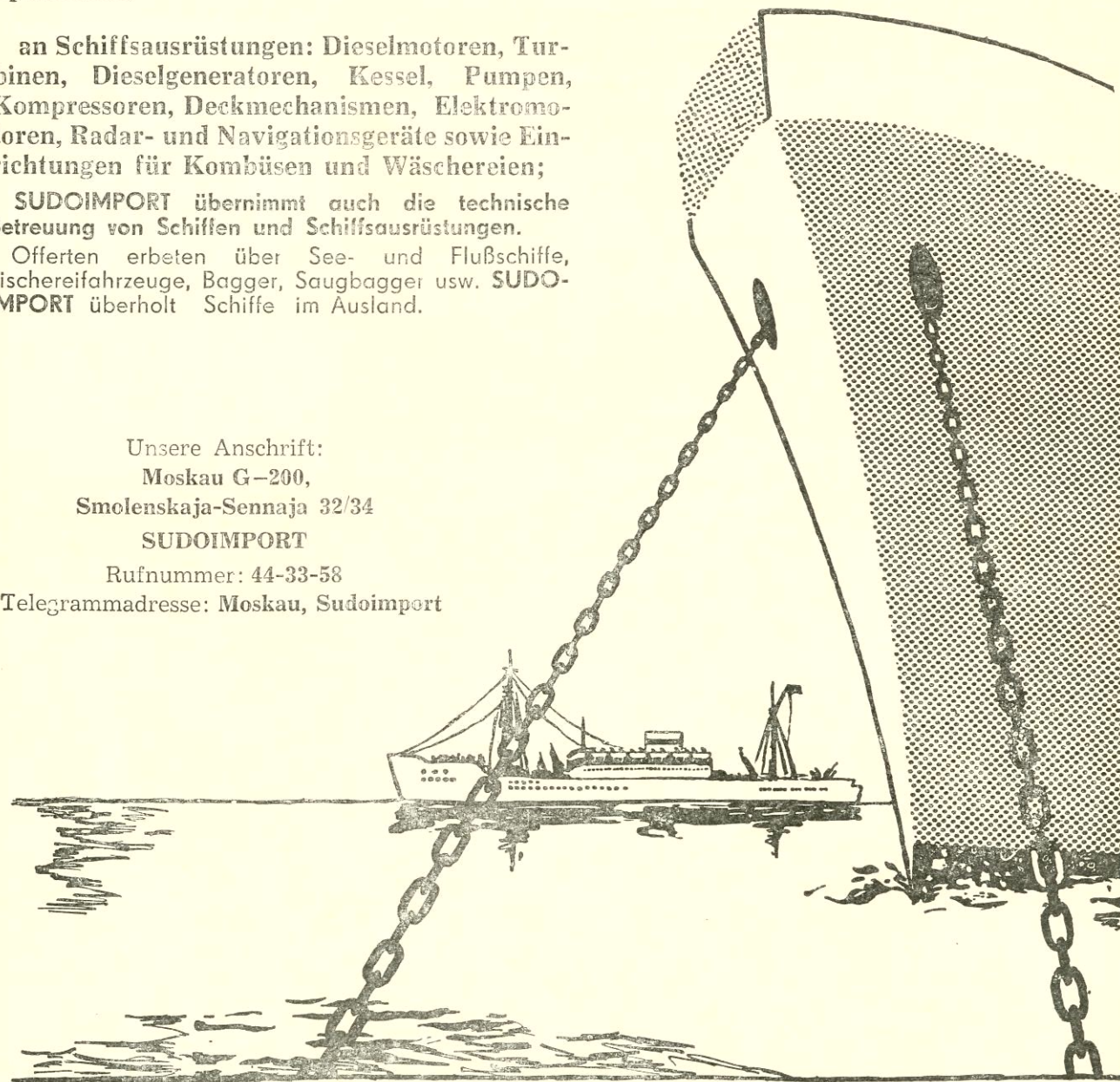
Moskau G-200,

Smolenskaja-Sennaja 32/34

SUDOIMPORT

Rufnummer: 44-33-58

Telegrammadresse: Moskau, Sudoimport



На немецком языке

NEUE ZEIT

Erhebender Ausblick

Herbstsorgen im NATO-Hauptquartier

Frischer Wind in der japanischen Politik?

Türkei: Ungelöste Probleme

Südvietnam: Stabilisierung danebengegangen

Der Ausgang des „Unternehmens Biafra“

43

25. OKTOBER

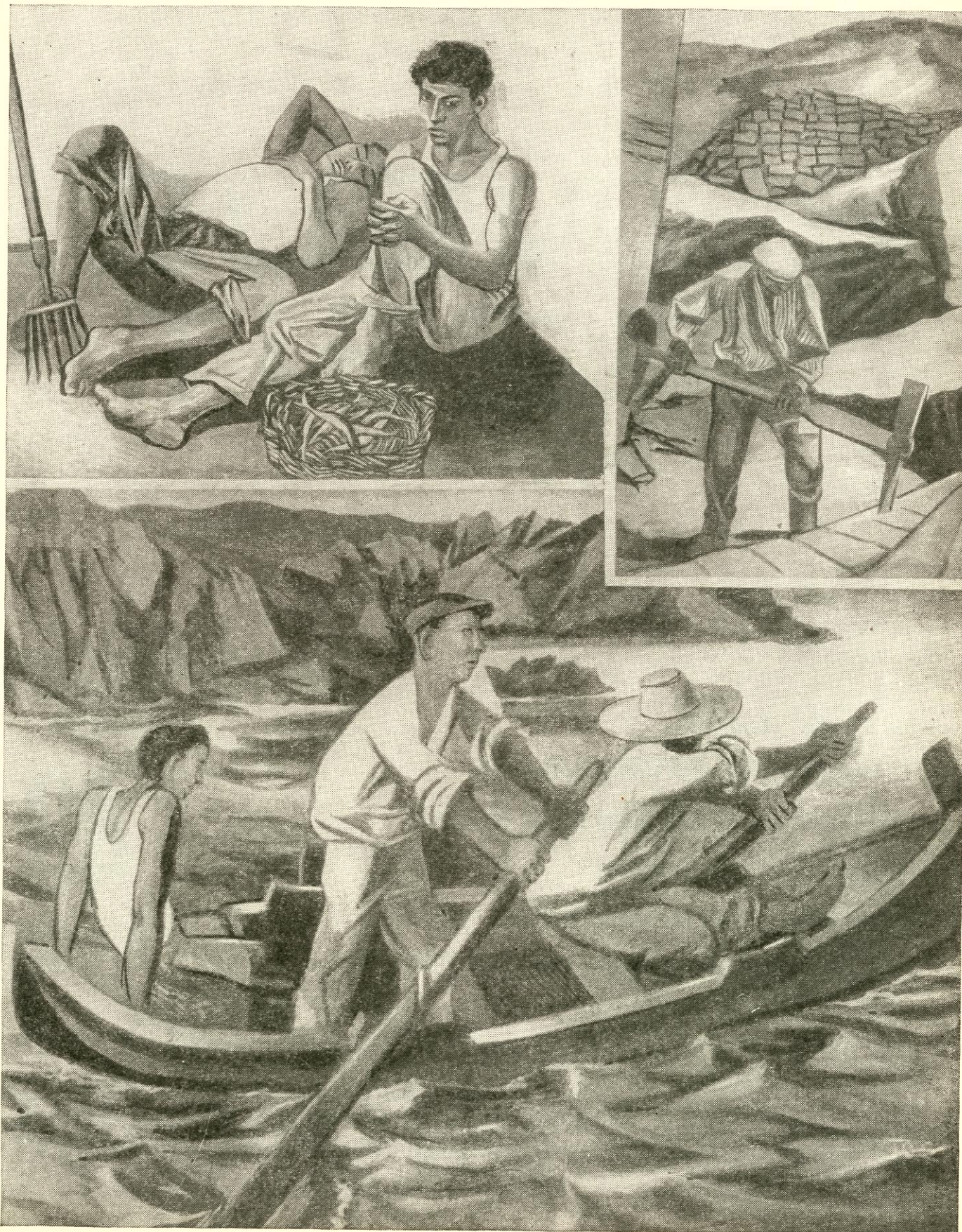
1967

WOCHENSCHRIFT FÜR WELTPOLITIK

SCHAFFENDE MENSCHEN

dargestellt von Renato GUTTUSO

Ruhende Fischer
Steinmetz
Fischer in Kalabrien



NEUE ZEIT

Nr. 43

25. Oktober 1967
Wochenschrift für Weltpolitik
Verlag der Zeitung „Trud“
Moskau

25. Jahrgang

Erscheint in russischer,
deutscher, englischer, französischer,
spanischer, polnischer und tschechischer
Sprache.

Sämtliche Ausgaben
entsprechen der russischen.
Russisch am 20. Oktober erschienen.

In diesem Heft:

Erhebender Ausblick	1
Von der Warte des Mamai- Hügels (Kommentar)	2
I. Lewtschenko – Ein Tag in Hanoi	3
Z. Fierlinger – Die Taten eines Heldenvolkes	4
L. Stepanow – Geographische und politische Breitengrade	7
Generalmajor B. Teplinski – Herbstsorgen im NATO-Haupt- quartier	10
D. Petrow – Frischer Wind in der japanischen Politik?	13
V. Bereshkow – Schlüsselpro- bleme	16
P. Pimenow – Wir verstehen uns Zeitgeschehen: Der Ausgang des „Unternehmens Biafra“ • Süd- vietnam: Stabilisierung daneben- gegangen • Abgeblitzt	20
Sam Russel – Um Mitternacht beginnt keine Revolution	23
Internationale Umschau	25
I. Trofimowa – Schönes Bulga- rien	27
I. Andronow – Ungelöste Proble- me (Bericht aus Ankara)	30
Biographisches: Jacques Rabe- mananjara	24
Leserbriefe	17
Chronik	32

Erhebender Ausblick

Der Oberste Sowjet der UdSSR hat auf seiner jüngsten Tagung den volkswirtschaftlichen Entwicklungsplan 1968, die Pläne für 1969 und 1970 sowie den Staatshaushalt 1968 verabschiedet. Diese Gesetze führen anschaulich die Größe unserer Errungenschaften vor Augen.

Die wichtigsten Ziele, die die sowjetische Wirtschaft 1970 erreichen muß, sind in den Direktiven des XXIII. Parteitags der KPdSU gesetzt. Als wirtschaftliche Hauptaufgabe dieses Zeitraums bezeichnen die Direktiven es, „eine weitere bedeutende Aufwärtsentwicklung der Industrie, ein beständiges hohes Entwicklungstempo der Landwirtschaft zu gewährleisten und dadurch eine beträchtliche Hebung des Lebensstandards des Volkes, eine vollständigere Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse aller sowjetischen Menschen herbeizuführen“. Auf die Lösung dieser Aufgabe zielen die erwähnten Gesetze ab.

Zu den wichtigsten Kennziffern des Nutzeffekts der Wirtschaft gehören die Zuwachsraten des Nationaleinkommens. 1970 soll es um 39 Prozent größer sein als 1965. Das entspricht genau dem, was in den Direktiven vorgesehen ist. Dabei wird die Industrieproduktion um 53 Prozent größer sein, nicht um 47–50, wie es in den Direktiven lautet.

Bei der Festlegung der Aufgaben für die nächsten Jahre dienen die Ergebnisse der ersten zwei Jahre des Fünfjahrplans als Ausgangspunkt. Sie haben eine wesentliche Beschleunigung in der Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft gebracht. Nahm unser Nationaleinkommen von 1961 bis 1965 im Jahresdurchschnitt um 5,7 Prozent zu, so 1966 und 1967 um je 7,2 Prozent. Sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft sind die Zuwachsraten beträchtlich gestiegen. Darin äußert sich der segensreiche Einfluß der Wirtschaftsreform. Sie erstreckt sich bereits auf Betriebe, auf die ein Drittel der gesamten industriellen Erzeugung des Landes entfällt und die rund 45 Prozent des in der Industrie anfallenden Gewinns erwirtschaften.

Auch der Lebensstandard des sowjetischen Volkes wächst schneller. Allein für die Realisierung der vom Septemberplenum des ZK der KPdSU beschlossenen Maßnahmen zur Hebung des Volkswohlstandes werden im nächsten Jahr über 6 Milliarden Rubel ausgegeben, fast ebensoviel wie im ganzen vorausgegangenen Planjahr für ähnliche Zwecke. Der allgemeine Aufschwung des Lebensstandards in der Sowjetunion beschränkt sich aber keineswegs auf die genannten Maßnahmen. Während des Planjahr fünf werden die Realeinkünfte je Kopf der Bevölkerung um etwa 30 Prozent steigen.

Der Vergrößerung der Geldeinkünfte und der Kaufkraft der Bevölkerung entspricht eine rasche Zunahme der Konsumgütererzeugung. Es ist bemerkenswert, daß die Leicht- und die Nahrungsgüterindustrie laut dem Plan für 1968 rascher wachsen wird als die Schwerindustrie: Die Konsumgütererzeugung wird 1968 um 8,6 Prozent zunehmen, die Produktion von Produktionsmitteln um 7,9 Prozent. Eine solche Relation der Zuwachsraten ist natürlich nur der gesteigerten Wirtschaftsmacht unseres Landes zu verdanken.

Der staatliche Haushaltsplan 1968 untermauert die Planerfüllung finanziell. Laut Budget werden 123,6 Milliarden Rubel ausgegeben (um 9 Milliarden mehr als in diesem Jahr). Davon entfallen über 50 Milliarden auf die Entwicklung der Volkswirtschaft, über 45 Milliarden auf das Bildungswesen, den Gesundheitsschutz und sonstige soziale und kulturelle Zwecke, 16,7 Milliarden auf die Verteidigung und 1,5 Milliarden auf die Verwaltung. Einkünftermäßig sind die Ausgaben vollständig gedeckt, es verbleibt auch eine gewisse Reserve. Die sozialistische Wirtschaft stellt 91 Prozent der Budgeteinkünfte, die Bevölkerung braucht auf dem Steuerwege nur 8,3 Prozent aufzubringen.

Hier lohnt es sich, darauf hinzuweisen, daß das erste Budget des Sowjetstaates (es war für das erste Halbjahr 1918 aufgestellt) Ausgaben vorsah, die siebenmal so groß waren wie die geplanten Einnahmen! Das Defizit mußte der Staat durch verstärkte Betätigung der Notenpresse decken. Erst im Wirtschaftsjahr 1924/25 konnte das Budget in fester Währung und mit einem Einnahmenüberschuß aufgestellt und verwirklicht werden. Als Einnahmequellen waren in diesem Budget unter anderem gesondert die Akzisen für Kerzen und Gummiüberschuhe angeführt!

So war es damals um die Finanzen der Sowjetrepublik bestellt: Das Land lebte beim Licht von Kerzen und Petroleumlampen, und obwohl bereits der Elektrifizierungsplan GOELRO aufgestellt war, waren die Finanzbehörden noch auf die Einkünfte aus dem Kerzenverkauf angewiesen. Die Zahlen des jetzigen Sowjetbudgets lassen uns ganz andere Züge, einen anderen Maßstab, ein anderes Rußland erkennen.

Die gewaltigen Ausgaben des Staatsbudgets, das der Oberste Sowjet bestätigt hat, gelten zum größten Teil dem friedlichen Aufbau, der Besserstellung des Volkes. Die jetzigen internationalen Spannungen, die Ränke der imperialistischen Kräfte halten die sowjetischen Menschen jedoch an, in ihrer Sorge um die Festigung der Verteidigungsfähigkeit ihres Heimatlandes nicht nachzulassen. Im kommenden Jahr werden die Verteidigungsaufwendungen größer als in diesem sein. Nehmen sie aber absolut zu, so bleibt ihr Anteil an der Gesamtsumme der Ausgaben für 1968 mit etwas mehr als 13 Prozent dem diesjährigen Anteil gegenüber fast unverändert. Die wachsenden Wirtschaftspotenzen des Landes erlauben es uns also, zugleich mit vergrößerten Bewilligungen für die Hebung des Volkswohlstandes die Maßnahmen zu treffen, die zur Stärkung der Streitkräfte und zum Schutz der friedlichen Errungenschaften des sowjetischen Volkes nötig sind. Dem gleichen Zweck dient das von der Tagung verabschiedete neue Gesetz über die allgemeine Militärdienstpflicht.

In den vom obersten Organ der Sowjetmacht

bestätigten wirtschaftlichen Entwicklungsplänen für die nächsten Jahre spiegeln sich die gewaltigen Möglichkeiten, über die unser Land heute dank den Vorzügen des Sozialismus verfügt. Es begeht den 50. Jahrestag des Oktober im Zeichen des weiteren Wachstums seiner Macht und des Wohlstands seines Volkes.

Von der Warte des Mamai-Hügels

Es ist bedeutungsvoll, daß in den Tagen vor den Jubiläumsfeierlichkeiten zum 50. Jahrestag des Oktober die Gedenkstätte — ein ganzes Denkmalensemble — für die Helden der Stalingrader Schlacht eingeweiht worden ist. Aus dem ganzen Land erschienen Teilnehmer dieses historischen Ringens zu dieser Feier. Führende Persönlichkeiten von Partei und Staat, berühmte Feldherren waren eingetroffen, um das Andenken der Helden zu ehren. Das ganze Sowjetland erlebte den feierlichen Augenblick mit.

Denken wir an die Marksteine auf dem 50jährigen Weg unseres Staates, so liegt die Schlacht von Stalingrad genau in seiner Mitte. Vor 25 Jahren errangen die Sowjettruppen hier ihren beispiellosen Sieg.

Hitler und sein OKW hatten der Eroberung Stalingrads größte Bedeutung beigemessen. Im Sommer 1942 waren an diesem Abschnitt der sowjetisch-deutschen Front stärkste Verbände der Wehrmacht zusammengezogen worden, um den Entscheidungsschlag gegen den Sowjetstaat zu führen. Es war in gewisser Hinsicht symbolisch, daß der Befehl über die auf Stalingrad angesetzte Armee Friedrich Paulus anvertraut war, einem der Urheber des Barbarossa-Plans, des Plans für den Überfall auf die Sowjetunion.

Die deutschen Truppen stießen vor. Hitler glaubte schon, die Stadt an der Wolga in der Hand zu haben. „Ja, wir haben sie bereits genommen“, erklärte er im November 1942. Aber Stalingrad wurde zur Stätte ihres Untergangs. Die sowjetischen Truppen nahmen die Armee von Paulus in die Zange, schlugen sie aufs Haupt und machten ihre Überreste zu Gefangenen. Von diesem Schlag konnte sich die Wehrmacht nicht mehr erholen. Bei Stalingrad begann der Weg der Sowjettruppen nach Berlin.

All das ist Geschichte, aber eine Geschichte, die im Herzen des Volkes fortlebt: die Geschichte der größten Tat der Sowjetarmee, ihrer Offiziere und Soldaten, die der ganzen Welt zeigten, zu welchen Leistungen unser sozialistischer Staat fähig ist.

Bei der Eröffnung des Heldenmals sagte der Generalsekretär des Zentralkomitees der Kom-

munistischen Partei der Sowjetunion, Leonid Breschnew:

„Zweiundzwanzig Jahre sind seit dem Ende des Krieges vergangen. Wir sind es gewohnt, von der Friedenszeit zu sprechen. Und wir alle wollen, daß diese Friedenszeit nicht zu einem Intervall zwischen zwei Kriegen wird. Möge der zweite Weltkrieg der letzte Weltkrieg gewesen sein. Aber das muß erkämpft werden, der Wunsch danach genügt nicht.“

Noch ist es unruhig in unserer Welt, noch gibt es imperialistische Politiker, die glauben, das Rad der Geschichte mit militärischer Gewalt rückwärts drehen zu können. Das Sowjetvolk vergißt das nicht. Es festigt die Verteidigungsmacht des Sowjetstaates.

Die jüngste Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR hat das neue Gesetz über die allgemeine Militärdienstpflicht verabschiedet. Es zeigt, daß wir das Pulver trocken halten. Unsere Streitkräfte sind heute technisch aufs modernste ausgerüstet. In der Armee dienen hochgebildete Bürger der sozialistischen Gesellschaft. In dem

Ein Tag in Hanoi

Der 17. Oktober war ein Tag der Freundschaft zwischen Moskau und Hanoi. Wieder hat sich das Sowjetvolk mit dem kämpfenden vietnamesischen Volk nachdrücklich solidarisiert. Wieder haben in den Betrieben und Ämtern der Hauptstadt Kundgebungen und Versammlungen stattgefunden. Wieder ist für Vietnam gesammelt worden, und sowjetische Organisationen haben Pakete mit Medikamenten, Nahrungsmitteln, Kleidung, Schulutensilien und sogar Spielzeug abgeschickt. Am 21. Oktober wird in unserem Land weit und breit auch der Tag der internationalen Einheitsaktionen für Frieden und gegen den Krieg der USA in Vietnam begangen.

Der Krieg in Vietnam wird immer erbitterter. Immer empfindlicher werden die Verluste der Aggressoren, immer wuchtiger die Schläge, die gegen sie geführt werden. Sie greifen aber mit zunehmender Heftigkeit an. Die Bombenabwürfe auf Hanoi, Haiphong, ja die ganze Demokratische Republik Vietnam werden immer hemmungsloser und lösen in aller Welt ganz besondere Empörung und Protest aus.

Wir bringen hier einen Aufsatz von der Schriftstellerin Irina Lewtschenko, die in Vietnam war. In diesem Aufsatz haben das Denken und Fühlen der sowjetischen Menschen, ihre innige Solidarität mit dem vietnamesischen Heldenvolk ihren Niederschlag gefunden. Irina Lewtschenko hat am Großen Vaterländischen Krieg teilgenommen, sie ist eine glühende Patriotin und trägt den Ehrentitel einer Heldin der Sowjetunion. Er wurde ihr für ihre Tapferkeit im Kampf gegen die Naziokkupanten verliehen.

Ein Krieg ohne Kriegserklärung ist im Gange. Amerikanische Bomben fallen auf die gepeinigte Erde Vietnams. Die amerikanischen Luftbanditen begehen in Vietnam haarsträubende Missetaten. Sie haben Schulen, Krankenhäuser, Wohnhäuser und Institute zerstört und Bambushütten in Brand gesetzt. Im Tiefflug machen sie Jagd auf Bauern, die im Feld arbeiten, und verfolgen Kraftwagen, Radfahrer und sogar Fußgänger auf den Landstraßen.

Täglich wird gemordet. Wer in Vietnam war — und ich war dort —, der hat das Wüten der amerikanischen Luftpiraten gesehen und untrüglich verspürt, wie unhaltbar die Versuche Washingtons sind, seine Handlungsweise und seine Politik zu rechtfertigen. Die herrschenden Kreise der USA behaupten, Vietnam sei selbst schuld daran, wenn es Bombenabwürfen ausgesetzt ist. Das ist eine notorische Lüge. Auf den Feldern ermordete Bauern. Tote Kinder... Die amerikanischen Bomber sind von weit her gekommen, um sie zu töten.

Gesetz finden die neuen Verhältnisse ihren Niederschlag, unter denen die Sowjetarmee besteht. Namentlich ist es möglich geworden, die Armeezeit von drei auf zwei Jahre, in der Kriegsmarine von vier auf drei Jahre herabzusetzen. Das ganze System der militärischen Erfassung, der Ausbildung und Fortbildung der Militärkader ist modernisiert. All dies festigt die Verteidigungsmacht des sozialistischen Staates noch mehr.

Schon von weitem ist die Skulptur auf dem Mamai-Hügel zu sehen: die gigantische Figur einer Frau, die ein Schwert in der hoherhobenen Rechten hält. Sie mahnt an das Schicksal, das keinem erspart bliebe, der sich zu einem Anschlag auf die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Staates erkühnen sollte. Mögen alle sie vor Augen haben, unsere Freunde und unsere Feinde!

Die sowjetischen Menschen aber sehen von der Warte des Mamai-Hügels den ganzen Weg unserer Revolution. Sie war, ist und bleibt unbesiegbar.

Irina LEWTSCHENKO
Heldin der Sowjetunion

Ich begegnete in Hanoi einem gefangenen amerikanischen Flieger. Er war in einer Gegend abgeschossen worden, in der eine katholische Kirche zerstört wurde. Auf meine Frage, ob er Katholik sei, nickte er. Da fragte ich ihn, ob er wisse, daß amerikanische Flugzeuge eine Kirche zerstört haben. Auch das bejahte er, und noch in der Gefangenschaft betet er zu Gott um Vergebung für seine Kameraden, die nicht wüßten, was sie tun.

Ich weiß nicht, vielleicht wird ihnen Gott die Zerstörung der Kirche verzeihen, die Menschheit aber wird kein vernichtetes Leben, keine eingäscherte Hütte, kein zerstörtes Krankenhaus, keinen zerbombten Tempel vergessen.

Wohl keine Sprache der Welt hat Worte, die den ganzen Zorn und die ganze Verachtung der Bewohner aller Länder für die amerikanischen Banditen und ihren Vandalismus ausdrücken könnten.

Täglich erfährt die Welt von neuen Verbrechen der amerikanischen Aggressoren, die das Völkerrecht mit Füßen treten.

Auf Hanoi, die Hauptstadt der souveränen, freien und unabhängigen Demokratischen Republik Vietnam, fallen tonnenweise Bomben und bringen Tod und Zerstörung.

Vor mir auf dem Tisch liegt ein Foto, das ich in Vietnam gemacht habe. Zwei Mädchen mit Stahlhelmen und Gewehren. Das eine hat eine Rose in der Hand. Die beiden gehören zum Selbstschutz von Hanoi. Heute müssen sie schießen, damit in den friedlichen Gärten des siegreichen Vietnams einmal wieder Rosen blühen. Ich glaube, noch jetzt die melodische Stimme der einen zu hören:

„Bestellen Sie dem Sowjetvolk, daß wir, die Jugend Vietnams, nicht weichen und wie unsere sowjetischen Brüder im Kampf für die Freiheit und Unabhängigkeit unserer Heimat siegen werden.“

Vietnam. MG-Nester auf Dächern. Splittergräben längs der Straßen. Schützengräben bei Betrieben und in jedem Dorf. In diesen Splitter- und Schützengräben halten sich bei Angriffen alle auf, die Waffen haben, und alle, die den Kämpfern Munition zutragen können.

In den Lazaretten sind Kopfverwundungen am häufigsten. Die Menschen kämpfen hochaufgerichtet. Es ist dem Ag-

gressor nicht gelungen, das vietnamesische Volk in die Knie zu zwingen.

In Moskau zurück, bekam ich einen Brief von einem Jungen. Der kleine Truong Son ist erst zehn Jahre alt. Er schreibt mir: „Die Amerikaner haben unsere Schule zerstört. Ich bin sehr böse, habe aber kein bißchen Angst vor ihnen. Ich lerne doch weiter und verspreche, daß ich sehr gut lernen werde.“

Das ganze Volk ist eins in seinem Siegeswillen. Es kämpft um seine Freiheit und Unabhängigkeit. Unter den schweren Verhältnissen leistet es nicht nur die Tagesarbeit. Selbst im Bombenhagel baut die Demokratische Republik Vietnam weiter an ihrer Zukunft. Das symbolisiert die Rose in der Hand der jungen Scharfschützin aus Hanoi.

Vietnam kämpft, das Haupt hoch erhoben wie ein freier Mensch, der auf seine in langen, schweren Kämpfen gegen die Kolonialisten gewonnene Menschenwürde stolz ist. Im 20. Jahrhundert kann man den nationalen Freiheitskampf nicht aufhalten. Mögen sich die neuen und noch grausameren Kolonialisten anstrengen soviel sie wollen, mögen sie noch so viele Kräfte aufbieten, um dieses Volk zu beugen und zu unterjochen, es wird ihnen nicht gelingen, die Geschichte zum Krebsgang zu zwingen.

Das vietnamesische Volk ist friedfertig und gut. Deshalb verteidigt es so heldenhaft sein Heimatland und ist fest entschlossen, zu siegen. Und es wird siegen!

Zdeněk FIERLINGER

Die Taten eines Heldenvolkes



Ich lebte vor dem ersten Weltkrieg in Rußland und war später drei Jahre lang als Soldat der russischen Armee an der Front, so daß ich Rußland und die russische Armee von damals kenne.

Der Krieg tobte, und viele Millionen Soldaten mußten die Fehler und die Untüchtigkeit des Zarenregimes mit ihrem Blute bezahlen. Die Soldatenmasse war eine heroische, opferbereite Armee. Sie war aber schlecht bewaffnet, die Kommandeure waren größtenteils unfähig, das Sanitätswesen war unzulänglich und die Intendanz korrupt.

In jenen Jahren lernte ich aber auch bewundernswerte Eigenschaften des russischen Volkes kennen. Als der Krieg ausbrach, brannten wir alle darauf, das tschechoslowakische Volk aus den Klauen der österreichisch-ungarischen Monarchie zu befreien. Wir kannten und achteten die große russische Kultur und die glorreichen revolutionären Traditionen Rußlands. Ebenso wie die früheren Generationen der tschechischen Patrioten glaubten auch wir fest daran, daß das russische Volk in der Geschichte unseres Volkes eine wichtige Rolle spielen würde.

Konnte die Provisorische Regierung nach der Februarrevolution Rußland einem demokratischen Parlamentarismus entgegenführen? Ja, behauptet Kerenski, der heute amerikanischen Korrespondenten so bereitwillig Interviews erteilt. Er möchte der Weltöffentlichkeit weismachen, daß das alte, halbfeudale Rußland zum demokratischen Parlamentarismus fähig gewesen wäre, wenn es von der Oktoberrevolution, die die Bolschewiki vollbrachten, nicht daran gehindert worden wäre. Jeder objektiv Denkende, dem die Verhältnisse und die tiefe Verrottung der bürgerlichen Kreise und der Monarchie Rußlands bekannt sind, weiß, daß solche Behauptungen nicht stimmen.

Vor der Oktoberrevolution konnte kaum jemand wissen, welchen Lauf der mächtige revolutionäre Strom nehmen wird, der schon zur Zeit der Februarrevolution vehement hervorbrach und den Zaren zum Abdanken nötigte. Dieser Strom wurde immer gewaltiger. Begeistert erlebten wir die ersten erhebenden Augenblicke der Februarrevolution. Viele sahen in ihr das Entstehen eines neuen, eines demokratischen Rußlands. Bald aber erkannte ich schwer enttäuscht, daß die Kommandeure der Armee

und die meisten Kaderoffiziere die Geschehnisse anders ansahen.

Die Februarrevolution berührte unvermeidlich auch das innere Leben der Armee. Es trat das Bestreben zutage, sie zu demokratisieren. An der Front wurden Soldatenräte gebildet. Am 1. März 1917 erschien der Heeresbefehl über die Achtung der Menschenwürde des Soldaten, über die Wiederherstellung seiner Bürgerrechte und über die Abschaffung der Körperstrafen.

Die meisten Kaderoffiziere bereiteten dem Befehl eine geharnischte Aufnahme. Viele Kommandeure bestraften Soldaten bei geringsten Vergehen nur noch brutaler.

Von der Provisorischen Regierung gedeckt, suchte der reaktionäre General Kornilow die Macht an sich zu reißen. Diese Regierung bemühte sich immer mehr um die Hilfe der reaktionären Generale, die darauf rechneten, die Macht zu ergreifen. Dann wäre der russische Staat ein Spielball des deutschen Imperialismus und Militarismus geworden.

Kurz vor der Oktoberrevolution reiste ich aus Rußland nach Westen, um dort den Kampf für unsere nationalen Revolutionsideale fortzusetzen. Ich reiste ab, fest überzeugt, daß Rußland unter den derzeitigen Verhältnissen nur durch eine entschlossene, kühne Aktion der revolutionären Massen zu retten war.

Lenin ging umsichtig daran, die wichtigsten Probleme des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft zu lösen. Sein Appell an das Weltproletariat zur Solidarität, sein Aufruf zum sofortigen Friedensschluß im Sinne des sozialistischen Internationalismus fand starken Widerhall. Dieser Appell war an die werktätigen Massen der westlichen Länder gerichtet. Ihm schlossen sich die Slawenvölker Österreich-Ungarns an, besonders in Böhmen, Mähren und der Slowakei, wo gestreikt wurde und ganze Regimenter meuterten. Die Mauern des „mitteleuropäischen Völkergefängnisses“, wie man Österreich-Ungarn zu nennen pflegte, begannen einzustürzen.

In jener erhebenden Zeit des großen Volksaufbruchs wurde die erste unabhängige Tschechoslowakische Republik gegründet und bald danach auf der Pariser Friedenskonferenz von den Westmächten anerkannt, anscheinend, weil sie hofften, daß die tschechische Bourgeoisie die Linksbewegung im Land niederwerfen würde.

Beim Aufbau der Sowjetunion, des ersten sozialistischen Staates, zeigte es sich, wie richtig Lenins großartige Lehre von der neuen, sozialistischen Gesellschaft war, die dem Kommunismus entgegengeht.

Lenin erkannte, daß man keine neue, sozialistische Gesellschaft aufbauen kann, wenn man lediglich das Privateigentum an den Produktionsmitteln aufhebt. Er erkannte, daß man das Verhältnis zwischen den Menschen berücksichti-

gen muß, das sich geschichtlich herausgebildet hat und unter dessen Einfluß die Denkweise des einzelnen stand. Er war der Meinung, daß man die ethischen und kulturellen Werte aus früherer Zeit beibehalten und fortentwickeln muß.

Lenin hat uns ein kostbares ideologisches Erbe hinterlassen, aus dem die Sowjetunion und wir ständig schöpfen.

Bei den Mitglieder Massen der Kommunistischen Partei, bei den Partei- und Regierungsfunktionären leben Lenins Ideale fort. Davon überzeugte ich mich, als ich 1930 die Sowjetunion besuchte. Tiefbewegt war ich, als ich hochsinnige Enthusiasten kennenlernte, die den Idealen Lenins rückhaltlos anhängen.

Lenins Ideale kamen auch in neuen Werken der Kunst und Literatur, in ihrem hohen Pathos zum Ausdruck. Das alles überzeugte mich davon, daß der Geist der Leninschen Politik lebt.

Meine Eindrücke schilderte ich in dem Buch „Die Sowjetunion auf neuen Wegen“, das 1931 im Prager Arbeiterverlag erschien. Darin rief ich unsere Werktätigen auf, sich mit den Schaffenszielen der Sowjetunion zu solidarisieren und ihr zu helfen, denn „jede ihrer Errungenschaften wird dazu beitragen, daß bei uns sozialistische Wandlungen in greifbarere Nähe rücken“.

Die Gewalt der Leninschen Ideale war in der Sowjetunion unveränderlich. Allmählich wurden die Schwierigkeiten bei der Entwicklung der Sowjetwirtschaft überwunden, die Industrie wuchs, Kolchosa entstanden und erstarkten. Im Dezember 1936 wurde die neue Verfassung angenommen. In ihr ist die Gleichberechtigung aller Bürger verbrieft und sind die Voraussetzungen für die Entwicklung der sozialistischen Demokratie erhärtet.

Man darf nicht vergessen, daß sich das alles zu einer Zeit ereignet hat, als in Europa die Kräfte des Faschismus hochkamen und Hitler in Deutschland die Macht ergriff. Unter diesen Verhältnissen wurde die neue sowjetische Verfassung von der fortschrittlichen Öffentlichkeit Europas sehr hoffnungsvoll aufgenommen.

Leider nahmen Macht und Einfluß Hitlers, der von den reaktionären Kreisen ganz Europas unterstützt wurde, unaufhaltsam zu. Hitler besetzte Österreich und bedrohte die Tschechoslowakei. Gerade in jener für unser Land so schweren Zeit war ich als tschechoslowakischer Gesandter in Moskau Zeuge wichtiger Ereignisse und erfuhr, was die sowjetischen Freunde für uns empfanden. Das Sowjetvolk half uns nach Kräften, uns innerlich und politisch auf den entscheidenden Zusammenprall mit Hitler vorzubereiten.

Im Winter 1937/38, der für uns sehr hart war, erfüllten unsere tapferen Flieger die gewiß nicht leichte Aufgabe, schwere sowjetische

Flugzeuge nach der Tschechoslowakei zu fliegen. Damals unterhielt ich mich oft mit dem Generalstabschef der Roten Armee, Boris Schaposchnikow, über die strategische Lage der Tschechoslowakei und über die Befestigungsanlagen, die in der Grenzzone unseres Landes gebaut wurden.

Ich sprach oft mit Außenminister Maxim Litwinow, der über die Verschlechterung der internationalen Lage sehr deprimiert war. Er sah die Entwicklungsperspektiven ganz nüchtern. Zu meinen guten Freunden kann ich auch seinen Stellvertreter Wladimir Potjomkin zählen, einen angesehenen Historiker und herzenswarmen Mann.

Das Muster eines kommunistischen Politikers, eines ehrlichen, kultivierten und stets bescheidenen, mit dem Volk verbundenen Mannes war Michail Kalinin, der dem Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR vorstand. Mit ihm habe ich mich oft unterhalten. Er brachte der Tschechoslowakei in ihrer schweren Lage viel Verständnis entgegen und empfand für unsere alten demokratischen Traditionen größte Achtung.

Ehrlich und gewissenhaft war die Sowjetregierung bemüht, das Verhältnis zwischen Ost und West zu verbessern. Die Politik der westlichen Staatsmänner aber hatte zur Folge, daß die ehrlichen sowjetischen Absichten vorsätzlich entstellt wurden und daß man die Kampftüchtigkeit der sowjetischen Streitkräfte unterschätzte. Die westlichen Politiker kapitulierten vor Hitler.

Damals war die Politik der Prager Koalitionsregierung alles andere als mutig und entschlossen. Es fehlte der wahre Patriotismus. Ausschlaggebend waren die Interessen der Finanzoligarchie. Innerhalb der Arbeiterklasse war ein Kampf im Gange. Unter diesen Umständen machte das ehrliche Mitgefühl der sowjetischen Freunde für die Tschechoslowakei in ihrer tragischen Lage tiefen Eindruck auf mich, ihre feste Gewißheit, daß weder München noch die darauffolgende Besetzung der Tschechoslowakei durch Hitler das letzte Wort der Geschichte sein werde.

Im Großen Vaterländischen Krieg, als die Sowjetunion schwer heimgesucht war, habe ich die seelische Stärke der sowjetischen Menschen bewundert. Ich besuchte die tschechoslowakischen Truppenteile an der Front und konnte mich davon überzeugen, daß die Sowjetarmee glänzend durchorganisiert war, daß ihre Kommandeure über Talent und Kenntnisse verfügten und daß ihre Soldaten und Offiziere straffe Disziplin hielten. Es war eine strenge Disziplin, vereint mit glühendem patriotischem Enthusiasmus und dem Glauben an den Sieg.

Nach der großen Schlacht von Stalingrad ging

die Sowjetarmee, die in den harten Verteidigungskämpfen Erfahrungen gesammelt hatte, zum Generalangriff über. Die sowjetische Industrie, die tief im Hinterland zusammengeballt war, lieferte der kämpfenden Armee hervorragende Waffen: Geschütze, Katjuschas, Panzer und Flugzeuge. Patriotismus, Kampfgeist und das Bewußtsein ihrer Stärke beseelten die sowjetischen Truppen auf ihrem Weg nach Berlin und Prag. Unsere Hauptstadt wurde dank einer glänzenden Operation befreit, die schlagartig und meisterhaft ausgeführt wurde.

Im Großen Vaterländischen Krieg bin ich viel mit sowjetischen Kulturschaffenden zusammengekommen: mit den Schriftstellern Alexej Tolstoi und Alexander Kornejtschuk, mit dem bekannten Historiker Jewgeni Tarle und vielen anderen. Über die lastende Vergangenheit Rußlands und die glänzenden Aussichten der Sowjetarmee sprach ich oft mit dem bekannten General Ignatjew, der während der Oktoberrevolution auf seine Standesprivilegien und auf die Karriere eines Zarengenerals verzichtete und sich ganz in den Dienst des Sowjetvolkes stellte.

In Moskau und Kuibyschew hatte ich in der freundschaftlichen Atmosphäre, die in dem von General Gundorow geleiteten Slawischen Komitee herrschte, Gelegenheit, mich über die gemeinsamen Ziele der slawischen Völker zu unterhalten. In dem Komitee betätigten sich auch Klement Gottwald, Zdeněk Nejedlý und Václav Kopecký. Sie teilten mit den polnischen, den bulgarischen und den jugoslawischen Genossen rückhaltlos die Hoffnung auf das Zustandekommen einer demokratischen Volksfront. Diese sollte das Banner der Leninschen Ideale entrollen und in unseren Ländern nach ihrer Befreiung vom Hitlerjoch den Sieg des Sozialismus und der sozialistischen Demokratie gewährleisten.

Nach dem Krieg legte das Sowjetvolk, geführt von der Kommunistischen Partei, erneut seine ganze Stärke und Entschlossenheit an den Tag. Die vom Krieg zerstörte Wirtschaft mußte wieder aufgebaut werden. Man mußte aber auch für die Verteidigung sorgen, denn die reaktionäre Welt Churchills fing ja den kalten Krieg gegen die Sowjetunion an.

Mit Erfolg wurde die Sowjetunion aller feindlichen Umtriebe und aller Schwierigkeiten Herr, und jetzt entwickelt sie ihre Volkswirtschaft im Einklang mit den Erkenntnissen der vorgeschrittensten Wissenschaft und Technik. Der Personenkult um Stalin und Rückfälle in diesen Kult wurden ausgemerzt, den Prinzipien der kollektiven Leitung wurde Geltung verschafft. Neue Generationen treten, von der Partei erzogen, ins

Leben. Sowjetische Wissenschaftler und Kosmonauten haben sich als kühne Pioniere im Kosmos erwiesen. Heute ist die Sowjetunion ein mächtiger Industriestaat und erwirbt bei allen fortschrittlichen Menschen der Welt immer mehr Anerkennung.

Bei ihrer weisen, grundsätzlichen und zugleich realistischen Leninschen Außenpolitik erweist die Sowjetunion allen Völkern, die sich von den Folgen der kolonialen Unterdrückung frei machen wollen, wirtschaftliche und moralische Hilfe. Dieser Politik liegt die Gewißheit zugrunde, daß der Triumph des Weltfriedens zugleich der Triumph der sozialistischen Ideen sein wird. Sie ist darauf abgestellt, potentielle Kriegsherde auszutreten, wo immer sie entstehen mögen. Es ist ja nur zu gut bekannt, wie gefährlich ein Atomkrieg für die Menschheit wäre.

Die Politik der Sowjetunion und ihr zuneh-

mendes Ansehen werden bei der Lösung entstehender internationaler Probleme zu einem gewichtigen Faktor. Gerade deshalb ist die Sowjetunion wütenden Angriffen der Weltreaktion ausgesetzt. Zur Zeit leistet das Sowjetland dem vietnamesischen Heldenvolk in seinem schweren Kampf gegen die Aggression der USA uneigennützige Hilfe. Die Stellungnahme der Sowjetunion zu der kürzlich ausgebrochenen Nahostkrise findet bei der Öffentlichkeit der Tschechoslowakei starken Widerhall. Die Einheit der Ideen und Interessen, die Freundschaft und das Bündnis mit der Sowjetunion werden immer enger.

Mit seiner tatkräftigen, mutigen Politik im Sinne der Leninschen Ideale des sozialistischen Internationalismus geht das Sowjetvolk dem 50. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution entgegen.

Geographische und politische Breitengrade

— Lew STEPANOW —

Die wirtschaftliche Kluft zwischen der „dritten Welt“ und dem industriell entwickelten Westen wird immer tiefer, trotz der bedeutenden Wandlungen in der Wirtschaft der frei gewordenen Länder und trotz all ihrer Bemühungen um nationalen Fortschritt. Die UNO hat die sechziger Jahre zu einem Entwicklungsjahrzehnt erklärt, in dessen Verlauf energische Schritte zur wirtschaftlichen Förderung der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas unternommen werden sollen. Vor drei Jahren faßte die UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung in Genf Beschlüsse, deren strikte Einhaltung durch alle am internationalen Austausch Beteiligten zumindest die Export- und Importmöglichkeiten der zur „dritten Welt“ gehörenden Länder wesentlich verbessern könnte. Leider aber entsprechen die weltwirtschaftlichen Tendenzen keineswegs diesen Erklärungen und Entschlüssen.

Zwischen 1950 und 1955 hatte das Bruttonationalprodukt der Entwicklungsländer im Jahresdurchschnitt einen 4,7prozentigen Zuwachs. In denselben Jahren war er in der Wirtschaft der entwickelten kapitalistischen Staaten genau so groß, nämlich er betrug auch 4,7 Prozent. Allerdings machte er, je Kopf der Bevölkerung gerechnet, in den entwickelten kapitalistischen Staaten 3,4 und in den Entwicklungsländern nur 2,7 Prozent aus. Schon damals erregten diese Zahlen Besorgnis. In der ersten Hälfte des laufenden Jahrzehnts erschwerte sich die Lage. Der Zuwachs des Bruttonationalprodukts betrug zwischen 1960 und 1965 im Jahresdurchschnitt in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern 5 Prozent, dagegen in der „dritten Welt“ 4,6 Prozent. Je Kopf der Bevölkerung beliefen sich die Prozentsätze auf 3,7 bzw. 2.

Soweit die Produktion. Und wie steht es mit dem internationalen Austausch? Der Anteil der Entwicklungsländer am Außenhandelsumsatz der nichtsozialistischen Welt, der im

Jahre 1953 28 Prozent ausmachte, betrug 1966 nur 20,1 Prozent. Außerdem wachsen die Schulden der Entwicklungsländer und schrumpfen ihre Gold- und Devisenreserven. Kurz, in der internationalen Statistik findet sich bislang schwerlich ein Posten, der hoffen ließe, daß sich der Entwicklungsstand beider Teile der nichtsozialistischen Welt angleichen wird.

Aus den genannten Zahlen folgt vor allem, daß der Mechanismus der Weltwirtschaft, soweit sie außerhalb der sozialistischen Welt liegt, die wirtschaftliche Ungleichheit ihrer beiden Teile — des hochentwickelten Kapitalismus und der ehemaligen kolonialen Peripherie — andauernd reproduziert und anwachsen läßt.

Die Ungleichheitsformel

Lange bevor die geschilderten Erscheinungen so akut waren wie heute, wurde in marxistischen politökonomischen Schriften der Gedanke vertreten, daß sich die Gegensätze zwischen dem Imperialismus und den zu einer selbständigen Entwicklung übergehenden Ländern unweigerlich zuspitzen würden. Das war eine der ersten Fragen, um die es im ideologisch-politischen Weltkampf ging. Die bürgerlichen Ideologen des Westens behaupteten, daß die Aufhebung der Kolonialregimes automatisch zu einer Glättung der Gegensätze zwischen den frei gewordenen Ländern und ihren gestrigen Unterdrückern führe. Die Marxisten hingegen folgerten aus der Tatsache, daß ehemalige Kolonien und Halbkolonien die politische Unabhängigkeit errangen, daß in der nationalen Freiheitsbewegung eine neue Phase eintritt: die des Kampfes um die wirtschaftliche Unabhängigkeit.

Die Notwendigkeit, den Schwerpunkt der nationalen

Freiheitsbewegung gerade auf die Wirtschaft zu verlegen, ergibt sich daraus, daß mit dem Zusammenbruch der politischen Einrichtungen des Kolonialismus keineswegs das System der wirtschaftlichen Ausbeutung verschwindet, der der Imperialismus die zurückgebliebenen Länder jahrzehntelang unterwarf. Aber auch dieses System macht einige Veränderungen durch. Früher beruhte es hauptsächlich auf einem außerökonomischen Zwang oder, um es einfacher zu sagen, auf skrupellosem Kolonialraub. Jetzt hingegen, wo die Kolonialfesseln gefallen sind, beruht es auf den „normalen“ Gesetzen des Kapitalismus. Ihre Wirkung führt dazu, daß sich am einen Pol (in den entwickelten kapitalistischen Staaten) Reichtümer zusammenballen und am anderen Pol (in den Entwicklungsländern) Not und Entbehrung zunehmen.

Die internationale Statistik bestätigt jedes Jahr, daß diese marxistische Analyse richtig ist. Deshalb bemühen sich die bürgerlichen Ideologen jetzt darum, die Tatsachen, die von einem unaufhaltsamen Anschwellen der Gegensätze zwischen dem Imperialismus und der „dritten Welt“ zeugen, so zu interpretieren, wie es ihren Zwecken am besten entspricht. Darum sind in den letzten Jahren vielerlei Theorien aufgestellt worden. So paradox das aber auch ist, können sie alle auf eine harmlos klingende Formel zurückgeführt werden, die aller Wahrscheinlichkeit nach von Journalisten stammt, denn Journalisten fassen sich ja gern kurz. Sie lautet SÜD—NORD und soll eine Art Kompaß auf den stürmischen Wogen der Weltwirtschaft sein. Der nördliche Zeiger weist nach den reichen Ländern, der südliche ständig nach den armen, wirtschaftlich zurückgebliebenen Gebieten der Welt. Es kommt den Leuten gar nicht darauf an, daß das reiche Australien und das reiche Neuseeland ganz im Süden liegen. Alle wissen ja, daß eine Formel nicht immer wörtlich genommen werden darf. Grundsätzlich wird doch keiner leugnen, daß die meisten industriell entwickelten Staaten nördlich der Tropen liegen, während sich fast alle wirtschaftlich unterentwickelten Länder in den Tropen befinden.

Es handelt sich aber nicht bloß um eine geographische Banalität. Die Formel SÜD—NORD hat einen recht streitbaren ideologisch-politischen Sinn. Sie richtet sich gegen eine vom sozialen, vom Klassenstandpunkt aus anzustellende Untersuchung dessen, wodurch die wirtschaftliche Zurücksetzung der Entwicklungsländer in der kapitalistischen Weltwirtschaft verursacht wird. In diese Formel wird alles hineingezwängt, was über die internationale imperialistische Ausbeutung hinwegtäuschen soll.

Hierher gehört sowohl der krasse Rassismus, laut dem die Bewohner des Nordens, d. h. die „Weißen“, den „farbigen“ Bewohnern des Südens von Natur aus überlegen seien, als auch die „klimatische“ Theorie, die den Kolonialisten für alles Sündenablaß erteilt, weil angeblich das Tropenklima faul mache, während die rauen Verhältnisse des Nordens zum Arbeiten anhielten. Darauf kann sich denn jeder selbst einen Reim machen, warum die „Bewohner des Nordens“ reich werden, während die „Bewohner des Südens“ im Elend dahingerieten.

Viel raffinierter ist ein anderes Schema, die sogenannte Stadientheorie des amerikanischen Professors Walt Rostow, und auch sie taugt, weil es bei ihr nicht auf die Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung eines Landes ankommt, sondern nur darauf, in welchem „Wachstumsstadium“ es sich befindet, und weiter wird wieder alles geographisch simpel eingeteilt: Die nordischen Länder befänden sich in den höchsten, die südlichen in den niedrigsten „Wachstumsstadien“.

Was absolut an allen Auffassungen fehlt, die sich in die SÜD-NORD-Formel einordnen, ist eine Erläuterung des

organischen Zusammenhangs zwischen dem Reichtum und der Armut im kapitalistischen Weltwirtschaftssystem. Die Sache wird so hingestellt, als seien SÜD und NORD Symbole zweier unabhängiger, paralleler Weltwirtschaftstendenzen mit entgegengesetzter Ausrichtung. Ist das wirklich so?

Die Politökonomie des modernen Kolonialismus

Um das zu klären, müssen wir uns wieder den Zahlen zuwenden. Hier einige offizielle Angaben über das Wirken des amerikanischen Privatkapitals in Entwicklungsländern. Im Jahre 1965 beliefen sich die neuen direkten Privatinvestitionen aus den USA in Mittel- und Südamerika auf 260 Millionen Dollar. Im selben Kalenderjahr bezogen nordamerikanische Gesellschaften aus diesem Raum von ihren Direktinvestitionen 762 Millionen Dollar Gewinn. Ein Unterschied von 502 Millionen! So steht die Sache rechnerisch. Vom Standpunkt der Politökonomie aber ist es so, daß die südlichen Nachbarn der USA einen Teil ihres nationalen Reichtums eingebüßt haben und daß zugleich die finanziellen Ressourcen der nordamerikanischen Monopole um eine halbe Milliarde Dollar angewachsen sind.

Die Bilanz der USA-Monopole aus derartigen Transaktionen mit Entwicklungsländern Asiens und Afrikas sah 1965 folgendermaßen aus: Die USA investierten 347 Millionen Dollar und bekamen 1,49 Milliarden Dollar. Für die afroasiatischen Länder ein Verlust von 1 143 000 000 Dollar und für die USA ein ebenso großer Gewinn.

Schon dieses Beispiel zeigt, daß die materiellen Entbehrungen des SÜDENS nicht von allein kommen, sondern daß der NORDEN viel dazu tut.

Ähnliches läßt sich im Handel beobachten. Bekanntlich haben die Preise für Rohstoffe allgemein die Tendenz, im Vergleich zu den Preisen für Fertigerzeugnisse zu sinken. Die Entwicklungsländer, die größtenteils Rohstoffe ausführen, haben dadurch in ihrem Export und Import große Verluste.

Warum sich die Preise auf dem Weltmarkt gerade so und nicht anders bewegen, das ist ein äußerst schwieriges Problem. Hier würde es zu weit führen, dieses Problem allseitig zu klären. Man bekommt aber eine ungefähre Vorstellung davon, wenn man z. B. folgendes beachtet: Im Jahre 1966 waren die Preise für Rohstoffe, die die „dritte Welt“ ausführte, insgesamt um 4 Prozent niedriger als 1963. Im gleichen Zeitraum stiegen die Preise für Rohstoffe, die von kapitalistischen Industrieländern exportiert wurden, um 5 Prozent.

Daraus geht ganz klar hervor, daß auf dem Weltmarkt außer den Elementarkräften auch solche wirken, die die Preisbewegung den verschiedenen Kontrahentengruppen gegenüber keineswegs neutral machen. Diese Kräfte begünstigen unverkennbar den NORDEN und schädigen den SÜDEN. Sie heißen imperialistische Monopole, und sie machen sich ihre dominierende Stellung im Welthandel zunutze, um die Entwicklungsländer zu benachteiligen.

Folglich wird das Verhältnis zwischen dem hochentwickelten Kapitalismus und der „dritten Welt“ durchaus nicht durch die gehaltlose Wortzusammenstellung SÜD—NORD charakterisiert. Dazu braucht man Ausdrücke, die den Kern der Dinge bloßlegen. Es ist deshalb richtiger zu sagen, daß einander in der nichtsozialistischen Welt ausbeutende und ausgebeutete Länder gegenüberstehen. Ihre geographische Lage spielt dabei keine Rolle, und ihre entsprechende Einteilung in Gruppen von „Reichen“ und „Armen“ ist etwas Sekundäres, eine Frucht der internationalen Ausbeutung.

Ein propagandistischer Störsakt

Die SÜD-NORD-Formel bemäntelt aber nicht nur diese Ausbeutung, sie spielt auch noch eine andere Rolle, man könnte sagen, die eines Störsakts. Es handelt sich um folgendes. Schon seit Jahren besteht im Westen die modische Konvergenztheorie, deren Verfechter nach Anzeichen für eine gegenseitige Annäherung und Durchdringung des kapitalistischen Systems und der sozialistischen Welt suchen. Sie möchten gern nachweisen, daß sich der Kapitalismus vom Sozialismus nicht gar so sehr unterscheidet und daß die Unterschiede im weiteren ganz wegfallen würden. Die Anhänger dieser Auffassung räumen ein, daß es nicht leicht ist, ihren wichtigsten Leitsatz zu begründen. Die Propaganda hingegen, die unter der Devise SÜD—NORD getrieben wird, macht es sich nicht unnötig schwer. Den Entwicklungsländern präsentiert sie den NORDEN als einen einheitlichen internationalen Organismus, der homogen, kompakt und fest zusammenhaltend sei. Mit anderen Worten: Der NORDEN bestehe aus den USA und der Sowjetunion, aus England und Polen, aus der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Ob Kapitalismus oder Sozialismus, das sei unwichtig. Wichtig sei vielmehr, daß alle diese Länder nördlich vom Wendekreis des Krebses liegen.

Als sich im internationalen Sprachgebrauch die Ausdrücke Ost und West als Kurzbezeichnungen für die beiden entgegengesetzten Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme der modernen Welt einführen, hinderte das keinen daran, den wahren Sachverhalt unserer Epoche mit ihrem Hauptgegensatz — dem zwischen Kapitalismus und Sozialismus — richtig zu verstehen. Bei der SÜD-NORD-Formel ist das anders. Ihre Urheber und Propagandisten wollen die sozialistischen Staaten als internationalen Faktor hinstellen, der der „dritten Welt“ gegenüberstehe. So wird den Entwicklungsländern die Idee suggeriert, daß der Imperialismus und der Sozialismus dieselbe Einstellung zum entrechteten SÜDEN hätten. Wenn schon davon die Rede sei, wer an der Notlage der ehemaligen Kolonien und Halbkolonien die Schuld trage, so müsse man diese zu gleichen Teilen allen Ländern des NORDENS zuschreiben, unabhängig von ihrem Gesellschafts- und Wirtschaftssystem.

Erstaunlich ist, daß die Gruppe Maos diesen imperialistischen Versuch mitmacht, einen Keil zwischen den Weltsozialismus und die nationale Freiheitsbewegung zu treiben, und daß sie sich zum Urheber der SÜD-NORD-Theorie aufwirft. Die Maoisten verlangen von den Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, daß sie alle Länder, die außerhalb dieser Kontinente liegen, als Feinde ansehen. Damit begehen die Pekinger Führer einen zweifachen Verrat am Sozialismus: Sie greifen selbst die sozialistischen Staaten Europas und die Sowjetunion an und befürworten obendrein die Lesart der imperialistischen Propaganda.

Himmelsrichtungen und die beiden Seiten der Barrikade

Alle oben zitierten statistischen Angaben betreffen das Verhältnis zwischen den Entwicklungsländern und den kapitalistischen Industrieländern. Was aber sagt die Statistik über Stand und Tendenzen der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den frei gewordenen Ländern und der Welt des Sozialismus? Vor allem liegt auf der Hand, daß es da keine Probleme gibt, die mit einem Export von Privatkapital und — in umgekehrter Richtung — einem Import von Gewinnen zusammenhängen. Was dagegen den Handel zwi-

schen den sozialistischen Staaten und der „dritten Welt“ betrifft, so treten hier deutlich Tendenzen zutage, genau entgegengesetzt denen, die für den Außenhandel der Entwicklungsländer im Rahmen des kapitalistischen Marktes charakteristisch sind.

Wie der namhafte argentinische Volkswirt Raúl Prebisch, der Leiter der UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung, feststellt, gehört der Handel der Entwicklungsländer mit den sozialistischen Staaten heutzutage „zu den am schnellsten wachsenden Sektoren des Welthandels“. Insgesamt nimmt der Außenhandelsumsatz der Entwicklungsländer während der letzten Jahre durchschnittlich um 5—6 Prozent zu, ihr Handel beispielsweise mit der Sowjetunion aber dehnt sich viermal so schnell aus. Somit bietet der Sozialismus den Entwicklungsländern neue ausgedehnte Märkte, während der Imperialismus diese Länder von ihren Positionen im Welthandel verdrängt.

Auf der Genfer Konferenz für Handel und Entwicklung von 1964 konnten die sozialistischen Staaten dank den Vorzügen ihrer Planwirtschaft einen Voranschlag ihrer Möglichkeiten zur Ausdehnung des Imports aus den Entwicklungsländern vorlegen. Die letzten Jahre zeigen, daß diese Möglichkeiten mit Erfolg und zum beiderseitigen Gewinn der Länder des Sozialismus und der „dritten Welt“ wahrgenommen werden.

Der Weg, auf dem die Entwicklungsländer ihrer Zurücksetzung in der kapitalistischen Weltwirtschaft Herr werden können, ist eine allseitige Entwicklung ihrer Volkswirtschaft, eine Steigerung der nationalen Arbeitsproduktivität. In diesem Sinne ist für sie die Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten ungemein wichtig, die dazu beiträgt, daß ihre nationale Industrie entsteht und beschleunigt wächst und die Schlüsselbranchen ihrer Wirtschaft technisch ausgerüstet werden. Einschlägige Arbeiten werden mit Hilfe der Sowjetunion in vielen Entwicklungsländern ausgeführt. Heute sind etwa 17 000 in der Sowjetunion ausgebildete Fachkräfte bei sich zu Haus, in Asien, Afrika und Lateinamerika, tätig.

Selbstverständlich ist die Sorge um den Aufbau einer selbstständigen Wirtschaft in den Entwicklungsländern nicht vom Kampf gegen den Raub zu trennen, den die imperialistischen Monopole sowohl in diesen Ländern selbst als auch auf dem Weltmarkt verüben. Die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder unterstützen unentwegt diesen Kampf gegen den Wirtschaftskolonialismus. Dank den vereinten Bemühungen der Länder der „dritten Welt“ und der sozialistischen Staaten hat die Genfer Konferenz eine Entschliebung über die Grundsätze für die internationalen Handelsbeziehungen und für die Handelspolitik gefaßt. Ihre Bestimmungen liegen im Interesse der Entwicklungsländer. Die imperialistischen Staaten haben aber unverkennbar keine Eile, die Entschliebung dem Sinn und den Buchstaben nach zu befolgen.

Jetzt beginnt eine neue Runde im Kampf dafür, daß die in Genf verkündeten Grundsätze befolgt werden. Am 10. Oktober begann in Algerien eine Wirtschaftskonferenz von 77 Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Auf diesem internationalen Forum versuchen die Vertreter der Entwicklungsländer, vor der zweiten UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung, die für Februar kommenden Jahres nach Delhi anberaumt werden soll, einen gemeinsamen Standpunkt zu finden. Nicht ausgeschlossen, daß in manchen Sitzungen und in irgendeiner Form das SÜD-NORD-Konzept aufs Tapet gebracht werden wird. Im Zusammenhang damit möchte ich folgendes feststellen: Im sozialen, wirtschaftlichen und politischen Weltkampf ist nicht die Himmelsrichtung entscheidend, sondern die Tatsache, auf welcher Seite der Barrikade man steht.

Der Herbst ist eine sorgenreiche Zeit für die NATO-Militärs und -Diplomaten. Der NATO-Rat hat seinen Sitz von Paris nach Brüssel verlegt. Treffen, Konferenzen, Beratungen, Tagungen, Land- und Seemanöver, Stabsübungen, Luftbrücken und ähnliche geräuschvolle Bekundungen des Fleißes der zahlreichen NATO-Organen folgen einander auf dem Fuß. Bei dieser hektischen militärischen und diplomatischen Betriebsamkeit fragt man sich unwillkürlich: Wozu? Was führen die NATO-Verantwortlichen im Schilde?

Botschafter Cleveland, der Vertreter der USA im NATO-Rat, erklärte unlängst: „Hauptaufgabe der NATO-Kernplanung ist es, in diesem Jahr eine Einigung über die reale Rolle zu erzielen, die die bereits in Westeuropa befindlichen taktischen Kernwaffen unter außergewöhnlichen militärischen Umständen zu spielen haben werden.“ Einer Erklärung des USA-Verteidigungsministers McNamara ist zu entnehmen, daß auf westeuropäischem Boden, hauptsächlich in der BRD, 7000 Einheiten amerikanischer Kernwaffen stationiert sind. Verglichen mit der Gesamtstärke dieser Waffen war die Atombombe, die Hiroshima zerstört hat, eine Kinderknallpistole.

Was die Einsatzmöglichkeiten von USA-Kernwaffen angeht, die sich in Westeuropa unter amerikanischem Verschuß befinden, so können sie theoretisch nur mit Erlaubnis des Präsidenten der Vereinigten Staaten zur Anwendung kommen. Ein sorgfältig ausgeklügeltes System von technischen Vorrichtungen macht es angeblich unmöglich, die amerikanischen Kernladungen ohne Genehmigung des Präsidenten zu verwenden. Aber all diese elektronischen Sicherungen haben eher juristische als praktische Bedeutung.

Die ganze Welt weiß, daß die Bundeswehr schon längst mit sogenannten taktischen amerikanischen Boden-Boden-Raketen ausgerüstet ist, namentlich mit den Raketen Honest John, Sergeant und Pershing, die alle Kernwaffenträger sind. Die Luftstreitkräfte der Bundesrepublik bestehen aus fünf Geschwadern, d. h. etwa 200 amerikanischen Jagdbombern Starfighter F-104, die eigens als Kernwaffenträger entwickelt sind. Die Bundeswehr wird auch mit (natürlich gleichfalls amerikanischen) selbstfahrenden 15,5-cm-Artilleriegeschützen (und auch solchen mit größerem Kaliber) ausgestattet, die Atommunition verschießen können. Eine solche Zusammenballung von amerikanischen Raketen, Flugzeugen und Geschützen, die allesamt für die Kernkriegführung bestimmt sind, zeigt, daß die Bundeswehr schon heute zu dieser gerüstet ist.

Herbstsorgen im NATO- Hauptquartier

Boris TEPLINSKI
Generalmajor der Flieger a. D.

Besonders kennzeichnend sind in dieser Hinsicht die großangelegten Fallex-Stabsübungen, die in jedem Herbst mit gerader Jahreszahl abgehalten werden. Diese multinationalen Übungen erstrecken sich über den gewaltigen Raum von der Nordsee und Skandinavien bis zum Mittelländischen Meer. Geübt wird dabei das Zusammenwirken der höchsten militärischen und politischen NATO-Organen mit den Regierungen, den Spitzenstäben und den Zivilministerien der NATO-Länder. So war das Thema der Fallex-Übung im Oktober 1966 die Leitung von Kampfhandlungen unter Kernkriegsverhältnissen. Angenommen war eine radioaktive Verseuchung gewaltiger Räume, bei der, wie die *Westfälische Rundschau* schrieb, Millionen Tote, Verwundete und Verseuchte gemeldet und die Proviantversorgung völlig zusammengebrochen wären. Das war kein Manöver mehr, sondern die Probe der Anfangsperiode eines Kernkriegs in Europa.

All diese Tatsachen muß man sich besonders deshalb in Erinnerung rufen, weil in letzter Zeit die militärisch-politische Achse Bonn—Washington in der NATO immer deutlichere Umrisse annimmt. Die übrigen NATO-Partner der USA werden von Westdeutschland in den Hintergrund gedrängt. Nicht einmal England, das sich „besonderer Beziehungen“ zu Washington rühmt, ist da eine Ausnahme. Eine so einflußreiche amerikanische Zeitschrift wie *U.S. News & World Report* hat bei irgendeiner Gelegenheit erklärt, daß England „heute in internationalen Angelegenheiten nicht viel zu melden hat“. Von Kiesinger hört man, die Bundesrepublik werde mit der Zeit den Amerikanern einen „immer größeren Teil der Verantwortung“ für die Geschicke Europas abnehmen. Von all dem hat der europäische Kontinent nichts Gutes zu erwarten. Es genügt schon, daß die BRD zum

ausschlaggebenden NATO-Faktor in Westeuropa wird.

Die strategische Planung der NATO nimmt jetzt auch neue Züge an. Die Position General de Gaulles hat den Nordatlantikstrategen schon viel zu schaffen gemacht und wird ihnen in Zukunft zweifellos gleichfalls Schereereien bereiten. Die britische Militärzeitschrift *Army Quarterly* erklärt z. B., daß die USA nach dem Ausscheiden Frankreichs aus der Militärorganisation des Blocks „nicht einfach sagen können: ‚Hol's der Teufel, es wird auch ohne Frankreich gehen.‘ Ohne Frankreich ist Westeuropa als einheitliches Ganzes nicht vorhanden.“

Natürlich handelt es sich hier nicht so sehr um Westeuropa als solches wie vielmehr um den Nordatlantikblock, dessen Militärorganisation nun gebietsmäßig auseinandergerissen ist. Ein Blick auf die Karte zeigt, welche Bedeutung der Verlust Frankreichs, des früheren Bindegliedes zwischen der Zentral- und der Südgruppe der Atlantikstreitkräfte, für die NATO hat. Am unangenehmsten ist jedoch für die amerikanischen und die westdeutschen Generale, daß in Europa eine Zone entstanden ist, der neben den Neutralen auch Staaten angehören, welche keiner Militärorganisation der einander entgegenstehenden militärpolitischen Blöcke angehören.

Diese Zone, die sich über den mehr als 2100 kilometerlangen Raum Frankreich — Schweiz — Österreich — Jugoslawien erstreckt, ist ein neuer und wichtiger Faktor der intereuropäischen Lage. Im Norden Europas ist eine ebensolche Zone bereits in der zweiten Hälfte der 40er Jahre entstanden, sie erstreckt sich auf die Staatsgebiete Schwedens und Finnlands. Diese „weißen Flecke“, die sich so deutlich von der Karte abheben, sind vielleicht ein Urbild der künftigen Friedenszonen, die allmählich zu einem Ganzen verschmelzen und ganz Europa erfassen können. Darum sind sie ein Quell großer Sorgen für die atlantischen Strategen, denen es nicht um einen friedlichen Zusammenschluß Europas zu tun ist, sondern um den Fortbestand seiner Spaltung.

Die NATO-Führer tun alles, um ihre Front zu stärken. In Mitteleuropa bilden die Territorien der BRD und der Beneluxländer einen zusammenhängenden strategischen Raum. Aber die „unzuverlässigen“ skandinavischen Länder und die territorial losgelöste Gruppe der Mittelmeerländer (bei weiteren Zwistigkeiten zwischen Griechenland und der Türkei) lassen die militärische Führung der NATO um ihre Flanken bangen.

Die NATO-Streitkräfte veranstalten

Jahr für Jahr eine ganze Serie von sogenannten Express-Übungen, die den Schutz der Nord- und der Südflanke des Nordatlantikblocks zum Gegenstand haben. Im Zuge solcher Übungen, für die die Situation der „Anfangsperiode eines Kernkriegs“ angenommen wird, werden mobile NATO-Einheiten aus Kontingenten der Länder, die nach Ansicht des NATO-Oberkommandos am zuverlässigsten sind, in die „gefährdeten Räume“ geflogen, in erster Linie Bundeswehreinheiten.

Neben dieser „NATO-Feuerwehr“ ist jetzt die Aufstellung vereinigter Marinestreitkräfte des Nordatlantikblocks geplant. Ihren Kern soll die bereits im Atlantik kreuzende internationale Marineabteilung bilden, die sich aus Kriegsschiffen der USA, Englands, Kanadas und der der Niederlande zusammensetzt. Beabsichtigt ist die Aufstellung von zwei Operationsverbänden mit dem Einsatzraum Nordsee für den einen und Mittelmeer für den anderen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Marinekräfte als Grundlage zur Wiederaufwärmung der einstweilen auf Eis gelegten Projekte einer Aufstellung „multilateraler“ und ähnlicher Kernseestreitkräfte der NATO bestimmt sind.

Zweifellos haben Ereignisse der letzten Zeit wie der Vietnamkrieg und die Aggression Israels gegen die arabischen Länder die Situation, die sich in Europa ergibt, etwas überschattet. Man darf jedoch nicht vergessen, daß heute die ganze Erde von einem Netz zwei- und mehrseitiger Militärverträge umspunnen ist, in denen juristisch oder faktisch die Vereinigten Staaten den Ton angeben.

Heute gibt es keine entlegenen Kriegsschauplätze mehr. Jede Kriegsflamme kann durch die zahlreichen Kanäle der mannigfaltigen Verträge und „Verteidigungspakte“ des Westens sehr bald einen beliebigen Kontinent erreichen und die totale Kriegskatastrophe auslösen. In diesem Zusammenhang ist eine unlängst in der USA-Presse veröffentlichte Erklärung des bereits erwähnten Clevelands auffallend. Er sagte, obwohl der Nahe Osten außerhalb des NATO-Raums liege, sei das Mittelmeer ein Teil des zu verteidigenden Raumes, denn es liege „innerhalb des Umkreises, in dem, wie es im Vertrag“ (gemeint ist der NATO-Pakt) „heißt, ein Überfall auf einen Verbündeten ein Überfall auf alle wäre“.

Was dabei für Verbündete gemeint sind und von wem ein Angriff auf sie ausgehen könnte, darüber ließ Cleveland nichts verlauten. Eins ist jedoch klar: Die Vereinigten Staaten haben die

Absicht, das Mittelmeer, an dessen Küste der Großteil der Länder der arabischen Welt liegt, als innerhalb des „Umkreises“ gelegen zu betrachten, den die NATO-Kräfte „verteidigen“. Es sei daran erinnert, daß USA-Staatssekretär Dean Rusk wiederholt die Frage der „Pazifikflanke“ der NATO aufgeworfen hat. Folglich sind die Appelle zur Teilnahme an der Aggression gegen das vietnamesische Volk heute von Bemühungen begleitet, die NATO in eventuelle Mittelmeerkonflikte zu verwickeln.

Wir haben es hier mit einem höchst wichtigen und gefährlichen Bestandteil der militärstrategischen Planung der USA zu tun. Das Bestreben, militärische Konflikte, wie die USA sie auslösen, zu „internationalisieren“, ist ein sehr charakteristischer Zug der Washingtoner Politik. Diesem Zug liegt das den USA eigene Bestreben zugrunde, ihre Kriege mit fremden Händen und fremdem Blut zu führen. In einem „internationalisierten“ Konflikt wie dem Koreakrieg betrugen die Verluste der USA 54 000 Mann an Toten und 103 000 an Verwundeten, die ihrer „Verbündeten“ 50 000 Mann an Toten und 194 000 an Verwundeten. Wie man sieht, haben die „Verbündeten“, darunter auch die europäischen, für die Wahrung der amerikanischen Interessen im Fernen Osten einen beträchtlichen Preis bezahlen müssen.

Blättern wir noch einmal in den traurigen, blutüberströmten Seiten der Geschichte der beiden Weltkriege, so finden wir in ihnen Zahlen, die nicht vergessen werden dürfen.

Der zweite Weltkrieg hat alle Nationen fünfzig Millionen Menschenleben gekostet. Diese Menschen sind auf den Schlachtfeldern gefallen oder den Wunden erlegen, die ihnen in den Kämpfen oder bei Luftangriffen geschlagen wurden; sie sind verhungert oder in faschistischen Todeslagern zu Tode gequält worden. Wir wissen leider nicht genau, wie groß die Verluste der europäischen Länder sind, doch zeugen die vorliegenden Angaben davon, daß bei den Kampfhandlungen oder aus anderen Ursachen insgesamt 38 Millionen Europäer ihr Leben eingebüßt haben.

Die schwersten Verluste — 20 Millionen Menschenleben — hat die Sowjetunion erlitten. Fast die Hälfte dieser Toten waren Zivilisten oder Kriegsgefangene in den Lagern der Nazis. Gewaltig waren auch die Verluste Polens (über 6 Millionen an Toten), Jugoslawiens (1,7 Millionen Tote) und anderer Länder.

Wenden wir uns dem ersten Weltkrieg zu, so sehen wir, daß von den

10 Millionen Opfern dieses Gemetzels fast neun Zehntel Einwohner europäischer Länder waren. Folglich haben die beiden Weltkriege, die auf dem europäischen Kontinent begannen und vom deutschen Militarismus bzw. dem Hitlerfaschismus entfesselt wurden, die Menschheit 60 Millionen Menschenleben gekostet. Über 47 Millionen, d. h. fast 80 Prozent aller Gefallenen und sonstigen Todesopfer der beiden Weltkriege, waren Europäer, die Blüte jeder der kriegführenden Nationen, die arbeitsfähigsten, energischsten, tatkräftigsten Männer und Frauen dieser Länder.

Vergleichen wir damit alle Kriege, die die USA führten, seit sie ein souveräner Staat sind — vom Unabhängigkeitskrieg 1775—1783 bis zum Koreakrieg (ohne den Vietnamkrieg) —, so betragen die Verluste der Vereinigten Staaten an Gefallenen und ihren Wunden Erlegenen etwa 662 000 Mann, davon 405 000 im zweiten Weltkrieg und 53 000 im ersten.

Das ist alles andere denn trockene Statistik. Wieder und wieder erhebt die Frage: Um wessentwillen mußte Europa solche Blutopfer bringen?

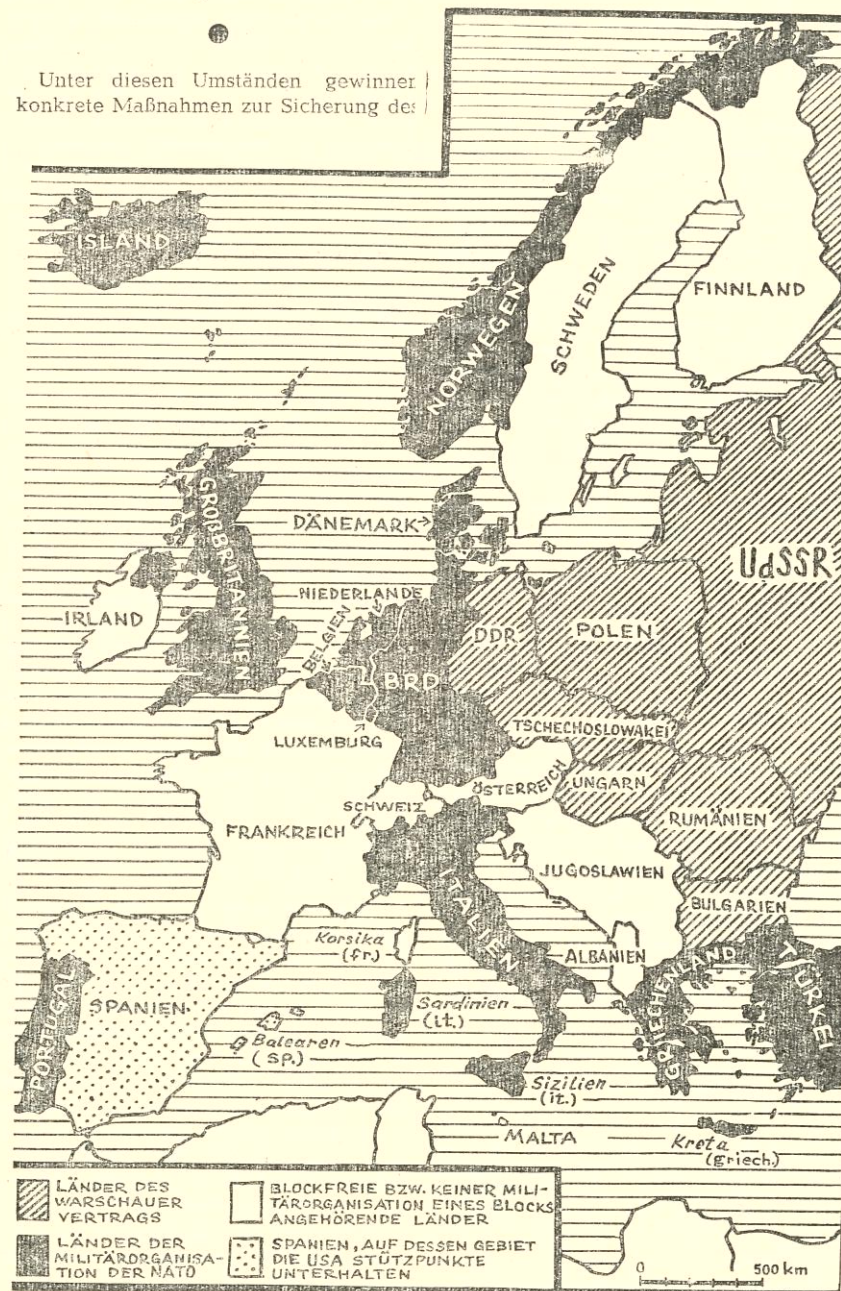
Auf der Potsdamer Dreimächtekonferenz von 1945 erklärten die siegreichen Alliierten feierlich angesichts der ganzen Welt: „Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.“ Aber heute sehen wir diese Verpflichtung, die mit dem Blut und den Qualen von Millionen und aber Millionen Gefallenen, ihren Wunden Erlegenen, Verhungerten, Vergasteten und Verbrannten erkaufte ist, von Raupen der Bundeswehrpanzer zermalmt. Und Westeuropa steht wieder unter Waffen!

Die europäischen NATO-Länder geben enorme Mittel für die Streitkräfte aus. Unter amerikanischem Druck vergrößern sie von Jahr zu Jahr ihre Militärhaushalte bis zur äußersten Anspannung ihrer Kräfte. Nach offiziellen Angaben halten sie etwa 2,4 Millionen Mann unter Waffen. Rechnet man noch die amerikanischen und die kanadischen Truppen in Europa hinzu, so kommt man auf 2 750 000 Mann, von denen 810 000 (etwa 30 Prozent der Stärke der NATO-Streitkräfte in Europa) auf USA-Truppen und die Bundeswehr entfallen. Natürlich können die Länder, die der Warschauer Vertragsorganisation angehören, einer solchen Kriegsmaschi-

ne im Herzen Europas, die an sich schon eine gewaltige Gefahr für den Frieden auf unserem Kontinent darstellt, nicht gleichgültig gegenüberstehen.

Folglich sind nach zwei Weltkriegen, die die Europäer viele Millionen Menschenleben gekostet haben und die mit der Verheerung riesiger Territorien endeten, in Europa abermals zwei militärpolitische Gruppen konfrontiert, die mit Massenvernichtungsmitteln von bisher ungeahnter Stärke ausgerüstet sind. Bei solchen Verheerungspotenzen kann man mit Gewißheit sagen: Europa hat die Grenze erreicht, an der entscheidende Beschlüsse gefaßt werden müssen.

Unter diesen Umständen gewinnen konkrete Maßnahmen zur Sicherung des



Friedens in Europa außerordentliche Bedeutung. Den amerikanischen Plänen steht jetzt eine klare Alternativlösung entgegen: der Kurs auf den Aufbau eines europäischen Sicherheitssystems.

Womit ist zu beginnen? Der erste Schritt zu diesem Ziel könnte eine Einigung über die Auflösung der beiden Militärblöcke, eingeleitet durch die Abschaffung der Militärorganisationen der Nordatlantikunion und des Warschauer Vertrages, sein. Die Vorschläge über ein solches Abkommen, wie sie die Bukarester Deklaration und die Erklärung der Konferenz von Karlovy Vary enthalten, sind von führenden

Persönlichkeiten der Sowjetunion und anderer Länder des sozialistischen Lagers wiederholt erhärtet, von den Führern des Westens aber bis jetzt noch nicht beantwortet worden.

1969 läuft der Nordatlantikvertrag ab. Das läßt die Europäer immer öfter über die Zukunft ihres Kontinents nachdenken. In Europa erweitert sich die Diskussion über die Zweckmäßigkeit des Fortbestands eines Blocks, von dem es hieß, er sei zur Zurückweisung einer „Bedrohung aus dem Osten“ gegründet worden, während ja niemand mehr an eine solche Bedrohung glaubt. Das beginnt man selbst in den USA einzusehen. Bei Spekulationen über die Zukunft der NATO kam die Pentagon-Zeitschrift *Army* zu dem Schluß, es sei heute eine wesentliche Frage, „ob dieses Bündnis in seiner jetzigen Form wirklich notwendig ist“. In der amerikanischen Presse kann man auch lesen, daß die Nordatlantikunion eine neue politische Rolle spielen müsse. So schrieb U. S. News & World Report in einem seiner letzten Hefte, die Aufgabe bestehe darin, „Separatgespräche mit Rußland zu vermeiden und ein koordiniertes Vorgehen der Verbündeten in allen wichtigsten Fragen zu sichern“.

Solche Erklärungen werden natürlich nicht abgegeben, weil alles nach Wunsch verlief. Die atlantischen Politiker sehen den Zusammenbruch ihres Aggressionsblocks voraus und treffen Maßnahmen, um das Heft in der Hand zu behalten, um den endgültigen Zerfall des atlantischen Bündnisses zu vermeiden und dieses zu „modifizieren“, wie sie es möchten. Sie sind sich sehr wohl dessen bewußt, daß der Aufbau eines europäischen Sicherheitssystems, selbst wenn auch nur der erste Schritt dazu getan wäre, das Ende des atlantischen Systems, damit aber auch des Washingtoner Diktats in Europa bedeuten würde. Auch flößt ihnen die immer realistischere Haltung der kleineren NATO-Länder Besorgnis ein, da ihr Abfall ein irreparabler Verlust für den Nordatlantikvertrag wäre.

Gelang es den USA, zur „Stärkung“ der südlichen NATO-Flanke in Griechenland einen militär-faschistischen Umsturz nach dem Prometheus-Plan herbeizuführen, so wird ihnen das in den meisten anderen westeuropäischen Ländern kaum gelingen. Eine Ausnahme ist nur Westdeutschland, wo die Verabschiedung der Notstandsgesetze durch den Bundestag einen „kalten Putsch“ bedeuten würde. Die meisten Völker Europas beginnen jedoch zu erkennen, daß das Gespenst eines Raketen- und Kernkriegs allen Ländern, ob groß oder klein, droht und für niemand eine Ausnahme machen wird. Darum überzeugen sie sich immer mehr davon, daß der einzige

Ausweg die Schaffung eines Systems ist, das allen Ländern die Sicherheit garantiert (auch den kleineren, die diese Sicherheit mit eigenen Kräften nicht gewährleisten können). Ein solches System kann aber nur ein europäisches Sicherheitssystem sein!

In letzter Zeit hat sich deutlich die Notwendigkeit gezeigt, eine repräsentative Konferenz der europäischen Länder zur Erörterung aller Fragen einzuberufen, die mit dem Ausbau der Zusammenarbeit und der Schaffung eines

kollektiven Sicherheitssystems in Europa zusammenhängen. Von den westeuropäischen Ländern haben sich Frankreich, Österreich und Finnland bereits für eine solche Konferenz ausgesprochen, von den Mitgliedern der Militärorganisation der NATO Großbritannien und Italien. Leider sind in Europa immer noch Kräfte am Werk, die daran interessiert sind, den Zusammentritt einer solchen Konferenz solange wie möglich zu verzögern. Darum muß der erste konkrete Schritt zum Aufbau eines kollektiven

Sicherheitssystems eine Zusammenkunft von Vertretern der europäischen Länder sein, die sich dieses brennenden Problems der Gegenwart annimmt.

Die Europäer wollen, dürfen und werden nicht mehr ihr Blut für fremde Interessen vergießen. Sie können und müssen sich, frei von jedem äußeren Druck, darüber einigen, wie die internationale Zusammenarbeit angebahnt, der Frieden erhalten und die Sicherheit ihres Kontinents gewährleistet werden kann.

Frischer Wind in der japanischen Politik?

Dmitri PETROW

Die Reiselust läßt den japanischen Ministerpräsidenten Eisaku Sato nicht mehr zur Ruhe kommen. Was die Weite, Dauer und Intensität seiner Auslandsreisen angeht, kann ihm keiner von seinen Vorgängern im Amte das Wasser reichen. Anfang Juli besuchte er Seoul, im September Taiwan. Nach Tokio zurückgekehrt, ging er zehn Tage später wieder auf die Reise nach Rangun. Seine nächsten Ziele waren Malaysia, Singapur, Thailand und Laos. Am 30. September kehrte er für kurze Zeit nach Tokio zurück, aber nach einer Woche intensiver Verhandlungen mit den Mitgliedern seines Kabinetts ließ er sich am 8. Oktober wieder auf dem Flugplatz verabschieden. Diesmal geht die Reise nach Indonesien, Australien, Neuseeland, den Philippinen und schließlich Saigon. Ende Oktober wird der japanische Ministerpräsident nach Tokio zurückkehren, aber nur, um im November den Pazifik zu einem Besuch in den USA und Kanada zu überfliegen.

Für seine stürmische diplomatische Tätigkeit führt Ministerpräsident Sato drei Ursachen an. Erstens will er „sich eine richtige Vorstellung von der Lage in den Ländern Südasiens bilden“, zweitens „die Einstellung der Führer dieser Länder zum Vietnamkrieg klären“ und drittens Wege zur weiteren „Festigung der Zusammenarbeit“ unter den Ländern Asiens finden, da „Japan nicht blühen wird, wenn Südostasien nicht blüht, und es für Japan keinen Frieden geben kann ohne Frieden in diesem Raum“.

Dem letzten Ziel, der Entwicklung der „Zusammenarbeit“ unter den Ländern Asiens, gelten besonders eifrige Bemühungen der japanischen Diplomatie. Außenminister Takeo Miki findet, wie er im April auf einer Ministerkonferenz in Manila erklärte, daß in „Asien ein frischer Wind

weht“. In welcher Richtung? Wie beeinflusst er die internationale Wetterlage?

Die „asiatisch-pazifische Konzeption“

Die diplomatischen Bemühungen des japanischen Ministerpräsidenten stehen im Dienst der „asiatisch-pazifischen Konzeption“, die Anfang dieses Jahres in Tokio das Licht der Welt erblickte, obwohl die Regierung Ikeda bereits fünf Jahre früher Japans Forderung angemeldet hatte, als Führer der asiatischen Welt betrachtet zu werden. Sato konkretisierte die Ideen Ikedas durch das Projekt einer Koalition, der neben den asiatischen Ländern mit Japan an der Spitze die USA, Australien, Neuseeland und eventuell Kanada angehören sollen.

Damit trat in der japanischen Außenpolitik eine wesentliche Wendung ein. Erweiterte Zusammenarbeit mit den USA, Unterstützung ihrer Asienpolitik und Aktivierung Japans als Sachwalter der amerikanischen Asien-Interessen kennzeichnen diese neue Etappe in der japanischen Politik. Die *New York Times* kommentiert das Einschwenken der konservativen protestantischen Regierung Sato in die neue Richtung (d. h. die Annahme der „asiatisch-pazifischen Konzeption“) mit den Worten: „Dieser Plan entspricht der Idee von der asiatischen regionalen Solidarität, wie sie Präsident Johnson vorgeschlagen hat.“

Natürlich ist Japan nicht einfach dem Druck Washingtons gewichen. Mit der Proklamierung seiner „asiatisch-pazifischen“ Doktrin verfolgt es vor allem seine eigenen Zwecke. Es legt großen Wert darauf, die USA für die Finanzierung verschiedener Hilfs- und Entwicklungsprogramme

zu gewinnen, da es Lieferant von industriellen Ausrüstungen und Erzeugnissen ist, die von asiatischen Ländern erworben und mit Mitteln aus den Hilfsfonds bezahlt werden. Japan ist daran interessiert, mit Hilfe der USA auf die Märkte der asiatischen Länder vorzudringen und dort festen Fuß zu fassen. Um das zu erreichen, ist man in Tokio bereit, wesentliche politische Zugeständnisse zu machen und Washingtons Forderung nach aktiverer Unterstützung der amerikanischen Aggression in Asien in einem gewissen Maße zu befriedigen.

Auf der 6. Tagung des japanisch-amerikanischen Handels- und Wirtschaftskomitees, die im September d. J. in Washington stattfand, ist die von Außenminister Takeo Miki geführte japanische Delegation offenbar konkrete Verpflichtungen dieser Art eingegangen. In dem Kommuniqué der Tagung wurde betont, daß sich beide Regierungen verpflichtet hätten, die „asiatisch-pazifische“ Zusammenarbeit zu stärken. Die Südostasienreise Ministerpräsident Sato hat nach einer Feststellung der *Japan Times*, die als halbamtliches Organ des Außenministeriums gilt, gerade den Zweck, zu zeigen, daß diese Verpflichtung ernst genommen werde.

Die Blockmanie

Den Turnus seiner Auslandsreisen begann Sato mit dem Besuch von Söul und Taipeh. Das bestätigt, daß Japan entschlossen ist, sich in seiner Asienpolitik auf die Länder und Regimes zu stützen, die an aggressiven Militärbündnissen beteiligt sind und die amerikanische Aggression in Vietnam unterstützen.

Offiziell wurde Sato Söulreise als eine routinemäßige Protokollvisite zu den Feierlichkeiten hingestellt, die im Zusammenhang mit der Wiederwahl des südkoreanischen Diktators Pak Tschong Hui zum Präsidenten angesetzt waren. Aber einen Tag nach der Zeremonie, am 2. Juli, fand ein Gespräch zwischen Präsident Pak, dem Vizepräsidenten der USA, Hubert Humphrey, Ministerpräsident Sato, dem Vizepräsidenten der Taiwaner Tschiang-Kai-schek-Regierung Jen und dem Generalsekretär des südvietnamesischen Nationalen Führungskomitees, General Pham Xuan Chieu, statt. Dem Söuler *Korea Herald* zufolge wurden unter anderem folgende Fragen behandelt: der Vietnamkrieg, die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Festigung des antikommunistischen Sicherheitssystems in Asien und im Pazifikbecken.

Sprecher der japanischen Regierung dementierten in ihren Antworten auf Anfragen im Parlament Berichte, nach denen in Söul Beschlüsse gefaßt worden sind, die eine verstärkte Unterstützung der Asien- und besonders der Vietnampolitik der USA durch Japan bedeuten. Aber schon einen Monat später, am 9. und 10. August, fand in Tokio eine japanisch-südkoreanische Beratung statt, an der von jeder Seite je sechs Minister teilnahmen. Verhandelt wurde über eine neuerliche Erweiterung der japanischen Hilfe an Südkorea, namentlich darüber, daß Söul

über die ihm bisher zur Verfügung gestellten 500 Millionen Dollar hinaus Privatkredite in Höhe von 250 Millionen Dollar erhalten soll. Die erwähnten 500 Millionen Dollar erhielt es zum Teil geschenkwiese, zum Teil in Form von Regierungsanleihen zu Vorzugsbedingungen auf Grund eines Abkommens, das im Juni 1965 unterzeichnet wurde. Mit dem japanischen Gold erhielt Söul gleichsam seinen Lohn für die Verpflichtung, zusätzliche Truppen nach Vietnam zu schicken. Es ist eine Vergütung, die ihm Tokio auf Absprache mit Washington zahlt.

Der Unterstützung der amerikanischen Vietnamaggression galten auch die Verhandlungen, die Sato vom 7. bis zum 9. September in Taipeh mit Tschiang Kai-schek pflog. Zehn Jahre mieden die japanischen Ministerpräsidenten Taiwan geflissentlich, da sie es für inopportun hielten, ein übriges Mal zu zeigen, daß sie die Kuomintang-Leute unterstützen, und sich dadurch den Weg zur Regelung ihrer Beziehungen mit der Volksrepublik China zu verbauen. Auch für Sato war der Besuch Taipehs kein besonderes Muß. Japanische Kommentatoren beurteilten diese Reise als eine diplomatische Geste, die den USA Japans Bereitschaft zeigen sollte, seine Kontakte zu den Tschiang-Kai-schek-Leuten auszubauen.

Nicht nur die progressiven Kräfte Japans, auch bürgerliche Zeitungen des Landes haben diese Geste verurteilt. Nach Ansicht der *Mainichi* erwecken die Besuche des Ministerpräsidenten in Südkorea, auf Taiwan und in Südvietnam die Befürchtung, daß sich „Japan noch mehr dem antikommunistischen Lager zuwendet“.

Tatsächlich sucht Japan Blöcke und Bündnisse zu zimmern, die mit Entspannung und Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit im Großraum Asiens nichts zu tun haben.

Im Sommer 1965 unterzeichnete Japan den Vertrag mit Südkorea, der zur Grundlage eines engen politischen und wirtschaftlichen Bündnisses wurde. Das geschah gegen den entschiedenen Protest der demokratischen Öffentlichkeit der ganzen Welt, die dieses Komplott als ein neues Hindernis auf dem Wege zur friedlichen Wiedervereinigung des koreanischen Volkes, als einen Versuch zur Festigung des Pak-Regimes und als dessen Aufmunterung zur weiteren Unterstützung der amerikanischen Aggression in Vietnam betrachtete.

Der nächste Schritt war Japans Beitritt zum Asiatisch-Pazifischen Rat (ASPAC), der im Juni 1966 gebildet wurde. Die politische Zielsetzung der ASPAC geht deutlich aus ihrer Zusammensetzung hervor. Außer Japan gehören ihr Südkorea, Südvietnam, Taiwan, Thailand, Malaysia, die Philippinen, Australien und Neuseeland an. Mit Ausnahme von Malaysia haben alle diese Länder militärische Abkommen mit Washington abgeschlossen und unterstützen so oder anders die amerikanische Aggression in Vietnam.

Vertreter der japanischen Regierung erklärten im vorigen Jahr wiederholt, die ASPAC verfolge ausschließlich wirtschaftliche Ziele, es gehe ihr vor allem um die He-

bung des Lebensstandards der Völker Asiens; politische Probleme, geschweige denn militärische, würden nicht einmal erörtert. In Tokio glaubte man offenbar, durch eine solche Darstellung Burma, Kambodscha, Laos, Indonesien, Singapur und andere Länder Asiens für die ASPAC gewinnen zu können.

Aber bereits Anfang April d. J. schlug das japanische Außenministerium einen anderen Ton an. Jetzt erklärte es, die ASPAC müsse sich nicht nur mit wirtschaftlichen, sondern auch mit politischen und sozialen Fragen befassen. Tatsächlich stand im Mittelpunkt der zweiten ASPAC-Tagung, die vom 5. bis zum 7. Juli in Bangkok stattfand, die Unterstützung der USA-Aggression in Vietnam. In dem Kommuniqué, das nach der Tagung veröffentlicht wurde, wurde die Hilfe „gewürdigt“, die die ASPAC-Länder dem Saigoner Regime erweisen. Der japanische Delegationschef, Außenminister Takeo Miki, gab auf einer Pressekonferenz zu, daß die Tagung im Zeichen des Antikommunismus stand. Er erklärte:

„Da viele Länder, die an dieser Tagung teilnahmen, unmittelbar von kommunistischen Kräften bedroht sind, schenkte sie den Problemen der nationalen Sicherheit große Beachtung.“

Der wahre Charakter der ASPAC wird den asiatischen Ländern, die sich an die Politik der Blockfreiheit halten, immer klarer, und darum entwickelt die japanische Diplomatie neue Projekte, um diese Länder auf Umwegen in militärische Blöcke hineinzulotsen. Tokio spekuliert namentlich auf die Wirtschaftsschwierigkeiten der genannten Länder. So wurde auf Initiative Japans im Jahre 1966 als permanente Organisation eine „Ministerkonferenz für Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung Südasiens“ ins Leben gerufen. An der zweiten Tagung dieser Organisation, die vom 26. bis zum 28. April 1967 in Manila stattfand, nahmen neben Vertretern der ASPAC-Länder Japan, Philippinen, Thailand, Malaysia und Südvietnam Delegationen aus Indonesien, Laos und Singapur teil.

Im August d. J. wurde eine „Assoziation der Staaten Südasiens“ (ASEAN) gegründet, der sich Indonesien, die Philippinen, Malaysia, Singapur und Thailand angeschlossen haben. In Tokio wurde das begrüßt, da drei von den fünf genannten Ländern der ASPAC angehören.

Näher zum Rand des Abgrunds

Zu den Hauptaufgaben, die sich die japanische Diplomatie bei der Blockzimmerung in Asien stellt, gehört zweifellos die fortschreitende Erweiterung und Festigung der wirtschaftlichen und politischen Positionen Japans in den Südostasienländern, die es als hochwertige Absatzmärkte und Rohstoffquellen betrachtet. Der japanische Export in diese Länder, der im Jahre 1961 noch rund 1,4 Milliarden Dollar betrug, erreichte 1966 bereits über 2,6 Milliarden, hat sich also binnen fünf Jahren fast verdoppelt. Ebenso ist der japanische Import aus den ge-

nannten Ländern von 975 Millionen Dollar im Jahre 1961 auf mehr als 1,6 Milliarden Dollar im Jahre 1966 erhöht.

Die japanische Diplomatie ist bemüht, in dieser Richtung weiter vorzustoßen. Am Vorabend der Ankunft Ministerpräsident Sato in Malaysia am 21. September 1967 wurde in Kuala Lumpur ein Abkommen über die Regelung der aus den Jahren der Okkupation während des zweiten Weltkriegs herrührenden Wiedergutmachungsansprüche Malaysias an Japan unterzeichnet. Japan verpflichtete sich zur Lieferung von zwei Hochseeschiffen im Werte von 25 Millionen malaisischen Dollar (über 8 Millionen USA-Dollar), wogegen die Regierung Malaysias erklärte, sich als völlig abgefunden zu betrachten, obwohl sie ursprünglich an Japan fünfmal höhere Ansprüche gestellt hatte. Sato verhandelte in Kuala Lumpur auch über japanische Anleihen für Malaysia und über größere japanische Investitionen in dessen Wirtschaft.

Über den Ausbau der zweiseitigen Wirtschaftsverbindungen sprach der japanische Ministerpräsident auch mit den führenden Staatsmännern Burmas, Singapurs, Thailands und aller anderen Länder, die er in letzter Zeit aufgesucht hat. Zugleich fühlte er vor, ob diese Länder nicht bereit wären, die Aggression der Vereinigten Staaten gegen das vietnamesische Volk aktiver und umfassender zu unterstützen. Natürlich blieb dabei der Schein gewahrt: nach außen hin wurde die Sache so hingestellt, als strebe Japan nach der „schleunigsten friedlichen Bereinigung“ der Vietnamfrage. Die Wirklichkeit sieht anders aus.

Es ist für niemand ein Geheimnis, daß Japan der USA-Armee in Vietnam mit jedem Monat mehr Heeresgut, Munition, Uniformstücke, Proviant und andere Güter liefert. Ein breiter Strom von Napalm und Dschungelstiefeln, vorfabrizierten Häusern und Moskitonetzen, Militärlastwagen und Kühlanlagen, Stacheldrahtballen und Zelten, Tornistersendern, Stahlkonstruktionen und vielem, vielem anderen, was das US-Kommando nach besonderen Listen anfordert, ergießt sich aus Japan nach Vietnam. Die Gesamtsumme allein der direkten Militäraufträge, die die USA an japanische Firmen vergeben haben, ist innerhalb eines Jahres auf das Anderthalbfache gestiegen und belief sich 1966 auf 470 Millionen Dollar. Aber die amtliche Statistik weist hier unverkennbar nicht alles aus, denn sie erstreckt sich nicht auf viele Waren, die in der Form von Halbfabrikaten zur Endbearbeitung nach Südkorea, Thailand, auf die Philippinen und auf Taiwan geschickt werden. Japanische Volkswirte schätzen, daß die so oder anders mit dem Vietnamkrieg zusammenhängenden Lieferungen 1966 den Wert von anderthalb Milliarden Dollar überstiegen und in diesem Jahr fast 2 Milliarden erreichen werden.

Aber selbst das betrachtet Washington noch als zu wenig. Es fordert von Japan eine beträchtliche Erweiterung seiner unmittelbaren Wirtschaftshilfe für das Saigoner Regime.

Gleichzeitig sucht das Pentagon das japanische Territorium noch intensiver als Stützpunkt für den Vietnamkrieg auszunutzen. Die japanische Regierung kommt ihm

da entgegen. Erlaubte sie zunächst amerikanischen Atom-U-Booten das Anlaufen japanischer Häfen, so hat sie das jetzt auch atomangetriebenen Flugzeugträgern genehmigt, von denen aus Angriffe auf die Demokratische Republik Vietnam verübt werden. Im April d. J. stellte sich heraus, daß über 1000 japanische Seeleute zum Dienst auf rund 30 amerikanischen Militärtransportern Dienst tun. Einige Zeitungen, z. B. die *Japan Times*, äußern die Befürchtung, daß die wirtschaftliche und politische Unterstützung schließlich in eine militärische ausarten könnte, zumal Washington nicht verhehlt, daß es die umfassendste Beteiligung Japans am Vietnamkrieg wünscht. So forderte Senator Charles Percy Präsident Johnson ausdrücklich

auf, er solle von Japan ebenso wie von Malaysia und den Philippinen verlangen, Truppen nach Vietnam zu schicken. Er brachte eine Entschliebung ein, in der der Präsident verpflichtet wird, von den asiatischen Verbündeten der USA eine intensivere Unterstützung des Vietnamkriegs zu fordern. Japan wird folglich neuerlich unter Druck gesetzt werden.

In diesem Licht ist die Reise zu betrachten, die Ministerpräsident Sato in Länder angetreten hat, die durch Militärverträge mit den USA verbunden sind und die amerikanische Aggression unterstützen.

Der „frische Wind“, der die Segel der japanischen Politik füllt, kann ihr zum Verhängnis werden.

Von der UNO-Vollversammlung

Schlüsselprobleme

Valentin BERESHKOW

Am 13. Oktober beendete die 22. UNO-Vollversammlung die Generaldebatte, die über drei Wochen dauerte. In ihrem Verlauf sprachen 109 Delegierte, jeder über den Fragenkreis, der sein Land und sein Volk besonders angeht. Es gibt jedoch einige Schlüsselprobleme, zu denen sich fast jeder Redner äußerte. Das sind der Komplex der Abrüstungsfragen; die Aufgaben, die sich aus der Notwendigkeit der baldigsten Beseitigung des Kolonialsystems ergeben; das Nahostproblem und die Frage nach der Beseitigung der Folgen der israelischen Aggression. Ganz selbstverständlich wurde auch immer wieder die unverzügliche Einstellung der amerikanischen Aggression gegen Vietnam gefordert.

Neben den Vollsitzungen fanden in dieser Zeit auch Sitzungen der Ausschüsse statt. Der zweite Ausschuß, zuständig für Wirtschafts- und Finanzfragen, prüfte die Probleme der Wirtschaftssituation der heutigen Welt. Der dritte Ausschuß (soziale, humanitäre und kulturelle Fragen) erörterte den Entwurf eines Vertrags über die Abschaffung der Frauendiskrimination. Dieser Vertrag soll die grundsätzlichen Bestimmungen über die politischen und sonstigen Rechte der Frauen enthalten, die im weiteren von allen Ländern einzuhalten sind.

Der vierte Ausschuß (Treuhandsfragen) behandelte zuerst die Lage in Südrhodesien. Der fünfte Ausschuß (Verwaltungs- und Budgetfragen) nahm seine Tätigkeit erst am 9. Oktober auf. Er hat

sich mit dem UNO-Haushalt 1968 zu befassen. Der sechste Ausschuß (Rechtsfragen) behandelt einen Bericht der Völkerrechtskommission.

Es hieß, der Sicherheitsrat werde in der zweiten Oktoberwoche an die Erörterung des Nahostproblems gehen. Er trat jedoch nicht zusammen. Die außerhalb des Sitzungsrahmens laufenden Besprechungen zwischen den Vertretern der interessierten Länder haben noch nicht zur Ausarbeitung einer bestimmten Formel geführt, die Möglichkeiten für die Regelung des Problems bieten würde. Hier liegen offenbar große Schwierigkeiten vor.

Die israelischen Aggressoren und ihre Hintermänner manövrieren weiterhin, um in den Gebieten, die sie an sich gerissen haben, festen Fuß zu fassen. In diesen Kreisen hat man immer noch nicht die Hoffnung aufgegeben, die UNO völlig von der Lösung des Nahostproblems auszuschalten und eine Situation zu schaffen, bei der der Aggressor es nur mit seinem Opfer zu tun hätte. Verständlicherweise können das weder die arabischen Staaten dulden noch die friedliebenden Länder, die für eine echte Nahostregelung eintreten. Die Vertreter der arabischen Länder fordern, wie das die letzten Tage der Generaldebatte besonders deutlich zeigten, den Abzug des Aggressors von den besetzten Gebieten als wichtigste Voraussetzung jeder weiteren Regelung.

Die scharfe Kritik, die während der ganzen Generaldebatte an der Eskalation des Vietnamkrieges geübt wurde, hat bei der amerikanischen Öffentlichkeit

ein starkes Echo gefunden. Die leidenschaftliche Diskussion über dieses Problem dauert in den hiesigen politischen Kreisen wie auch in der Presse an.

Der Vietnamkrieg bringt sich auf Schritt und Tritt in Erinnerung. Am 12. Oktober wurde z. B. in New York mit großem Pomp der Kolumbustag begangen. Aus diesem Anlaß war schulfrei und viele Büros und Läden hatten geschlossen. Überall sah man farbenprächige Plakate, die Zeitungen widmeten dem Kolumbustag ganze Seiten unter Hinweis darauf, daß viele Geschäfte an diesem Tag den Herbstausverkauf begannen. Geschäft ist Geschäft. Aber unter den bunten Anschlägen fiel immer wieder ein länglicher weißer Bogen auf, auf dem in großen schwarzen Lettern stand:

Schluß mit dem Vietnamkrieg!

So machten sich die realen und bedrohlichen Probleme des Lebens auch während des Fests bemerkbar. Eines Abends verfolgte ich am Fernseher eines der dreizehn Programme, die hier gleichzeitig laufen. Vor einem großen Auditorium sprachen drei englische Studentinnen, die zum Praktikum nach den USA gekommen waren. Der Sprecher stellte ihnen verschiedene Fragen, ebenso Leute aus dem Publikum. Man wollte vieles von ihnen wissen, z. B. wie ihnen Amerika gefalle und was sie von seinen jungen Männern hielten.

Jemand stellte ihnen die Frage, ob sich Frauen für Politik interessieren sollten. Eine der Studentinnen antwortete etwa, Politik sei nichts für Frauen.

Da kam ein Zwischenruf aus dem Saal:

„Ich bin nicht einverstanden!“

Sofort griff die Kamera die neue Teilnehmerin der Aussprache heraus. Der Bildschirm zeigte ein hübsches junges Mädchen.

„Damit bin ich nicht einverstanden!“, wiederholte sie. „Ich finde, Frauen müs-

sen sich für Politik interessieren, faktisch sind sie ja oft genötigt, für politische Ideen zu kämpfen. Sie haben hier gesagt, Politik sei nichts für Frauen. Aber wenn z. B. in Vietnam der Aggressor Ihr Kind tötet, können Sie da von der Politik abseits stehen? Wenn der Aggressor, und leider sind in Vietnam die USA der Aggressor, Ihre Mutter und Ihren Vater tötet, wenn er Ihr Heim mit Napalm niederbrennt, sind da die vietnamesischen Frauen etwa nicht im Recht, wenn sie zur Waffe greifen und ihr Land, ihre Freiheit und Unabhängigkeit gegen die Eindringlinge verteidigen? Wie können sie sich da nicht für Politik interessieren, und hat etwa jemand von uns hier das Recht, abseits von ihr zu bleiben?“

Sicherlich stellen sich viele von den Millionen Fernsehern, die diese Sendung verfolgten, immer häufiger ebensolche Fragen.

Den Urhebern der Washingtoner Politik macht all das große Sorgen. Die *New York Post* brachte am 11. Oktober einen Bericht über ein inoffizielles Frühstück in New York, dem Staatssekretär Dean Rusk beiwohnte. Wie die Zeitung schreibt, waren viele an diesem Tisch erstaunt, als Rusk dort seine gewöhnliche diplomatische Reserve aufgab und sich mit heftigen Angriffen gegen die „halbintellektuellen“ Kritiker wandte, die gegen den Vietnamkrieg Stellung nehmen

Merklichen Eindruck machen die Zei-

tungsmeldungen über die immer eindeutiger werdende Feindseligkeit, auf die die Amerikaner selbst unter den Bevölkerungsschichten Südvietnams stoßen, die bisher als mehr oder minder loyal galten. Dieser Tage war in dem Senatsausschuß, der für die vietnamesische Flüchtlingshilfe zuständig ist und an dessen Spitze Edward Kennedy, ein Bruder des verstorbenen Präsidenten, steht, die Rede davon, daß die Südvietnamesen amerikanischen Vertretern, die sie aufsuchen, die Tür vor der Nase zuschlagen. Der Senator, der das berichtete (er war eben erst von einer Südvietnamreise zurückgekehrt), klagte bitter über die mangelnde „Kooperationsbereitschaft“ der südvietnamesischen Bevölkerung gegenüber den amerikanischen Behörden. Aber was ist daran Verwunderliches? Wie kann jemand erwarten, daß ein Volk mit denen „zusammenarbeitet“, die mit der einen Hand Bomben auf sein Land hageln lassen und seine Nächsten mit Napalm verbrennen, während sie ihm mit der anderen heuchlerisch Brosamen der Hilfe hinstreuen?

Jetzt, wo sich die Washingtoner Regierung im In- und Ausland einem immer größeren Druck ausgesetzt sieht und wo die Forderungen, dem Vietnamkrieg ein Ende zu machen, mit immer größerem Nachdruck erhoben werden, scheint sich die offizielle Propaganda zu einem neuen Manöver entschlossen zu haben. Man hört hier immer häufiger die Behauptung, beliebige Schritte in

der Vietnamfrage könnten die Sache nur noch verschlimmern. Man sucht das amerikanische Publikum davon zu überzeugen, daß die USA, was auch immer unternommen werden sollte, Südvietnam doch nicht verlassen könnten, da dies zu einem noch größeren Konflikt führen müßte. So äußert sich z. B. Henry Cabot Lodge, der ehemalige USA-Botschafter in Saigon.

Die Anhänger des jetzigen Washingtoner Kurses möchten der Öffentlichkeit einreden, die weitere Eskalation des Vietnamkrieges diene der Sache des Friedens, sie rette die Menschheit vor einem dritten Weltkrieg. Als ob das neu wäre! Die Nazis drohten ja auch, einen Weltkrieg zu entfesseln, wenn man sie hindern sollte, nach Belieben mit der Tschechoslowakei zu verfahren.

Nein, man kann es sich nicht leisten, den Aggressoren nachzugeben, sei es in Südostasien oder im Nahen Osten! Zugeständnisse an Aggressoren haben noch nie zum Frieden geführt. Sie können lediglich die internationalen Spannungen erhöhen.

Die eben abgeschlossene Generaldebatte am East River hat gezeigt, daß die überwiegende Mehrheit der UNO-Mitglieder die ganze Gefahr erkennen, die die jetzige Lage in Südostasien wie auch im Nahen Osten in sich birgt. Die 22. Vollversammlung tritt nun in eine neue Etappe: Sie geht an die Behandlung der konkreten Fragen ihrer Tagesordnung.

New York, 14. Oktober

Leserbriefe

VIETNAM

Ich bin Fernstudent und lese ständig Ihre Zeitschrift. Sehr gut, daß Sie das Programm der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams veröffentlicht haben. Es zeigt ganz klar, daß die Front wirklich das Volk Südvietnams repräsentiert.

Ich möchte hier ein paar Gedanken über den Krieg in Vietnam äußern. Wenn man über den Krieg der USA gegen Vietnam schreibt, so geht man nicht besonders auf die Rolle ein, die die SEATO dabei spielt, obwohl doch mehrere Länder dieses Blocks (z. B. Australien) unmittelbar an den Kampfhandlungen teilnehmen. Schreibt man über die NATO, so betont man, daß die NATO-Länder zurückhaltend oder ablehnend zum Vietnamkrieg stehen. Meiner Ansicht nach unterstützen die NATO-Länder mit Ausnahme Frankreichs mehr oder weniger tatkräftig die amerikanische Aggression.

Radtschenko

Leningrad

ANKARA NÄHER ALS ZUVOR

Zu dem in Heft 40 erschienenen Bericht von Iona Andronow „Ankara näher als zuvor“ haben wir von drei Lesern folgende Zuschrift erhalten:

Der Bericht aus Ankara ist vorzüglich geschrieben. Genosse Andronow, Sie haben Repräsentanten der rechten und der linken Kreise interviewt und haben sich Mühe gegeben zu zeigen, daß sich das Verhältnis zwischen der Sowjetunion und der Türkei freundschaftlich gestaltet. Das Wichtigste aber, was die Leser interessiert, haben Sie unerwähnt gelassen. Die Leser sind ja denkende Menschen und keine Phantasten, sie wissen, daß die Türkei Mitglied der NATO ist, daß es dort amerikanische Militärstützpunkte gibt und daß die türkische Regierung den USA Gefolgschaft leistet. Sagen Sie bitte, wie verhält sich die Freundschaft zur Türkei mit allen

diesen negativen Erscheinungen? Wo bleibt da die Logik? Darüber möchten wir in der Neuen Zeit Auskunft bekommen.

Serjakow, Safonow, Ignatjew
Moskau

Wir bringen diese Zuschrift und sind überzeugt, daß unsere Leser, da sie von den kürzlichen Schritten der türkischen Regierung zur Anbahnung eines gutnachbarlichen Verhältnisses zur Sowjetunion wissen, nichts Sonderbares daran finden, daß unser Land ein freundschaftliches Verhältnis zu seinen Nachbarn am Schwarzen Meer haben möchte. Andererseits ist die Frage nach der heutigen politischen Situation in der Türkei und nach ihren Verbindungen mit den USA bestimmt aktuell, und unsere Redaktion hat nicht die Absicht, sie zu ignorieren. Unser Sonderkorrespondent in Ankara wird in seinen nächsten Aufsätzen darauf eingehen.

Wir verstehen uns

Im September war eine Delegation des Zentralrats der Sowjetgewerkschaften, geführt von dessen Sekretär, Pjotr Pimenow, auf eine Einladung des Vorstandes des Britischen Trade-Union-Kongresses (TUC) hin in England. Sie bestand aus dem Leiter der internationalen Abteilung beim Zentralrat, Boris Awerjanow, dem Vorsitzenden des ZK der Gewerkschaft Bauwesen und Baustoffe, Anatoli Uschakow, der Sekretärin des Grusinischen Gewerkschaftsrates, Daredshan Iosseliani, dem Sekretär des Ukrainischen Gewerkschaftsrates, Iwan Poida, und dem Sekretär des ZK der Gewerkschaft Maschinenbau, Juri Semjonow. Die Delegation war vom 19. bis zum 30. September in England. Pjotr Pimenow hat uns über diese Reise folgendes mitgeteilt:

„Unser Besuch in England war ein Gegenbesuch. Vor genau einem Jahr war eine offizielle Delegation des TUC zum erstenmal seit 1943 in der Sowjetunion. Die Gäste aus England machten sich mit verschiedenen Aspekten des Lebens und der Arbeit von Arbeitern und Angestellten und mit dem Wirken der sowjetischen Gewerkschaften bekannt, sie stellten in ihrer Presseerklärung fest, daß das Sowjetvolk bei der

Pjotr PIMENOW, Sekretär des Zentralrats der Sowjetgewerkschaften, über die Kontakte mit britischen Gewerkschaftern

Entwicklung seiner Wirtschaft große Fortschritte gemacht hat, und haben die Überzeugung ausgesprochen, daß ein weiterer Meinungsaustausch von Vertretern der beiden Gewerkschaftsbünde nützlich wäre.

Heimgekehrt, schrieb die englische Delegation einen ausführlichen Bericht über ihre Reise nach der Sowjetunion. Als wir nach England kamen, überreichten uns unsere Gastgeber einige Exemplare dieses Berichts und sagten, bevor er veröffentlicht wäre, sollten wir Bemerkungen und Kommentare dazu machen, damit sie gleichzeitig veröffentlicht werden könnten. Dieses freundschaftliche Verhalten zeigt, wie gut sich in letzter Zeit die sowjetischen und die englischen Gewerkschaften verstehen.

In England haben wir überall festge-

stellt, daß man nach Zusammenarbeit mit den sowjetischen Gewerkschaften strebt. Unsere Delegierten hatten viele nützliche Aussprachen mit dem Generalsekretär des TUC, George Woodcock, und seinem Stellvertreter Victor Feather, der Sekretär der englischen Gewerkschaftsdelegation war, die 1943 unser Land besuchte; ebenso mit dem Leiter der internationalen Abteilung des TUC-Generalrats, Allan Hargreaves, der voriges Jahr in der Sowjetunion weilte. Ein Meinungsaustausch hat auch mit den Leitern vieler einflußreicher englischer Gewerkschaften stattgefunden. Wir haben mehrere Betriebe besichtigt, ferner den Londoner Hafen und hatten Gelegenheit, mit Direktionsangestellten, Gewerkschaftern und Arbeitern zu sprechen. Unsere Delegation war auch beim Arbeitsminister, Herrn Raymond Gunter, beim Wirtschaftsminister, Herrn Peter Shore, beim Vorsitzenden des Landeskomitees für Preise und Einkünfte, Herrn Aubrey Jones, und anderen angesehenen Persönlichkeiten.

Unsere Aussprachen mit Gewerkschaftsführern und Vertretern der Regierung waren offen und gehaltvoll. England hat jetzt große wirtschaftliche Schwierigkeiten. Besonders ist die Öffentlichkeit über das erschreckende Anwachsen der Arbeitslosigkeit besorgt. Die 99. TUC-Tagung, die kurz vor unserer Reise stattfand, trat gegen die jetzige Wirtschaftspolitik der Regierung auf, laut der die Löhne gestoppt und andere Deflationsmaßnahmen getroffen werden, die zu einem Anschwellen der Arbeitslosigkeit führen. In manchen Fällen gibt die Regierung nach. So ist auf eine Forderung der Gewerkschaft Berg-

bau der Plan, weitere Kohlengruben stillzulegen, zeitweilig zurückgestellt worden. Im allgemeinen aber müssen die Werktätigen hartnäckige Streikkämpfe für ihre Interessen führen. Als wir in England waren, streikten die Eisenbahner, die Docker und die Arbeiter der Autowerke der Gesellschaft Vauxhall Motors, die dem USA-Konzern General Motors gehört.

Ich möchte daran erinnern, daß die ersten Kontakte zwischen dem Zentralrat der Sowjetgewerkschaften und dem TUC in den 20er Jahren angeknüpft wurden, als die erste englische Gewerkschaftsdelegation unser Land besuchte. Damals wurde ein englisch-sowjetisches Gewerkschaftskomitee gebildet. Zum letzten Male hatte eine offizielle Delegation des Zentralrats England im Jahre 1944 besucht, als der Krieg gegen Hitlerdeutschland noch im Gange war.

Nach Kriegsende aber gewannen in England die Kräfte die Oberhand, die die Zusammenarbeit der englischen mit den sowjetischen Gewerkschaften nicht wollten. Um so angenehmer war es festzustellen, daß jetzt wieder günstige Voraussetzungen für eine festere Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen unseren Gewerkschaftsbünden geschaffen sind.

Wohin wir auch kamen, überall wurden unsere Mitteilungen über die großen Errungenschaften des Sowjetvolks aus den 50 Jahren, die unser Staat besteht, und über die Vorbereitungen der Werktätigen zur Feier des 50. Jahrestags der Großen Oktoberrevolution mit lebhaftem Interesse aufgenommen.

Man stellte uns unzählige Fragen. Sie betrafen das Wirken der sowjetischen Gewerkschaften, ihre Rolle bei der Leitung der Produktion, bei Anstellung und Entlassung usw. Man kann das Interesse begreifen, das der Tatsache entgegengebracht wird, daß unser Land seit Jahrzehnten keine Arbeitslosigkeit kennt.

Reich an Eindrücken war die Reise nach Manchester, wo vor hundert Jahren, im Jahre 1868, eine Landeskongress zusammentrat und einen Landesgewerkschaftsbund, den TUC, gründete. Dieser tagte zum erstenmal am ersten Montag

im September, und seitdem beginnen die TUC-Tagungen immer an diesem Tag. In England sind bereits die Vorbereitungen zur 100-Jahr-Feier des TUC angelaufen, die nächstes Jahr stattfindet.

Wir besuchten in Manchester mehrere Betriebe, sprachen mit Arbeitern und beantworteten ihre Fragen. Als wir den englischen Arbeitern von den 50jährigen Errungenschaften unseres Landes erzählten, sagten wir ihnen, daß das Sowjetvolk die brüderliche Solidarität der englischen Werktätigen nicht vergessen hat, besonders die Tätigkeit der Komitees „Hände weg von Rußland!“ Die Arbeiter Großbritanniens sprachen ihrerseits mit viel Wärme von der großen Hilfe, die ihnen die sowjetischen Gewerkschaften während der Streiks der 20er Jahre leisteten, und von unserer Zusammenarbeit im zweiten Weltkrieg.

In Oxford kamen wir mit Vertretern des dortigen Gewerkschaftsrates zusammen, ebenso mit Hörern des kurzen Seminars für junge Gewerkschafter am Ruskin College, das zur allgemeinen Fortbildung von Gewerkschaftern ins Leben gerufen wurde. Kurz vorher war eine spezielle, vom Leiter des Ruskin College, Mr Hughes, geführte Delegation in der Sowjetunion und machte sich im Laufe zweier Wochen mit dem Bildungswesen und den Arbeits- und Lebensverhältnissen des Sowjetvolkes bekannt.

Am Schluß unseres Aufenthalts in England trafen wir uns im Hauptquartier des TUC, im Congress House, mit Vertretern der britischen Gewerkschaften, auch mit George Woodcock, und beschlossen eine gemeinsame Erklärung. Darin ist die Überzeugung ausgesprochen worden, daß diese Entwicklungs-

phase der Beziehungen zwischen den Gewerkschaften der beiden Länder zur Verständigung zwischen den arbeitenden Menschen der UdSSR und Großbritannien beiträgt.

Vor unserer Heimreise fand eine Pressekongferenz statt. Dort erklärte George Woodcock, daß dank dem vorjährigen Besuch einer TUC-Delegation in der Sowjetunion und dank dem Besuch der sowjetischen Delegation in England zwischen den beiden Gewerkschaftsbünden „das Eis gebrochen ist“ und daß der nächste Schritt ein Austausch spezialisierter Delegationen sein müsse, die konkrete gewerkschaftliche Arbeitsbereiche kennenlernen sollen. Wir waren damit einverstanden.

Abschließend möchte ich zitieren, was der Vizegeneralsekretär des TUC Victor Feather unmittelbar vor dem Eintreffen unserer Delegation in England sagte:

„Der TUC achtet und versteht die Stellung und das Ansehen der sowjetischen Gewerkschaften in der Gesellschaft der Sowjetunion. Meiner Überzeugung nach hat auch der Zentralrat der Sowjetgewerkschaften Verständnis dafür, daß unsere Gewerkschaften nach ihren geschichtlichen Erfahrungen und Traditionen handeln. Ich bin fest davon überzeugt, daß diese gegenseitige Achtung weitaus engere Beziehungen zwischen uns herbeiführen kann. Das wäre nicht nur für uns ein Gewinn, sondern überhaupt für die ganze Weltgewerkschaftsbewegung.“

Auch wir sind dieser Ansicht. Die sowjetischen Gewerkschaften sind ihrerseits bereit, alles dafür zu tun, daß sich die Freundschaft und Zusammenarbeit der Werktätigen Englands und der Sowjetunion enger gestalten.“

Es lebe der Marxismus-Leninismus, das ideologische Banner der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, der Leitstern der Werktätigen aller Länder im Kampf gegen die Klassen- und die nationale Unterdrückung, für den Sieg des Sozialismus und des Kommunismus!

Aus den Losungen des ZK der KPdSU zum 50. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution



Pjotr Pimenow (links) und Daredshan Iosseliani (Mitte) mit dem Generalsekretär des TUC, George Woodcock

Der Ausgang des „Unternehmens Biafra“

Der Sturmangriff der nigerianischen Bundestruppen auf Enugu, die Hauptstadt der von der Föderation abgefallenen „Republik Biafra“, ist als die entscheidende Etappe im nigerianischen Bürgerkrieg zu werten. Er begann am 27. September, und nach sechstägigen pausenlosen Attacken, die von Artilleriefeuer begleitet waren, fiel die Hochburg der Separatisten.

Alles begann vor vier Monaten, mit der unruhigen Nacht vom 30. Mai, in der die Auslandskorrespondenten in Enugu zum Amtssitz des Militärgouverneurs von Ostnigeria, Oberstleutnant Odumegwu Ojukwu, geladen wurden. Der 33jährige bärtige Herr des Hauses saß vor Mikrofonen und Kameras, hinter sich ein rotschwarzgrünes Fahnenstück mit der aufgehenden Sonne in der Mitte: die Flagge der unabhängigen „Republik Biafra“. Der Oberstleutnant hatte die Journalisten eingeladen, um ihnen die Ausrufung dieser Republik bekanntzugeben. Nach seiner Rede spielte ein Polizeiorchester Sibelius' „Finlandia“, dessen Melodie man sich für die Hymne Biafras erwählt hatte. Dann stürzten die Korrespondenten aufs Telegrafentamt, um die sensationelle Neuigkeit an ihre Redaktionen zu kabbeln.

Sie konnten sich damals kaum vorstellen, wie tragisch sich der übereilte und unüberlegte Beschluß des Militärgouverneurs und seines nächsten Anhangs auf das Ibo-Volk in Ostnigeria auswirken würde. Odumegwu Ojukwu und seine Anhänger hatten sich von nationalistischen Stimmungen hinreißen lassen, sie waren verblendet durch zum Teil eingebildete, zum Teil wirkliche Beeinträchtigungen und Kränkungen, die der nationalen Würde der Ibo widerfahren waren. Obwohl die Verantwortung dafür die jetzige Bundesregierung Generalmajor Yakubu Gowons nicht im geringsten trifft, wiesen die nationalistischen Führer Ostnigerias alle seine Versöhnungsversuche zurück. Sie suchten den Bürgerkrieg.

Die Feindseligkeiten begannen am 7. Juli, einen Monat nach der Ausrufung der Republik Biafra. Um 22 Uhr Ortszeit verkündete Radio Lagos den Befehl des Oberkommandierenden der nigerianischen Armee, „zur Unterdrückung des Aufstandes Odumegwu Ojukwu“.

Viktor SIDENKO

wus“ Bundestruppen in die Ostregion zu entsenden. Diese griffen die Stellungen der Separatisten vom Nordwesten an und besetzten in den ersten Wochen die Städte Obolo, Nsukka, Ogoja, Ikom und Gakem. Ende Juli wurde ein Marinelandungstrupp im Raum des Hafens Bonny, des drittgrößten in Ostnigeria, ausgesetzt, und am gleichen Tag ging Bonny in die Hände der Bundestruppen über.

Anfang August konnten die Separatisten eine zeitweilige Wendung zu ihren Gunsten herbeiführen. Dazu trugen zwei Faktoren bei. Erstens meuterten in Benin, der Hauptstadt der Mittelwestregion, die Offiziere, so daß die Bundesbehörden die Kontrolle über die Region verloren. Die 8. Brigade der Truppen Biafras machte sich das zunutze, um den Niger an seinem Unterlauf zu überschreiten und sich am 9. August mit den Meuterern in Benin zu vereinigen.

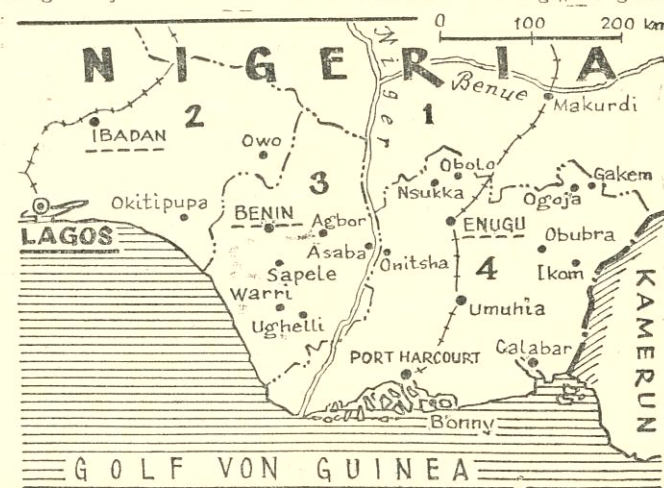
Zweitens war es den Separatisten gelungen, sich aus dem Ausland weitere Waffen zu verschaffen. In den westlichen Hauptstädten hatte man sich zwar neutral erklärt und gesagt, man werde sich nicht in die inneren Angelegenheiten Nigerias einmischen, doch hielt das die USA, Portugal und Westdeutschland nicht davon ab, dem Regime Odumegwu Ojukwu eine beträcht-

liche Waffenhilfe zu erweisen. In der nigerianischen Presse wurde mitgeteilt, Washington habe dem ostnigerianischen Regime Schützenpanzerwagen mit Rauten und andere Waffen verkauft. Sie wurden auf dem Seeweg, als Handelsgut einer holländischen Firma getarnt, über die im Golf von Guinea liegende Insel São Tomé sowie über einige westafrikanische Häfen geliefert. Von Portugal erhielten die Separatisten Jagdflugzeuge, Fla-Artillerie und andere Waffen im Gesamtwert von 25 Millionen Dollar. Bei den westdeutschen Firmen Sauer und Sohn, Rheinmetall und Mauserwerke erwarb Biafra Handfeuerwaffen, Panzerwagen und Schiffe für 2 Millionen Dollar.

Das veranlaßte die Bundesbehörden, ihre militärische Taktik zu ändern. Betrachtete Lagos den Kampf gegen Odumegwu Ojukwu zunächst als eine „begrenzte Polizeiaktion“, so erklärte sie Biafra Mitte August den „totalen Krieg“. Die Regierung traf Maßnahmen zur Festigung der Bundesstreitkräfte.

Unter Einsatz von Militärflugzeugen wiesen die Regierungstruppen die Versuche der Separatisten zurück, in Westnigeria einzufallen und Lagos anzugreifen. Dann schritten sie zum Gegenangriff. Im Laufe des Septembers wurde der Krieg an zwei Fronten geführt: im Mittleren Westen und im Osten. Die Bundestruppen säuberten die Mittelwestregion von den Separatisten und standen in der zweiten Septemberhälfte vor Enugu.

Zu jener Zeit waren sich die Separatisten angesichts der militärischen Fehlschläge uneinig geworden. Ende September wurde bekanntgegeben, es sei eine Verschwörung „hochgestellter Offi-



1. Ehemalige Nordregion; 2. Ehemalige Westregion; 3. Ehemalige Mittelwestregion; 4. Ehemalige Ostregion.

ziere“ Biafras entdeckt worden. Vier „Rädelsführer“ wurden in einer Kaserne von Enugu hingerichtet. Bald darauf wurde bekannt, daß Odumegwu Ojukwu und seine nächsten Anhänger aus Enugu nach der kleinen Ortschaft Umuahia im Süden Ostnigerias geflüchtet waren. Wenige Tage später begann der Sturmangriff auf Enugu.

Nach dessen Fall hat sich die Lage der Meuterer beträchtlich verschlechtert. Die Bundestruppen haben die Städte Asaba und Agbor gesäubert und damit den ganzen Mittleren Westen von den Separatisten befreit. Nach den letzten Meldungen verfolgen Bundestruppen unter dem Befehl von Oberst Mohammed Shua den nach Süden flüchtenden Gegner und räumen die letzten Widerstandsherde aus.

Alles läßt darauf schließen, daß sich die Hoffnungen der Separatisten, von der ostnigerianischen Bevölkerung auf jede Weise unterstützt zu werden und eine große Aufstandsbewegung entfesseln zu können, nicht gerechtfertigt haben.

Hierbei spielte offenbar das rechtzeitige Eingreifen des Chefs der Bundesmilitärregierung, Yakubu Gowons, eine große Rolle. Er erläuterte die Einstellung der Regierung zum Ibo-Volk und legte den Plan einer Veränderung des Aufbaus der Föderation dar. Namentlich

bestätigte er den Beschluß der Regierung, Nigeria in zwölf Staaten zu gliedern, damit „kein Stamm den Versuch machen kann, sich andere zu unterwerfen“. Der Chef der Bundesregierung erklärte, es werde ein neuer Schlüssel für die Verteilung der Bundeseinkünfte und eine Bestimmung über die Abhaltung freier Wahlen ausgearbeitet. Um Übergriffe abzuwenden, erteilte die Regierung den Truppen eigene Weisung, sich feindlicher Aktionen gegen die Ibo-Bevölkerung zu enthalten.

Der Fall von Enugu bedeutet den Zusammenbruch nicht nur Biafras, sondern auch der Parolen, die dessen Führer ausgaben. Mit ihrem engnationalistischen Programm und ihren bonapartistischen Allüren konnten sie das Volk in Ostnigeria nicht gewinnen. Nun ist klar, daß ihre Spekulationen auf nationale Vorurteile und auf den Stammeshader aufgebaut sind. Die Tendenz zu einer national-tribalen Absonderung (Tribalismus) hat sich in Nigeria keineswegs als so stark erwiesen, wie es manche gerne gehabt hätten und sich vorgestellt hatten. Mit den Separatisten haben in diesem Krieg auch die äußeren Kräfte eine Niederlage errungen, die sich auf eine Spaltung Nigerias, auf die Untergrabung der Einheit seiner Völker orientierten und darum das „Unternehmen Biafra“ unterstützten.

Südvietnam: Stabilisierung danebengegangen

Als die Ergebnisse der südvietnamesischen Präsidentschaftswahlen vom 3. September bekannt wurden, kam es in vielen Städten zu Unruhen. Seit Wochen dauern die Aktionen der Buddhisten und der Studenten an. Ihretwegen wurde, wie westliche Korrespondenten mitteilen, in Saigon die Stadtmitte mit einem Stacheldrahtverhau umzäunt; überall waren Polizeisperren aufgestellt. Der Verkehr war in diesem Teil der Stadt lahmgelegt. Am 24. September, einem Sonntag, eröffnete die Polizei auf dem Zentralmarkt Feuer gegen Buddhisten, die sich zu einer Demonstration anschickten. Studenten protestierten auf Versammlungen gegen die Bestätigung des Wahlergebnisses durch die „Konstituierende Versammlung“.

Was geht heute im amerikanisch besetzten Gebiet Südvietnams vor sich?

Juri JUCHANANOW

...Leinwand oder Bildschirm zeigen einen sorgfältig gekleideten Mann von niedrigem Wuchs in südvietnamesischer Generalsuniform, neben ihm eine junge Dame in enganliegender Hose. Beider Augen sind hinter Sonnenbrillen verborgen. Sie entsteigen einer geschlossenen Limousine und begeben sich zur Gangway eines Flugzeugs. „Nguyen Cao Ky und seine Gattin treten den Flug zu einem Treffen mit USA-Präsident Lyndon Johnson an“, lautet der Begleittext. Das nächste Bild: Der Präsident der Vereinigten Staaten in eigener Person, freundliches Lächeln, einladende Geste.

So wurden Kinopublikum und Fernseher über die Konferenz von Honolulu informiert, die Anfang Februar 1966 stattfand und auf der Politiker und Generale der USA mit ihren südvietnamesischen Marionetten Pläne für eine so-

genannte politische Stabilisierung in Südvietnam besprachen.

In Honolulu war auch entschieden worden, in Südvietnam Präsidentschaftswahlen abzuhalten. Der entsprechende Plan amerikanischer Experten wurde von der Saigoner Militärjunta mit unmittelbarer Unterstützung durch das eine halbe Million Mann starke Heer der Okkupanten in die Tat umgesetzt. Nach den Wahlen vom 3. September schmückten sich Juntachef Nguyen Van Thieu mit dem Präsidententitel und Juntachef Nguyen Cao Ky mit dem Titel des Vizepräsidenten. Nach der in diesem Jahr verabschiedeten südvietnamesischen „Verfassung“ ist der Präsident mit Befugnissen ausgestattet, die sich in ihrer diktatorischen Fülle kaum von denen unterscheiden, die der Chef der Militärjunta besaß.

Die Weltpresse berichtete eingehend über die Präsidentschaftswahlen in Südvietnam, wobei sie ständig darauf hinwies, daß sie ein Skandal waren. Dieser Skandal begann längst vor dem 3. September, gleich, als die Kandidaten nominiert wurden. Die für das Saigoner Regime Verantwortlichen, Thieu und Ky, taten alles, um zu verhindern, daß sich den Wählern Leute von irgendwelchem Ansehen stellten, soweit man bei den Saigoner Politikern überhaupt von Ansehen reden kann.

Von den zehn benannten Zivilkandidaten machte Truong Dinh Dzu, ein bis dahin kaum bekannter Rechtsanwalt in Saigon, den Anführern der Junta am meisten zu schaffen. Auf ihn entfiel die zweitgrößte Stimmenanzahl, und es hätte nicht viel gefehlt, daß Thieu und Ky ihm gegenüber ins Hintertreffen geraten wären. Das kommt daher, daß Dzu der einzige Kandidat war, der in seinen Wahlreden erklärte, der Krieg müsse ein Ende gemacht werden.

Bei den Septemberwahlen in Südvietnam wurden die Methoden der „Chikagoer Politik“, d. h. plumpste Fälschungen, so offen angewandt, daß selbst die im September vorigen Jahres gebildete „Konstituierende Versammlung“ von Südvietnam, ein reines Marionettengremium, genötigt war, auf Forderung der Kandidaten der Opposition einen Ausschuß zu bilden, der die offiziell angegebenen Wahlergebnisse prüfen sollte. Während der Ausschuß bemüht war, diesen Auftrag zu erfüllen, maßregelten die Juntachefs, um auf ihn einen Druck auszuüben, die Zivilkandidaten, die die Untersuchung angeregt hatten. Zwei von ihnen, Truong Dinh Dzu und Vu Hong Khanh, wurden von der Saigoner Polizei am 29. September verhaftet, als sie sich gerade zu einer

Sitzung des Ausschusses begeben wollten. Aber ungeachtet aller Druckmaßnahmen prüfte der Ausschuß die Dokumente und Tatsachen und stellte in fast 40 Fällen derart flagrante Verstöße gegen das Gesetz fest, daß er das Wahlergebnis für ungültig erklärte.

Die „Konstituierende Versammlung“ hob allerdings in ihrer Sitzung vom 2. Oktober mit einer winzigen Stimmenmehrheit den Beschluß des Ausschusses auf. Doch ändert dies nichts daran, daß die Fälschungen, die die Saigoner Junta begangen hat, bewiesen sind.

Das Unternehmen „Präsidentenwahlen“ wurde nicht nur wegen dieser Enthüllungen und wegen der endlosen Ränke und Durchstechereien zu einem neuen politischen Skandal im Lager der Saigoner Marionetten. Es wurde hauptsächlich deshalb zu einem Skandal, weil die überwiegende Mehrheit der südvietnamesischen Bevölkerung es schon lange ablehnt, mit den Marionettenwahlen und ihren Drahtziehern auch nur das geringste zu tun zu haben.

Wir wollen hier gar nicht auf den völkerrechtlichen Aspekt der südvietnamesischen Wahlen eingehen, deren bloße Abhaltung bekanntlich den Genfer Vietnamabkommen völlig widerspricht. Allen ist klar, daß das Vorgehen der USA und ihrer Saigoner Handlanger jenseits von Recht und Gesetz steht. Hinzuweisen wäre auf etwas anderes: darauf, daß die jetzigen Versuche, der USA-Okkupation und dem Saigoner Regime ein demokratisches Mäntelchen umzuhängen, in einer Atmosphäre größter Unzufriedenheit der Bevölkerung der noch von den Marionettenbehörden kontrollierten ländlichen Bezirke, vor allem aber der Städte, gemacht werden. Diese Behörden leben auf einem Vulkan. Im vorigen Jahr waren viele südvietnamesische Städte der Schauplatz regelrechter Aufstände gegen die Saigoner Clique. Inzwischen haben die Massen noch mehr Grund zur Unzufriedenheit erhalten.

Die amerikanische Okkupation kommt die Bevölkerung sehr teuer zu stehen: der kleine Kreis der Beamten, der Generale und der Angehörigen der Großbourgeoisie, die so oder anders mit den Okkupanten liiert sind, kann dagegen etwas von dem Dollarzustrom für sich abzweigen. Die eigentliche Bevölkerungsmasse leidet unsäglich. Not, Krieg und Okkupation haben die Wirtschaft völlig zerrüttet. Wir brauchen nur zu sagen, daß Südvietnam, von jeher Reisexporteur, schon seit mehreren Jahren Reis einführen muß. Um die für Südvietnam besonders exportwichtige Kautschukerzeugung ist es nicht besser

bestellt. Die gewaltsamen Einziehungen zur Armee und die Zusammentreibung der Bevölkerung in „strategische Dörfer“ hat dazu geführt, daß keine Arbeitskräfte für die Kautschukpflanzungen zu haben sind. Die amerikanische Okkupation hat eine Inflation ausgelöst. Der südvietnamesische Piaster verliert ständig an Wert, was die Preise unaufhaltsam steigen läßt.

Es ist demnach völlig klar, daß die Juntaführer unter keinen Umständen die Posten des Präsidenten und des Vizepräsidenten erhalten hätten, wenn die Wahlen vom 3. September ehrlich und demokratisch verlaufen wären.

Man fragt sich unwillkürlich, was sich Washington eigentlich von solchen Wahlen versprach. Wäre es für die Macht, die Südvietnam ganz offen okkupiert, nicht vorteilhafter, in Saigon keine Zivilverwaltung sitzen zu haben, sondern eine sklavisch folgsame Militärjunta?

Aber in den vier Jahren, die nach der Liquidierung des Diktators Ngo Dinh Diem vergangen sind, war Washington ständig bemüht, in Südvietnam unter einen Hut zu bringen, was sich schlechthin nicht vereinbaren läßt, nämlich dort ein Regime zu errichten, das reprä-

sentativ und stabil, aber auch dem Pentagon in jeder Hinsicht gefügig wäre. Gewiß, an den eingefleischten Antikommunisten Thieu und Ky als Juntachefs, die skrupellos die nationalen Interessen verhöckern, hatten die amerikanischen Okkupanten nichts auszusetzen. Aber Washington konnte das Regime dieser Leute weder repräsentativ noch stabil machen.

Die heutige Saigoner Marionettenclique ging aus dem mindestens zehnten von den Militärputschen hervor, die Südvietnam nach dem 1. November 1963, dem Tag der Ermordung Ngo Dinh Diems, erlebte, und entbehrt natürlich nach wie vor selbst vom Standpunkt der bürgerlichen Demokratie jeglicher Legitimation. Die Wahlen vom 3. September brauchte Washington, um das Saigoner Regime irgendwie, und sei es auch nur formalrechtlich, zu untermauern. Washington muß zumindest den Anschein erwecken, als bestehe in Saigon eine legitime demokratische Zivilregierung, um seine verbrecherische Aggressoren- und Okkupantenrolle zu beschönigen, um zumindest dem eigenen Volke gegenüber das „Gesicht zu wahren“, das mit Nachdruck fragte: Für wen müssen unsere Soldaten eigentlich in Vietnam ihr Blut vergießen?

Abgeblitzt

Juan COBO

Ihr Vorschlag ist eine Beleidigung für meine Regierung!“ rief Señor Espiración aus und erhob sich empört von seinem Platz.

„Dann“, sagte Mr. Franzoni drohend, „wechseln wir sie eben.“

Das ist eine Szene aus O. Henrys Roman „Kohlköpfe und Könige“, und ihr Schauplatz ist die südamerikanische Phantasierepublik Anchuria. Nun eine Illustration dazu, wie es USA-Diplomaten nicht in Romanen, sondern in der Praxis halten. Ort der Handlung ist diesmal nicht Anchuria, sondern Ekuador.

Bei einem diplomatischen Empfang im Jahre 1963 sagte der damalige Staatschef Ekuadors, Carlos Julio Arosemena, dem US-Botschafter Bernbaum so, daß es alle hören konnten:

„Das Volk Ekuadors achtet das Volk Ihres Landes... Aber die Regierung der Vereinigten Staaten beutet Ekuador und ganz Lateinamerika aus.“

Noch in selbiger Nacht trommelte Mr. Bernbaum die ekuadorianischen Generale zusammen und befahl ihnen,

die Regierung zu „wechseln“. Am nächsten Morgen brachte ein Militärputsch in Quito eine Militärjunta an die Macht.

Wymberley Coerr, der Bernbaum als Botschafter in Ekuador ablöste, trieb es gleichfalls so, als sei O. Henrys „Kohlköpfe und Könige“ seine Dienstanweisung oder zumindest seine Leib- und Magenlektüre.

Als sich das Volk Ekuadors im März 1966 gegen die korrupte Militärjunta erhob, schlug Mr. Coerr das Kapitel des Buches auf, in dem geschildert ist, wie das Aufkreuzen von Schiffen der US-Gesellschaft Vesuv an der Küste der Bananenrepublik Anchuria die Unzufriedenen unverzüglich zur Raison brachte. Von dieser Episode inspiriert, legte Wymberley Coerr den ekuadorianischen Plantagenbesitzern nahe, US-Marineinfanterie von Stützpunkten in Panama anzufordern, damit sie in Ekuador „Ordnung schaffen“ könnten.

Aber wie verstört die Großgrund-

besitzer auch waren, konnten sie sich doch nicht entschließen, diesen verlockenden Vorschlag anzunehmen. Auf die Karriere des US-Botschafters hatte das übrigens nicht den geringsten Einfluß. Will man der *Washington Daily News* Glauben schenken, so belobigte das State Department sogar diesen „Berufsdiplomaten, der seinen Aufstieg der vorzüglichen Ausführung seiner dienstlichen Obliegenheiten verdankt“. Wymberley Coerr schaltete und waltete in Ekuador weiterhin, als ob es Anchuria wäre. Schließlich riß den Ekuadorianern die Geduld. Als Coerr Anfang Oktober in einer Rede, die er in der amerikanischen Schule von Guayaquil hielt, den jetzigen Präsidenten, Otto Arosemena, heftig angriff, wurde er aufgefordert, das Land binnen 48 Stunden zu verlassen.

Das State Department versuchte vergeblich, den Fall beizulegen. Rusks Amt bemühte sich, die ekuadorianische Regierung in einer eigens abgegebenen Erklärung davon zu überzeugen, daß den Diplomaten der Vereinigten Staaten das Recht vorbehalten sei, „in achtungsvollem und freundschaftlichem Ton“ die Regierungen zu rügen, bei denen sie akkreditiert sind. Damit konnte er sie jedoch nicht umstimmen, und am 9. Oktober mußte Wymberley Coerr Ekuador Lebewohl sagen.

„Er hat die Situation in Ekuador nicht ganz richtig begriffen, sonst hätte er sich nicht in eine solche Lage gebracht“, schreiben die Washingtoner Zeitungen nunmehr schockiert. Aber dieser Vorwurf gilt offenbar nicht nur Coerr, sondern auch dem State Department. Es ist kein Geheimnis, daß man in den USA höchst ungehalten ist über die Politik Ekuadors, wo das Volk im vorigen Jahr das Regime der Militärjunta hinweggefegt hat. Jetzt können sich die Parteien in Ekuador legal betätigen, auch die Kommunistische. Die Ausübung der verfassungsmäßigen Rechte ist zu einem gewissen Grade garantiert. Die bürgerliche Regierung Ekuadors hat in den letzten Monaten wiederholt an der lateinamerikanischen Wirtschaftspolitik der USA Kritik geübt. Zugleich bemüht sie sich, die Handelsbeziehungen zu allen Ländern, darunter auch zu einigen sozialistischen, auszubauen. Otto Arosemena ist der provisorische Präsident des Landes. Die Wahlen des Staatsoberhauptes finden 1968 statt. Das zwingt die Regierung, die öffentliche Meinung mehr als sonst zu berücksichtigen.

Diesmal ist die Yankee-Diplomatie abgeblitzt. Es hat sich gezeigt, daß Ekuador ebensowenig Anchuria ist wie das moderne Lateinamerika eine Region von Bananenrepubliken des vorigen Jahrhunderts.

Um Mitternacht beginnt keine Revolution

Sam RUSSELL

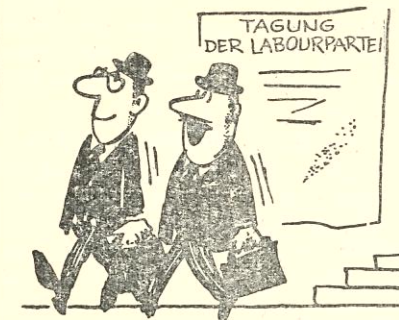
Achtundvierzig Stunden nach der 66. Jahrestagung der Labourpartei kündigte ein führender Minister der Labourregierung, Mrs. Barbara Castle, an, daß „um Mitternacht eine soziale Revolution beginnt“.

Man hätte erwarten können, daß die seit 1964 amtierende Labourregierung, die im Parlament eine Mehrheit besitzt, dank der sie bis 1970 weiter im Amt bleiben könnte, schließlich die in der Satzung der Labourpartei gesteckten Ziele anstreben werde, nämlich: „den Hand- und Kopfarbeitern sämtliche Früchte ihres Fleißes und deren denkbar gerechte Verteilung auf Grund des Gemeineigentums an den Produktions-, Verteilungs- und Austauschmitteln zu sichern, ferner das denkbar beste System der Volksmacht und -kontrolle in allen Industrien und Dienstleistungsbranchen“.

Die Hand- und Kopfarbeiter Großbritannien werden mit Mrs. Castle kaum einverstanden sein, sie werden das soeben in Kraft getretene neue Gesetz gewiß nicht für eine soziale Revolution halten, dieses Gesetz, laut dem jedem, dessen Blut bei einem Test über 80 Milligramm Alkohol je 100 Milliliter Blut aufweist, der Führerschein entzogen wird.

So traurig das auch ist, muß man doch sagen, daß uns die Labourführer an solche Vergleiche schon lange gewöhnt haben. Die jüngste Labourtagung gab wieder eine Kostprobe davon, wie mit Worten Schindluder getrieben wird.

Die Tagung, die vom 2. bis zum



„Ich glaube kaum, daß die Anwesenden nach seiner Rede aufgestanden wären, wenn Sie nicht die Nationalhymne vor sich hingesummt hätten.“
Eccles, *Morning Star* (England)

6. Oktober in dem Seebad Scarborough stattfand, begann in einer gewitterschwangeren Atmosphäre: Niederlagen bei Gemeinderats- und bei Zusatzwahlen; eine zunehmende Arbeitslosigkeit; die ausweglose Lage, zu der die Rhodesienpolitik geführt hat; die Ungewißheit in Europa; die Unterstützung der amerikanischen Aggression in Vietnam, ganz zu schweigen von den immer krasser werdenden Fehlschlägen der britischen Politik im Nahen Osten. All das zeugt davon, daß die Labourführer mit ihren Wahlversprechungen nur geblufft hatten.

Die einfachen Tagungsdelegierten aber haben diese Versprechungen nicht vergessen. Ihre Diskussionsbeiträge zeugen — ganz gleich, wie die Schlußabstimmung ausgefallen ist — davon, daß diese Delegierten mit der Politik der Regierung nicht einverstanden sind.

Die Enttäuschung des englischen Volkes ist im laufenden Jahr besonders deutlich zutage getreten, zuerst in der katastrophalen Niederlage der Labourpartei bei den Lokalwahlen vom Frühjahr, insbesondere in London, wo sie im Rat der Grafschaft nach einer 33jährigen Majorität von den Konservativen eine schwere Niederlage einstecken mußte. Übrigens waren das nicht so sehr Siege der Konservativen (sie bekamen nicht mehr Stimmen als sonst) wie ein Resultat der Wahlunlust früherer Labourwähler.

In einem lendenlahmen Versuch, diese Fehlschläge zu erklären, sagte der Generalsekretär der Labourpartei, Williams, daß die Regierung „im Interesse Großbritanniens auf weite Sicht vorübergehend einen Prestigeverlust riskiert“. Was hat denn mit den Interessen Großbritanniens die Arbeitslosigkeit zu tun, die laut Harold Wilson bald 700 000 Personen erfassen wird und schon jetzt 600 000 erfaßt? Oder liegt es etwa im Interesse Großbritanniens, wenn dieses den amerikanischen Krieg in Vietnam unterstützt? Oder wenn es das Regime in Rhodesien begünstigt, das dem Ansehen Englands schadet?

Am besten hat wohl der Labourabgeordnete James Dickens die Stimmungen unter denen wiedergegeben, die sich immer hinter die Labourpartei stellen, als er im *Morning Star* schrieb:

„Selbst wenn man einräumt, daß die Schwierigkeiten noch von den Konser-

vativen herrühren, und wenn man bedenkt, daß die Regierung bescheidene soziale Reformen vorgenommen hat, so fällt doch am meisten die Tatsache ins Gewicht, daß die Labourregierung zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme die traditionellen Tormethoden gewählt hat."

Die „sozialen Reformen“, von denen hier die Rede ist, waren in der Tat bescheiden.

Jetzt wollen sich die Labourführer damit trösten, daß die Wirtschaftspolitik der Regierung in Scarborough immerhin doch gutgeheißen worden ist, wenn auch nur mit einer unwesentlichen Mehrheit von 122 000 Stimmen gegenüber 2 208 000 Stimmen im Vorjahr. Aber selbst diese geringe Mehrheit haben sie nur mit geheimen Machenschaften zusammengestoppelt, mit denen es ihnen u. a. gelungen ist, die Gewerkschaften der Bergarbeiter und der Handelsangestellten, die noch vor einem Monat auf der TUC-Tagung in Brighton an ihrem Standpunkt festhielten, zu einem Stelungswechsel zu veranlassen.

Wilson hat in seiner Rede die Politik der Regierung zu rechtfertigen versucht. So hat er z. B. — mit Rücksicht auf die allgemeine Besorgnis — über die Arbeitslosigkeit gesagt, daß die Regierung dem Anwachsen des Arbeitslosenheers einen Riegel vorzuschieben gedenke. Schon ein paar Stunden, nachdem Wilson gesprochen hatte, wurde er aber vom Chef der Bank von England, Sir Leslie O'Brien in eigener Person, desavouiert. Dieser lobte in Buenos Aires die britische Regierung dafür, daß sie den Mut aufgebracht habe, das Arbeitslosenheer aufzustellen. Dieser Hohepriester des britischen Finanzkapitals, den Wilson vor anderthalb Jahren auf seinen Posten berief, hat folgendes gesagt:

„Wir müssen größere Reserven an ungenutzten Arbeitskräften haben.“

Also: Die Maßnahmen gegen betrunkene Fahrer werden eine soziale Revolution genannt, die Arbeitslosen dagegen „größere Reserven an ungenutzten Arbeitskräften“!

Daß Sir Leslie seine Erklärung in Buenos Aires am selben Tag abgab, an dem Mr. Wilson zu den Labourdelegierten sprach, hat schlagend bewiesen, daß die Regierung zweistimmig zu sprechen versteht. Dem britischen Volk redet sie ein, daß sie gegen die Arbeitslosigkeit und für einen höheren Lebensstandard sei, und zu gleicher Zeit versichert sie, daß sie die Absicht habe, die Arbeitslosigkeit noch mehr anwachsen zu lassen und den Gewerkschaften gegenüber in puncto Lohnforderungen hart zu bleiben.

Hätten die Delegierten den Chef der Bank von England reden hören, so hätten sie Mr. Wilson in Scarborough

zweifelloso noch schroffer abfahren lassen. Die schroffste Abfuhr erteilten sie Außenminister George Brown, als dieser die Unterstützung der amerikanischen Aggression in Vietnam durch die Regierung und deren Verhalten zu der Bande faschistischer Generale zu rechtfertigen suchte, die in Griechenland eine Militärdiktatur aufgerichtet haben. Die vorjährige Tagung forderte die Regierung auf, die amerikanischen Bombenabwürfe auf Vietnam zu verurteilen. Dieses Jahr ist eine viel drastischere Entschließung gefaßt worden. Darin wird verlangt, daß sich die Regierung „von der amerikanischen Vietnampolitik distanziert“. In der Resolution über die Lage in Griechenland wird die Unterstützung aller Aktionen „der griechischen Arbeiterklasse zum Sturz des Regimes“ gefordert.

Die Entschließung, in der die Vietnampolitik der Regierung verurteilt wird, ist um so schwerwiegender, als vorher die Tagung des Trade-Union-Kongresses eine ähnliche gefaßt hatte. Das bedeutet, daß diejenigen, die (auch in der Parlamentsfraktion der Regierungspartei) gegen die amerikanische Aggression Front machen, den Standpunkt der Labourbewegung zu dieser

Frage vertreten. Wie dazu die Times in einem redaktionellen Artikel feststellte, „bringt die Entschließung die im ganzen Land herrschende Besorgnis zum Ausdruck“.

Die Delegierten in Scarborough standen vor dem Dilemma, eine andere Regierungspolitik durchsetzen zu wollen, aber der „eigenen“ Regierung doch nicht öffentlich am Zeuge zu flicken. Die Politik der Labourführer und die Apathie in der Labourpartei können ja nur den Konservativen nützen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Politik Wilsons innerhalb der Partei zu bekämpfen, und in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit zwischen dem linken Labourflügel und den anderen Fortschritt Kräften, vor allem zwischen den einfachen Mitgliedern der Labourpartei und den Kommunisten.

Jedenfalls hat die Tagung in Scarborough eine zunehmende Differenzierung zwischen den Rechten und den Linken in der Labourbewegung erkennen lassen. Praktisch hat diese Tagung den Kampf um eine andere Regierungspolitik in die Betriebe, die Gewerkschaften und die Friedensbewegung verlegt.

London, im Oktober

Biographisches

Jacques Rabemananjara

Jacques Rabemananjara, der zum Nachfolger des bei einer Flugzeugkatastrophe tödlich verunglückten Außenministers der Republik Madagaskar, Albert Syllas, ernannt wurde, ist am 23. Juni 1913 in Mangab auf Madagaskar geboren. Er besuchte ein Lyzeum. Während des zweiten Weltkriegs lebte er in Frankreich und nahm dort seine politische Tätigkeit auf. Im November 1946 wurde er in die Französische Nationalversammlung gewählt.

Heimgekehrt, schloß sich Rabemananjara der Demokratischen Bewegung für die nationale Wiedergeburt seines Landes an und wurde bald ihr Generalsekretär. Nach den antiimperialistischen Aktionen im März 1947, an denen er teilnahm, wurde er von der französischen Verwaltung ausgewiesen. Nachdem die Insel 1960 zu einem unabhängigen Staat ausgerufen war, kehrte er zurück. Im September des gleichen



Jahres wurde er als Vertreter des Wahlkreises Tamatave in die Nationalversammlung der Republik gewählt und im Oktober zum Staatsminister für Volkswirtschaft des Kabinetts Philibert Tsirananas berufen. Er bekleidete diesen Posten bis zum 25. August 1965, wonach er zum Staatsminister für Landwirtschaft ernannt wurde.

Jacques Rabemananjara ist auch als Schriftsteller bekannt.

INTERNATIONALE UMSCHAU

WESTDEUTSCHLAND

Hitlers „Neffen“

Adolph von Thadden, der Chef der neonazistischen NPD, ist schwer beleidigt. Er geht zu Gericht. Wen verklagt er? Komisch: das Amt für Verfassungsschutz von Rheinland-Pfalz, das die Obliegenheiten einer Geheimpolizei versieht und bei den Umtrieben der Neonazis ein Auge zudrückt.

Die Sache ist folgende.

Als bei diesem Amt das Ergebnis der jüngsten Landtagswahlen näher untersucht wurde, stellte man fest, daß der vierte Teil der Mitglieder der dortigen NPD-Organisation früher wegen Verbrechen oder wegen Störung der öffentlichen Ordnung mit den Gerichten zu tun hatte. Das Innenministerium von Rheinland-Pfalz war so unvorsichtig, das in einem Büchlein über das Wahlergebnis auszuaplaudern.

Einige westdeutsche Zeitungen nahmen das zum Anlaß, eine Parallele zwischen der Zusammensetzung der Hitler-Partei vor 1933 und der der heutigen Neonazi-Partei zu ziehen. Als Hitler zur Machtergreifung rüstete, warb er Anhänger unter Verbrechern und Rowdys, die dann den Kern seiner SA bildeten.

Und nun ist von Thadden wütend. Die Leitung seiner Partei will ja, um ihre wahren Ziele zu bemänteln, der Öffentlichkeit weismachen, daß die jetzigen Nationaldemokraten nichts mit den früheren Nazis zu tun hätten. Vergebliche Mühe! Objektive Beobachter innerhalb und außerhalb Westdeutschlands wissen genau, daß sich das Programm und die Methoden der NPD fast nicht von denen der Nazipartei unterscheiden. Die englische Wochenschrift Time and Tide hat sarkastisch festgestellt, daß die Thadden-Partei „kein Sohn, sondern ein Neffe der ehemaligen Nazi-Partei ist, der sich aber besser aufzuführen versteht“.

Wir fügen hinzu, daß sich die Neonazis eine Zeitlang anständiger aufführen müssen. Wollen wir sehen, was wird, wenn sie zumindest im Bundestag eingezogen sein werden!

USA

... plus Heuchelei

Man kann sich den amerikanischen Verteidigungsminister, McNamara, schwer als Kämpfer gegen die Aufrüstung vorstellen. Wie aber die Londoner Times bezeugt, hat er sich unlängst gerade in dieser Rolle versucht. Der Schauplatz war der lateinamerikanische Waffenmarkt.

Bisher hatten die USA diesen Markt unumschränkt beherrscht. Dazu, daß die USA-Monopole dort festen Fuß fassen konnten, haben die Sonderabkommen viel beigetragen, die Washington seinen Alliierten und eventuellen Konkurrenten aufrichtete. So konnte das amerikanische Verteidigungsministerium im vergange-

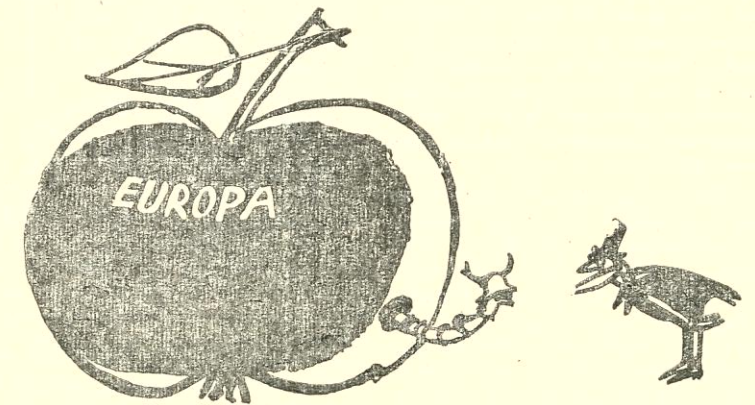
nen August einen Versuch Englands unterbinden, eine Partie Canberra-Bomber an Peru zu verkaufen. Das Pentagon benutzte dazu das Abkommen über „gegenseitige Hilfe bei Verteidigungsmaßnahmen“.

Was England nicht gelang, ist jetzt Frankreich gelungen. Wie die Times am 5. Oktober schrieb, hat es in das USA-Monopol auf dem lateinamerikanischen Waffenmarkt eine zwiefache Bresche geschlagen: Es hat den Verkauf seiner Jagdbomber Marke Mirage-V und seiner Panzer Marke AMX-30 an Peru und Argentinien vereinbart.

Im Lobby der Rüstungsmonopole beim USA-Kongreß war man bestürzt darüber. Kongreßmitglieder haben von der Regierung „Maßnahmen“ verlangt. Wie die Times jedoch bemerkt, „ist da kaum etwas zu machen, weil Frankreich zum Unterschied von England nicht an Sonderabkommen gebunden ist“.

Dennoch hat Washington bei den Regierungen von Peru und Argentinien Protest eingelegt. Das Argument: der

Zur europäischen Sicherheit



Onkel Sam: „Na, bist du auch schön fleißig, Fritz! Mach mal tüchtig weiter!“
Reme, Strshel (Bulgarien)

Waffenkauf in Frankreich könne „in Lateinamerika ein Rüstungsrennen auslösen“.

In einem Kommentar zu diesem Argument schreibt die *Times*: „Mr. McNamara, der Verteidigungsminister, meint, ein Rüstungsrennen könne am besten vermieden werden, wenn die USA die Hauptlieferanten blieben. Das hat einen verdächtigen Anflug von Eigennutz.“

Wir fügen hinzu: von Eigennutz plus Heuchelei. Wer glaubt McNamara schon, daß er gegen das Wettüben sei?

ISLAND

Die amerikanische Fernsehaggression

Ab 1961 war auf dem amerikanischen Militärstützpunkt in Keflavik ein starker Fernsehsender in Betrieb. Nicht weit von der isländischen Hauptstadt, von Reykjavik, gelegen, war der Sender formal für die in Island stehenden USA-Soldaten bestimmt, strahlte jedoch nach dem ganzen Südwesten des Landes, wo drei Viertel seiner Bevölkerung leben.

Die Isländer begehrten dagegen auf, daß die Amerikaner ein so starkes Propagandamittel ungehindert anwenden durften. Herr Lindal, der Sekretär des Obersten Gerichts, hat die Lage wie folgt charakterisiert:

„Es ist einer fremden Macht gelungen, in die Gesellschaft Islands einzudringen und mit einer in unserer Geschichte beispiellosen Aufdringlichkeit die Kultur und das nationale Leben der Isländer zu beeinflussen.“

Besonders verheerend hat sich die amerikanische Propaganda auf die Jugendziehung ausgewirkt. In einer Schule von Reykjavik malte die Hälfte der Schüler auf die Aufforderung des Lehrers hin, die isländische Fahne zu malen, das amerikanische Sternenbanner. In einer anderen Schule sagten Kinder auf die Frage, wer der Präsident von Island sei, im Chor: „Johnson“, denn sie hatten zu viel vor dem Bildschirm gehockt und die amerikanischen Programme gesehen.

Die Fernsehprogramme aus Keflavik waren Gegenstand stürmischer Debatten im Alting (Parlament). Über sie wurde auch in Presse, Rundfunk und Versammlungen diskutiert. Schließlich mußte die Regierung unter dem Druck der Öffentlichkeit die Kommandostelle des USA-Stützpunktes ersuchen, die Sendungen für Island einzustellen, um so mehr, als im September 1966 eine isländische Fernsehstation eröffnet wurde. Endlich, nach einem Jahr, sind die Isländer nach

vorheriger Absprache von der Sturzflut der amerikanischen Fernsehpropaganda erlöst.

Die amerikanischen Fernseh- und Rundfunksendungen aus Keflavik stellen aber, wie in einer von der Gesamts Isländischen Organisation der Besatzungsgegner gefaßten Entschließung betont wird, nur einen Teil des Problems dar. Das schlimmste ist ja, daß in Island USA-Truppen stehen.

SPANIEN

Eine 30jährige Pause

Zum erstenmal haben nach mehr als 30jähriger Unterbrechung am 10. Oktober in Spanien Wahlen zu den Cortes (zum Parlament) stattgefunden. Man sollte meinen, daß die Möglichkeit, nach so langer Pause wieder an die Wahlurnen zu treten, im Land eine politische Belebung hervorgerufen hätte. Das war nicht der Fall. Die in Madrid beglaubigten Auslandskorrespondenten haben einstimmig festgestellt, daß die 16,5 Millionen Spanier, die wählen dürfen, apathisch waren. In Madrid und Barcelona hat nur die Hälfte der stimmberechtigten Einwohner von ihrem Recht Gebrauch gemacht, und in den industriell entwickelten nördlichen Landesgebieten haben über 70 Prozent der Wahlberechtigten nicht gestimmt.

Falscher Anschluß



„Mann, ich fühle mich sehr geehrt durch Ihre Aufforderung, dem Ku-Klux-Klan beizutreten, aber ich glaube, Sie sind falsch verbunden.“

The Saturday Evening Post (USA)

Das kann man ohne weiteres verstehen. Vier Fünftel der Abgeordneten werden ja von oben nominiert, es sind regimetreue Minister, Bankiers, Generale und Bischöfe. Die 108 Abgeordneten, die gewählt werden dürfen, sind nicht viel anders. Zu den Cortes kandidieren hohe Beamte, Falangisten und Militärs, überhaupt wohlhabende Leute. Der Wahlkampf kostet einen Kandidaten gewöhnlich mehrere Millionen Peseten.

Und schließlich war unter den Kandidaten kein einziger Oppositioneller. Sämtliche Parteien und politische Gruppierungen, die gegen das Regime sind, haben die Wahlen als Farce boykottiert.

In ihrer neuen Zusammensetzung werden die Cortes dem Franco-Regime nicht helfen, sich den Ruf eines demokratischen Regimes zu erwerben, und sie werden weder das spanische Volk noch die Weltöffentlichkeit mit diesem Regime aussöhnen.

LATEINAMERIKA

Unberechtigter Optimismus

„Ihre Meinung über die USA?“ Diese Frage enthielt ein Fragebogen, den die Informationsagentur der USA an Universitäten Lateinamerikas verteilen ließ. Das Ergebnis ist höchst aufschlußreich.

Die meisten Befragten äußerten sich sehr ablehnend über die Lateinamerika-Politik der USA. In den Antworten wurde hervorgehoben, daß die großspurigen Redereien Washingtons über Demokratie und Freiheit purer Betrug sind. Viele der Befragten schreiben entrüstet, daß die Yankees in ihren Ländern reaktionäre Diktaturen stützen und sich über die Interessen des Volkes hinwegsetzen.

Wie haben die Nordamerikaner, die hinter der Umfrage steckten, auf das Ergebnis reagiert? Der Direktor der Informationsagentur, Leonard Marks, erklärte in Boston, seine Beauftragten hätten „ausgezeichnetes Material zusammengetragen, das man dazu benutzen kann, die geäußerten Ansichten zu ändern“.

Der Optimismus von Leonard Marks und sein Glaube an die Allmacht der USA-Propaganda sind allerdings unberechtigt. Die Agentur, die über 8000 Angestellte hat, benutzt 92 Sender und erhält von der Regierung jedes Jahr 163 Millionen Dollar. Schon seit Jahren betreibt sie in Lateinamerika eine intensive proamerikanische Propaganda. Dennoch nimmt die antiimperialistische Einstellung auf dem Subkontinent zu. Das stellen viele außenpolitische Amtsstellen Washingtons fest.

Irina TROFIMOWA

Schönes Bulgarien

Dieses Jahr war der September in Sofia wunderbar. Noch Anfang Oktober zeigt das Thermometer am Fenster meines Zimmers im Hotel Rila tagsüber nie weniger als 25°–26° C an, und manchmal gewittert es sogar.

Auf den Straßen wird schwunghafter Handel mit Speiseeis getrieben. Für Maroni ist es noch zu früh. Fliegende Lotterielosbändler an kleinen Tischen fordern die Passanten auf, ihr Glück zu versuchen. Touristen knipsen die Böjück-Moschee, die Alexander-Newski-Kirche und das Dimitroff-Mausoleum, vor dem ständig Soldaten in roten Uniformen und langen, spitzen Federn an den Mützen Ehrenwache halten.

Gegen fünf oder sechs Uhr abends nehmen die Straßen ein völlig anderes Aussehen an. Die Kinderwagen verschwinden aus den vielen Anlagen. Jung und alt bewegt sich auf den Ruski-Boulevard zu. Jede bulgarische Stadt hat ihr Styrgalo, ihren Corso, auf dem man abends spazieren geht. In Sofia ist es der Ruski-Boulevard.

Aus den kleinen Gaststätten duftet es nach Skara, einem Fleischgericht, das bei den verschiedenen südlichen Völkern verschieden heißt, einem Brathähnchen oder einem Stück in Pergamentpapier gebratenen jungen Schafkäse — allem, was gegrillt wird. Dazu trinkt man Weiß- oder Rotwein. Skara mit Wein genießt man nur an den Abenden.

Einige Stunden später schließen die Restaurants und Cafés. Nur ein paar Nachtlokale bleiben offen, die viel teurer sind. Die Leuchten an den Theaterportalen werden gelöscht. Man geht nach Haus. Und nun scheinen die leer gewordenen Straßen zu einem eigenen Leben zu erwachen, ungestört vom Trubel des Tages. Das gespenstische Licht der Leuchtröhren holt hier ein Straßenschild aus dem Dunkel, da ein Basrelief an einem Gebäude oder eine schlichte Hängevase mit welken Asten, die an einem Türrahmen angebracht ist.

STRASSENNAMEN

Die Straßennamen in Sofia können als Fremdenführer durch die Geschichte Bulgariens dienen. Serdika, Zar Schisch-

man, Schipka, Wassil Lewski, Kommune von Sofia, der Marschall-Tolbuchin-Boulevard, der Platz des 9. September. Diese Straßen und Plätze bewahren das Andenken an längst verschwundene Zivilisationen, an bulgarische Königreiche, die eins dem anderen folgten, und an Ereignisse aus unserem Zeitalter. Das Volk bewahrt Namen und Daten in seinem Gedächtnis, die aus dem Freiheitskampf bekannt sind, Namen aus der Zeit der Wiedergeburt der bulgarischen Nation und solche von Revolutionären der Gegenwart.

Die Serdika liegt inmitten anderer, ebenso kleiner Straßen. Sie ist nach einer altrömischen Stadt benannt. Diese befand sich dort, wo heute das Zentrum von Sofia liegt. Man sieht noch jetzt einen Teil der Festungsmauer und einen Bau, der ursprünglich für Thermen bestimmt war und jetzt restauriert wird. Archäologen haben einige Kulturschichten abgetragen und die römische Straße entdeckt. Es scheint eine blühende Stadt gewesen zu sein. Kaiser Konstantin sagte: „Mein Rom ist Serdika.“

Über die Serdika verlief eine uralte Straße nach Thrakien, nach Philippopol, dem heutigen Plovdiv, und weiter nach Byzanz. Ich fuhr auf dieser Straße zur Plovdiver Messe. Obwohl das jetzt eine ganz moderne Chaussee mit Tankstellen und den Antennen von Radio Sofia ist, hat die Gegend doch etwas Urwüchsiges. Bald nach Ichtiman treten die Berge auseinander, die Ebene dehnt sich aus. Leicht gewellt, mit kleinen Waldbeständen, scheint sie unermesslich zu sein. Das ist Thrakien, das Homer die Heimat der Schafferden und windschnellen Rosse nannte. Hier waren einst die Thrakier, die römischen Legionen, die Slawen. Völker prallten zusammen, und es kam zu blutigen Schlachten.

Verschwundene Zivilisationen werden gewöhnlich als Geschichte empfunden, als etwas, das mit dem heutigen Leben des Menschen in keinem unmittelbaren Zusammenhang steht. In Bulgarien staunte ich über das lebendige Gefühl für die Geschichte und über die Verbundenheit der Generationen. Einmal war bei dem Akademiker Iwan Popow, einem Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei Bulgariens, von

den Aufgaben die Rede, die Bulgarien infolge der technischen Revolution zu erfüllen hat. Wie das oft geschieht, schweiften wir vom Thema ab. Wir sprachen darüber, wie sich das bulgarische Dorf verändert, und über die originelle und zugleich einfache Methode, mit der die Bauern Ziegel brennen. Akademiker Popow sagte: „Die Methode haben wir von den alten Römern geerbt.“ Und er sagte es so, wie er vorher von der Auswertung der Erfahrungen industriell entwickelter Länder für die wissenschaftliche und technische Revolution in Bulgarien gesprochen hatte.

Aber kehren wir nach Sofia zurück! Ich entsinne mich keiner anderen Stadt, in der so viele Straßen nach Königen oder Priestern benannt wären. Es gibt da eine Zar-Simeon-Straße, eine Straße Boris' I., eine Kalojan-, eine Patriarch-Jewtimi-, eine Pope-Andrej- und eine Exarch-Jossif-Straße. Das waren Herrscher und Priester, die viel zum Erstarben des bulgarischen Staates getan und sich seinen Feinden, den Eroberern, nicht gebeugt haben. Zar Kalojan wehrte die Kreuzritter ab. Über den Patriarchen Jewtimi erzählt sich das Volk Legenden. So sollen die Türken, als sie in Bulgarien einfielen, Jewtimi gefaßt und ein Janitschar soll seinen Säbel über ihm geschwungen haben, aber die Hand, die den Säbel hielt, wurde zu Stein. So stark sei Jewtimi, so furchtbar sei er seinen Feinden gewesen. Die Türken ermordeten den Patriarchen. Das ist keine Legende, so war es.

Der Vorsitzende des Kunst- und Kulturkomitees, der Dichter Pawel Matew, sagte mir: „Vielleicht werden wir in drei oder vier Jahren einen Film über Asparuch drehen, den Begründer des bulgarischen Staates. Auch die Skythen waren große und mächtige Stämme. Sie haben aber nichts hinterlassen, nur das Andenken an blutige Schlachten. Asparuch dagegen hat auf dem Balkan einen mächtigen Staat gegründet.“

Straßennamen von Sofia klingen wie die Titel einer Bücherfolge über hervorragende Persönlichkeiten. Die Bulgaren sagen nicht Luben-Karawelow-Straße, sondern einfach Luben Karawelow oder Wassil Lewski, Hadschi Dimitr, Georgi Rakowski usw. Das sind die Namen von Kämpfern für die Befreiung Bulgariens vom Türkenjoch. An einem Eckhaus der Rakowskistraße ist ein Basrelief Rakowskis mit seinem Geburts- und Todesjahr zu sehen. Er gehört zu den Begründern der organisierten nationalen Freiheitsbewegung. Im Park bei der Universität Sofia lernte ich eine Studentin mit Namen Iwana kennen, die mir hingerissen Stücke aus Rakowskis Dichtung „Der Wanderer im Wald“

vortrag. Der Dichter sagt darin, die bulgarischen Haiducken sollten sich nicht an einzelnen türkischen Unholden rächen, sondern sich zum Kampf um die Befreiung des ganzen bulgarischen Volkes vereinen.

EINE BRUNNENINSCHRIFT

Fast jede bulgarische Stadt weist Spuren dieses Kampfes auf, der fünf Jahrhunderte währte. Ich war in Kopriwstiza, der Vaterstadt Luben Karawelows. Sie hat einige Tausend Einwohner und liegt etwa 100 Kilometer von Sofia entfernt. Dorthin führt die malerische Podbalkanska-Chaussee. Eine typische Balkanlandschaft. Zur einen Seite der Chaussee zieht sich die Bergkette der Stara-Planina hin, zur anderen die Sredna Gora. Die Stadt liegt abseits von den Hauptstraßen, um hinzugelangen, muß man von der Podbalkanska-Chaussee abbiegen und noch 16 Kilometer fahren. Hier besteht das alte Bulgarien fast unberührt fort. Die ganze Stadt ist ein Museum. Alle Häuser haben Erker, wie sie für die bulgarische Bauweise charakteristisch sind. Steinmauern, Tore mit riesigen Schlössern. Die Stadt wurde zur Zeit des Türkenjochs gebaut. Man sieht Schilder: Oslekows, Kableschkows, Madsharows Haus. Die drei Männer nahmen am Aprilaufstand von 1876 teil. In diesem Städtchen wurde der erste Schuß abgegeben, er war das Signal zum Freiheitskampf auch in anderen bulgarischen Städten.

Wir waren in Luben Karawelows Haus. Es ist wie alle alten bulgarischen Häuser eingerichtet. Ein Tonherd, Kupfergeschirr, an den Wänden niedrige Polsterbänke. Auf einem kleinen Tisch unter Glas das Gesuch Karawelows um Aufnahme in die Moskauer Universität. Er hospitierte an der philologischen Fakultät und brachte ungefähr zehn Jahre in Rußland zu.

Wir kamen an einem Sonntag in das Städtchen. Die Straßen waren voll von Schulkindern im 4. und 5. Schuljahr. Sie waren mit Autobussen aus Kasanlyk gekommen, um Anschauungsunterricht in Geschichte zu nehmen.

Voriges Jahr, als der 90. Jahrestag des Aprilaufstandes begangen wurde, beteiligten sich die jungen Pioniere Bulgariens an den Vorbereitungen zum Fest. Sie waren mit der Sammlung für den Bau des Dampfers „Radetzky“ beauftragt. Es wurde beschlossen, eine genaue Nachbildung des Schiffs zu bauen, mit dem der Führer des Aufstandes, Christo Botew, auf der Donau nach Bulgarien kam. Das Schiff gehörte einem österreichischen Reeder. Später bot er es der bürgerlichen Regierung Bulgariens zum Kauf an, aber sie lehnte ab, und die „Radetzky“ wurde ver-

schrottet. Fast ein Jahrhundert später wurden in Österreich die Risse zutage gefördert, und auf der Werft in Russe entstand eine neue „Radetzky“.

Bei der Einfahrt nach Kopriwstiza fiel mir am Straßenrand eine Tscheschma auf, wie sie in Bulgarien überall anzutreffen sind. Sie sind sehr koloritvoll. Das sind steinerne Brunnen. Besonders oft sieht man sie an den Landstraßen. Bulgarien hat wenig Flüsse. In alten Zeiten, als man noch keine Stauseen baute, war das Wasser rar. Reiche Leute spendeten, um der Nachwelt in gutem Andenken zu bleiben, Geld für den Bau der Brunnen, und bulgarische Steinmetze boten ihre ganze Kunst auf. Eine typische Tscheschma besteht aus einer Steinsäule mit einem Rohr in der Mitte. Es gibt auch phantasievolle Brunnen in Form einer oder zweier Schalen. Besonders schön sind die mit Inschriften versehenen. In dem Dorf Arbanasi, unweit von Tyrnow, habe ich eine alte Tscheschma mit der poetischen Inschrift gesehen: „Wer in mich hineinsieht und aus mir trinkt, dem werden Herz und Augen hell.“ Ein Brunnenbauer in den Rhodopen scheint ein trinkfreudiger Mann gewesen zu sein. Eine Inschrift von ihm lautet: „Trink Melnik-Wein und Pokrownik-Schnaps, Bruder! Prosit!“

Auf einer Tscheschma in Kopriwstiza steht:

„Am 9. September 1944 haben Partisanen den Feind geschlagen und Kopriwstiza befreit.“

In diesem Städtchen kreuzen sich die Wege zweier Generationen von Freiheitskämpfern Bulgariens: von Kämpfern gegen das Türkenjoch und gegen den Faschismus.

Dieses Mal hatte ich keine Gelegenheit, nach den Westlichen Rhodopen zu fahren, aber vor einigen Jahren war ich dort und sah Batak, ein Dorf, das ganz Bulgarien kennt. In der Umgegend kämpfte im zweiten Weltkrieg Anton Iwanows Verband. Viele Partisanen des Verbandes stammten aus Batak. Die Einwohner erzählten, wie sie nach dem

Sieg im bewaffneten Aufstand von September 1944 zum Empfang ihrer Landsleute aus Iwanows Verband rüsteten. Über die ganze Straße war ein Spruchband mit der Aufschrift gespannt: „Willkommen, Partisanen!“ Aber kein einziger ist nach Batak zurückgekehrt.

Ebenso wie in Kopriwstiza sind auch in Batak an vielen Häusern Tafeln angebracht, sie sind aus Marmor und tragen die Namen der Gefallenen. Zweihundredig Tafeln. Am Haus des alten Todor drei.

Damals war ich auch im September in Bulgarien. Kurz vor dem 9. September wurde die Kraftwerktruppe von Batak in Betrieb gesetzt, eine riesige wasserwirtschaftliche Anlage aus Kraftwerken, Stauseen und Bewässerungskanälen. Zu den Festlichkeiten in Batak trafen Todor Shiwkow und andere Politiker und Staatsmänner sowie Abordnungen aus verschiedenen Städten des Landes ein. Auch ehemalige Partisanen.

Und auch hier trafen sich zwei Generationen: die Kämpfer gegen den Faschismus und die jungen Erbauer der sozialistischen Gesellschaft.

PATRIOTISMUS UND INTERNATIONALISMUS

In Bulgarien wird jetzt auf den Geschichtsunterricht an den Schulen und Hochschulen besonderes Gewicht gelegt. In Vorbereitung sind Filme über Christo Botew und Wassil Lewski. Historische Romane erscheinen. Der IX. Parteitag der KP Bulgariens hat es dieser zur Aufgabe gemacht, die ideologische und politische Tätigkeit zu intensivieren, mit der das Volk und besonders die Jugend in patriotischem Geiste erzogen wird.

Ich erkundigte mich, worauf dieser Beschluß zurückzuführen ist, und möchte hier einige Gründe anführen, die mir die bulgarischen Genossen genannt haben.

In verschiedenen Entwicklungsphasen des bulgarischen Staates war die Zusam-

menfassung des Landes an der Tagesordnung. Nach der Revision des Vertrags von Santo Stefano, als England und Österreich-Ungarn die Zerstückelung Bulgariens durchsetzten, appellierte die bulgarische Bourgeoisie mit ihrer nationalistischen Propaganda an den Nationalstolz des Volkes. Unter diesen Umständen wollte die Vorgängerin der Kommunistischen Partei — die Partei der engen Sozialisten — vermeiden, daß man sie des Nationalismus verdächtige, und schenkte der Geschichte des Landes nicht die gebührende Beachtung.

Das sind die geschichtlichen Beweggründe. Es gibt aber auch welche, die mit neuen Erscheinungen im Leben der Gesellschaft, mit neuen Prozessen zusammenhängen.

Bulgarien pflegt angelegentlich den Fremdenverkehr. Voriges Jahr waren fast anderthalb Millionen Ausländer dort, und nicht nur aus sozialistischen Ländern, sondern 100 000 aus der Bundesrepublik Deutschland, 34 000 aus Frankreich, 27 000 aus Österreich usw. Dieses Jahr sind es noch mehr. Bulgarien ist am Fremdenverkehr interessiert. Da das Jahr 1967 von der UNO zum Internationalen Jahr des Tourismus erklärt worden ist, hat es für das ganze Jahr die Einreisevisa kassiert.

Mit dem Zustrom von Touristen aus kapitalistischen Ländern sind gewisse Probleme verbunden. Ein Beispiel: Ein Teil der Jugend himmelt alles Ausländische an, von Wagen bis zu extravaganten Tänzen, schätzt aber nicht immer die kolossalen Fortschritte des eigenen Landes in der materiellen Produktion und die Schätze der nationalen bulgarischen Kultur. Die Jugend nimmt die guten Verhältnisse, unter denen sie aufwächst, lernt und arbeitet, sie nimmt die Tatsache, daß ihr alle Wege offenstehen und alle Möglichkeiten geboten sind, als etwas Selbstverständliches hin. Die sozialen Verhältnisse im Westen interessieren sie weniger als die modischen Tänze. Diese Oberflächlichkeit geht mit den Jahren gewöhnlich vorbei, man soll sich aber nicht darauf allein verlassen.

Die Gedankengänge der bulgarischen Genossen sind offenbar begründet. Aber das, was ihnen Sorge macht, sind, wie sie selbst sagen, Einzelerscheinungen und für das geistige Leben nicht charakteristisch.

So oft man in Bulgarien ist, man fühlt sich immer durch den Stolz der Bulgaren auf ihre revolutionäre Vergangenheit und auf die Fortschritte beeindruckt, die ihr Land in den Jahren des sozialistischen Aufbaus gemacht hat. Bei ihnen geht Patriotismus mit Internationalismus Hand in Hand.

In Sofia besteht auf dem Klement-Gottwald-Boulevard ein Museum der Bulgarisch-Sowjetischen Freundschaft.

Da sind viele interessante Dokumente zu sehen. Das Titelblatt der Zeitschrift *Tscherwen smeck* vom 22. Januar 1922, darauf der Appell: „Rettet die Kinder an der Wolga!“ und ein Foto von einer Verbalnote der Sowjetregierung vom 18. Juli 1933. Hier ihr Wortlaut:

„Die bevollmächtigte Regierung der UdSSR beehrt sich, dem Außen- und Kultusministerium Bulgariens mitzuteilen, daß die Sowjetregierung am 5. Juli d. J. der bulgarischen Regierung 100 000 Lewa als Hilfe für die Opfer der Rosiza-Überschwemmung zur Verfügung gestellt hat.“

Da sind auch Bücher von Sowjetschriftstellern, ins Bulgarische übersetzt. Schon zu Anfang der dreißiger Jahre lernten die Bulgaren Furmanows „Tschapajew“, Nowikow-Pribois „Tschushima“ und Fadejews „Neunzehn“ kennen. An einer Wand hängt eine Karte, auf der Städte und Dörfer Bulgariens kenntlich gemacht sind, wo in den Jahren von 1934 bis 1940 Gesellschaften der bulgarisch-sowjetischen Freundschaft bestanden. Ich habe über 80 gezählt.

Auch im alten Bulgarien war Russisch Pflichtfach. Selbst während des Krieges, als Bulgarien zur Hitlerkoalition gehörte, lernten die Kinder in der Schule Russisch. Diese Tradition war so fest verwurzelt, daß Zar Boris III. sie nicht verbieten konnte, wie er es auch nicht wagte, einen einzigen bulgarischen Soldaten an die sowjetisch-deutsche Front zu schicken. Die alten Beziehungen machen das heutige Verhältnis zwischen der Sowjetunion und Bulgarien besonders eng.

Spricht man mit Bulgaren, so hört man aus ihren Worten Achtung für andere Völker und den Wunsch heraus, den Kämpfern für nationale Freiheit und den Kämpfern gegen Aggressoren zu helfen. Das verhältnismäßig kleine Land, dessen umfangreiche Bautätigkeit sehr kostspielig ist, gibt dem demokratischen Vietnam Anleihen, auch eine zinsfreie. Und wenn man fragt, wie das Volk dazu steht, so bekommt man immer die Antwort:

„Das ist unsere Pflicht. Wir müssen zur Hilfe an Vietnam beisteuern. Sie ist Sache nicht allein der Sowjetunion. Diese hat ohnehin das meiste übernommen.“

Hier ein scheinbar unwesentliches Detail: Fast in allen bulgarischen Gaststätten werden Lieder von Mikis Theodorakis vorgetragen. Man liebt seine Musik in Bulgarien überhaupt, ich bin aber überzeugt, daß seine Lieder jetzt, wo er eingekerkert ist, demonstrativ gesungen werden. Darin kommt das Mitgefühl mit dem schwer geprüften griechischen Volk und die Unterstützung seines Kampfes zum Ausdruck.

UdSSR in Zahlen

Ende 1913 hatte das Russische Reich rund 159,2 Millionen Einwohner: 28,5 Millionen (18 Prozent) lebten in Städten und 130,7 Millionen (82 Prozent) auf dem Lande.

Anfang 1967 hatte die UdSSR fast 234,4 Millionen Einwohner. In Städten lebten 128 Millionen (55 Prozent), auf dem Lande 106,4 Millionen (45 Prozent).

Vor der Revolution gab es in Rußland rund 800, Anfang 1967 in der UdSSR 1874 Städte.

Vor der Revolution bestanden nur zwei Millionenstädte: Petrograd mit ca. 2,5 Millionen und Moskau mit 1,9 Millionen Einwohnern. Anfang 1967 gab es 8 Städte mit mehr als 1 Million Einwohnern: Moskau (über 6,5 Millionen), Leningrad (ca. 3,7 Millionen), Kiew (1,4 Millionen), Taschkent (über 1,2 Millionen), Baku (etwa 1,2 Millionen), Charkow (1,1 Millionen), Gorki (1,1 Millionen) und Nowosibirsk (über 1 Million).

Von den Einwohnern der UdSSR sind rund 184 Millionen (fast 80 Prozent) nach der Oktoberrevolution geboren.

Klassenmäßig setzte sich die Landesbevölkerung 1913 folgendermaßen zusammen: Arbeiter und Angestellte ca. 17 Prozent, Einzelbauern und nicht genossenschaftlich organisierte Handwerker 66,7 Prozent, Angehörige der Ausbeuterklassen (Bourgeoisie, Gutsbesitzer, Kaufleute und Großbauern) 16,3 Prozent (die nichtarbeitenden Familienmitglieder sind in allen Zahlen mit inbegriffen).

Gegenwärtig ist das Verhältnis folgendermaßen: Arbeiter und Angestellte 76,39 Prozent, Kolchosbauern 23,58 Prozent, Einzelbauern und Handwerker 0,03 Prozent.

Ungelöste Probleme

Bericht
aus Ankara von
Iona Andronow

Steigt man vom Ulusplatz auf den hohen Hügel mit der alten Festung, so sieht man ganz Ankara vor sich ausgebreitet. Die Aussicht wäre schön, wenn der Eindruck nicht durch eine Menge Elendshütten unterhalb der Festung gestört wäre. Wendet man aber den Blick seitwärts, so sieht man Hochhäuser aus Glas und Beton, schöne Wohnblocks, breite Straßen, schattige Alleen, den grünen Stadtpark mit einem künstlichen himmelblauen See, auf dem wie silberne Federbüsche Springbrunnen wippen.

Wie ist sie nun, die Hauptstadt der Türkei, reich oder arm, schön oder häßlich? Das kann man nicht ohne weiteres beantworten.

Man steigt den Hügel hinunter und kommt vorbei an dürrig gekleideten, unrasierten Männern, die sich an einer Hecke drängen, hinter der ein paar schmutzige einstöckige Häuser zu sehen sind. Das sind billigste Freudenhäuser. Man soll den Türken daraus aber nicht den Vorwurf machen, daß sie die öffentliche Moral mißachten! Es gibt kaum ein anderes Land, wo so streng wie hier auf Sittenreinheit geachtet wird. Ehebruch wird mit langen Freiheitsstrafen geahndet. Was die Häuser mit den roten Laternen betrifft, so sind sie eher ein soziales als ein sittliches Problem.

Geht man durch die Straßen von Ankara, so stellt man sich unwillkürlich auf die Politik um: An den Zeitungsständen auf dem Atatürk-Boulevard und dem Kizilay-Platz im Zentrum sind Bücher mit Reden und farbige Bildnisse des ehemaligen türkischen Ministerpräsidenten Menderes ausgestellt, der im Mai 1960 so aufsehenerregend gestürzt wurde. Es ist derselbe Menderes, der wegen Verrats an den nationalen Interessen gerichtet und als Hochverräter gehängt wurde. Derselbe, dessen Sturz durch eine mächtige Studentendemonstration, ebenfalls auf dem Kizilay, bewirkt wurde, wo er jetzt von den Zeitungsständen und aus den Schaufenstern der Buchhandlungen die Passanten anlächelt. Kehrt die Türkei etwa in die Zeit der schwarzen Reaktion zurück, deren Sinnbild Menderes war?

Nein, es sieht ganz und gar nicht danach aus. An denselben Ständen

und in denselben Buchhandlungen sind Bücher von Nazim Hikmet zu haben, ebenso Erzählungen sowjetischer Schriftsteller, angefangen von Gorki bis Aitmatow, ja sogar einige Werke von Marx. Das letztere ist eine Sensation. Noch heute werden ja in der Türkei Leute, denen „kommunistische Propaganda“ zur Last gelegt wird, eingesperrt, die Kommunistische Partei ist verboten, und die Kommunisten sind vogelfrei. Vor kurzem war der Übersetzer der bekannten Schrift von Lenin

„Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus“ angeklagt, und die Broschüre wurde eingezogen. Dagegen sind einige andere Werke von Lenin herausgegeben worden, und man kann sie in den Buchhandlungen kaufen.

Diese und viele andere Widersprüche — soziale, politische und wirtschaftliche — spiegeln den Widerstreit verschiedener Kräfte und Schichten der Gesellschaft wider, die für die Fortentwicklung der Türkei ganz unähnliche Projekte aufstellen. Die Diskussion ist dadurch veranlaßt worden, daß sehr viele nationale Probleme so schnell wie möglich gelöst werden müßten.

Brot und Wasser

Brot, Wasser, ein Dach über dem Kopf, Arbeit — das sind die wichtigsten Dinge für viele Türken. In Ankara sind die Preise für notwendigste Waren des Massenbedarfs seit dem Vorjahr um 8,5 Prozent gestiegen, in Istanbul um 17,9 Prozent. In Istanbul, der größten Stadt der Türkei, ist das Problem des Wassers das akuteste. Es gibt nicht genug Wasserreservoirs, die alten Wasserleitungen sind defekt, und diesen Sommer hatten manche Stadtviertel lange überhaupt kein Wasser. Deshalb hat sogar eine Protestkundgebung stattgefunden.

In Istanbul war ich im Rathaus und sprach mit Herrn Faruk Akçer, dem stellvertretenden Bürgermeister. Er ist von Beruf Baufachmann, spricht sehr liebevoll von seiner Stadt und zählt doch offen alle Schwierigkeiten auf: Die Wasserleitung muß modernisiert, Kanalisation muß fast ganz neu gelegt werden; der Strommangel muß ein Ende haben; man muß neue Straßen bauen und für Verkehrsmittel sorgen. Das alles kostet viel Geld, die Stadtverwaltung hat aber vorläufig wenig.

Und noch ein Problem: In den Nächten bauen sich Obdachlose auf städtischen Grundstücken heimlich Unterkünfte. Wenn sie es schaffen, bis zum Morgen das Dach zu decken, so kann man sie laut Gesetz nicht von dort entfernen, und nach fünf Jahren wird ihr Eigentumsrecht auf ihre Hütten anerkannt. In solchen Siedlungen gibt es weder Elektrizität noch Wasserleitung

und Kanalisation, ja es fehlen überhaupt die elementarsten hygienischen Bedingungen. Das sind richtige Elendsviertel. In ihnen wohnen, wie Herr Akçer sagte, Bauern, die in die Stadt gekommen sind, um sich Arbeit zu suchen.

Die Türkei hat 33 Millionen Einwohner. Von ihnen leben nach amtlichen Angaben 20 Millionen auf dem Lande. Ministerpräsident Suleiman Demirel erklärte am 25. August in Fethiye, daß die Hälfte der 65 000 türkischen Dörfer kein Trinkwasser, 90 Prozent keine Straßen und 30 Prozent keine Schulen haben. Die Staatliche Planungsorganisation der Türkei teilte im August mit, daß 98 Prozent der türkischen Dörfer keinen elektrischen Anschluß haben. Ein Fünftel der Bauernschaft — die wohlhabendste Schicht im Dorf — hat im Jahresdurchschnitt ein Pro-Kopf-Einkommen von 2660 türkischen Pfund¹, das ärmste Fünftel nur 416 Pfund². Diese Angaben der amtlichen Statistik erklären die Landflucht der Bauern.

In der Stadt aber müssen sie außer einem Unterkommen auch Arbeit finden. Und dazu muß man fachlich geschult sein. Doch auch die fachlich geschulten türkischen Arbeiter verdienen oft nicht genug, um ihre Familien zu ernähren. Lohnstreiks sind etwas Alltägliches. Als ich in Istanbul war,

¹ rund 657 DM

² rund 103 DM

streikten die Textilarbeiter und die Verkäufer der Singer-Niederlassungen, die in der Türkei von dem äußerst harten amerikanischen Geschäftsmann Humbert geleitet werden. Auch die Angestellten der Fürsorge, die sehr schlecht bezahlt sind, traten in den Ausstand. Sie demonstrierten sogar und legten am Fuße des Denkmals der Republik auf dem Taksim-Platz einen Kranz mit ihrer Gehaltsforderung nieder.

Wie die türkische Presse errechnet hat, ist die Zahl der streikenden Arbeiter seit vier Jahren auf das Fünffache angewachsen. In Ankara sieht man im Botschaftsviertel täglich Grüppchen von Arbeitern, die bereit sind, sich zu beliebigen Bedingungen für westdeutsche Betriebe anwerben zu lassen.

„Links vom Zentrum“

Die radikalsten Projekte für eine Bodenreform, für fortschrittliche Arbeitsgesetze und eine umfassende Demokratisierung des öffentlichen Lebens stellt die Türkische Arbeiterpartei auf. Sie hat aber noch verhältnismäßig wenig Einfluß im Lande. Im Medschlis hat sie 15 von den 450 Mandaten. Übrigens sind ihre Aussichten gut: Auf sie hören schon die Studentenschaft und die klassenbewußte Arbeiterjugend. Die Zahl solcher Arbeiter ist heute schon ganz ansehnlich. Einer mit Namen Özörden hat im vergangenen Sommer in Istanbul dadurch von sich reden gemacht, daß er das Taxi, das er fährt, „Proletarier“ nannte und den Namen mit Riesenlettern zu beiden Seiten auf die Karosserie malte. Die Polizei sah darin eine Herausforderung an die Behörden und verlangte, daß er den ketzerischen Namen durch einen anderen ersetze. Özörden weigerte sich. Er wurde mehrmals zum Verhör vorgeladen, man redete ihm zu und drohte, aber er gab nicht nach. Die Sache kam in die Presse, und alles wartete, wer denn nun die Oberhand gewinnen würde, die Polizei oder der Fahrer des „Proletariers“. Özörden hat durchgehalten, offenbar, weil er bei den Kollegen Rückhalt hatte, und schließlich mußte die Polizei klein beigeben. Der Fall mag geringfügig scheinen, aber unter den Verhältnissen der Türkei war er doch wichtig und in gewissem Sinne symptomatisch.

Die Stimmungen weiter Kreise kommen in der Stellungnahme der Republikanischen Volkspartei, der größten oppositionellen Partei, zum Ausdruck. Innerpolitisch steht sie „links vom Zentrum“. Ihr Vorsitzender, Ismet İnönü, hat mir diesen Ausdruck folgendermaßen erklärt:

„Links vom Zentrum stehen bedeutet, daß wir soziale Gerechtigkeit und so-

Unzufriedenheit über die wirtschaftliche Lage des Landes wird auch bei der Bourgeoisie laut. Im ersten Halbjahr 1967 überstieg der Import der Türkei ihren Export um fast eine Milliarde Pfund. Die diesjährige Ernte war gut, aber die Weltmarktpreise für Agrarprodukte sinken unaufhaltsam.

In Ankara und Istanbul habe ich vehemente Vorwürfe gegen den Westen und gegen gewisse türkische Politiker gehört. Sie sind wohl berechtigt. Man muß aber sagen, daß die Sorgen der Türkei nicht erst heute und auch nicht gestern aufgekommen sind. Sie bestanden schon in den fünfziger Jahren unter Menderes und bestehen heute — in etwas veränderter Form — fort.

ziale Sicherstellung unserer Staatsbürger anstreben.“

Mit Zentrum meint die Parteileitung diejenigen Kreise der türkischen Öffentlichkeit, die gegen jedwede soziale und wirtschaftliche Reformen sind. Links vom Zentrum stehen bedeutet für Reformen sein. Mit sozialer Sicherheit ist die Gleichstellung der Staatsbürger vor dem Gesetz und die Unantastbarkeit der demokratischen Rechte der Gesellschaft in ihrer Gesamtheit gemeint; mit sozialer Gerechtigkeit gleiche wirtschaftliche Möglichkeiten für alle.

Die Führer der Partei konkretisieren diese etwas verschwommenen Wünsche und versprechen für den Fall, daß sie zur Macht kommen, den Arbeitern einen Garantielohn, Arbeitslosenversicherung und einen festen Mietslimit

Schatten der Vergangenheit

Die reaktionären Kreise sind darüber besorgt, daß die türkische Öffentlichkeit für demokratische Umbildungen ist. Extremrechte Politiker schlagen vor, zu den „altbewährten“ Mitteln zu greifen, nämlich gegen die Arbeiter die Polizei vorzuschicken, gegen die fortschrittlichen Intellektuellen Strafgesetze „zur Bekämpfung des Kommunismus“ anzuwenden und die Bauern mit Hilfe der Moslemgeistlichkeit einer gründlichen Hirnwäsche zu unterziehen.

Manche gehen noch weiter. In Ankara sah ich Flugblätter der reaktionären klerikalen Organisation Hizb-üt-Tahrir (Befreiungspartei), in denen dazu aufgerufen wurde, die Türkei unter ein theokratisches Regime wie unter den Sultanen zu stellen. Die Flugblätter wurden in der Landeshauptstadt verbreitet, nachdem Führer dieser Gemeinschaft festgenommen worden waren. Gegen

sowie den Bauern eine einschneidende Bodenreform. Ebenso treten sie für eine gewisse Einschränkung des privaten Wirtschaftssektors zugunsten des staatlichen ein, halten jedoch am Privateigentum fest.

Mit ihrem „links vom Zentrum“ liegenden Programm verfolgt die Republikanische Volkspartei allem Anschein nach drei Ziele: Sympathie bei den breiten Massen zu finden, zu verhindern, daß Organisationen wie die Arbeiterpartei unter ihnen beliebt werden, zugleich aber zu vereiteln, daß es die extremen Reaktionen zu einer nationalen Krise kommen lassen, wie das unter Menderes der Fall war.

Der Generalsekretär der Republikanischen Volkspartei, Bülent Ecevit, schreibt in seinem unlängst erschienenen Buch „Links vom Zentrum“:

„Die Rechtsparteien beschleunigen die Aufspaltung der Gesellschaft in Klassen, sie lassen Möglichkeiten zu Reibungen zwischen diesen Klassen entstehen und bereiten somit den Boden für einen Klassenkampf vor, der von der linken Strömung angestrebt wird. Die Politik links vom Zentrum schneidet ihnen diesen Weg ab.“

Ecevit hat, wie wir sehen, eine sehr vage Vorstellung vom Klassenkampf, aber um so mehr Angst davor. Er möchte es allen recht machen. So ein „Kompromiß“ ist jedoch unwahrscheinlich. Sehr aufschlußreich ist aber schon die Tatsache, daß die älteste bürgerliche Partei des Landes die Devise „Links vom Zentrum“ aufstellen mußte, weil sie hofft, damit der linken Strömung „den Weg abzuschneiden“. Die Türkei scheint ihre Blicke also wirklich nach „links vom Zentrum“ zu richten.

den Leiter, Erdjument Ozkan, ist ein Untersuchungsverfahren eingeleitet. Er sagt:

„Wir wollen einen Staat schaffen, beruhend auf denselben Grundsätzen des Islams, die das Fundament des Osmanenreichs waren. Davon gehen wir nicht ab.“

Dieser zur Schau getragene politische Obskurantismus ist in der modernen Türkei unweigerlich zum Scheitern verurteilt. Deshalb werden die Verschwörer aus der Hizb-üt-Tahrir selbst von den Ultrarechten kaum ernst genommen. Die Reaktion baut auf solidere Gestalten, namentlich auf Expräsident Bayar.

Seinerzeit steckte Bayar mit Menderes unter einer Decke. Als im Mai 1960 nach den Studenten auch die Hörer der Militärschule von Ankara gegen die beiden auftraten, gab Bayar Befehl, sie

streng zu bestrafen, und warf in diesem Zusammenhang folgenden Satz hin:

„Wenn wir tausend Militärschüler liquidieren, wird die Türkei noch nicht weniger Einwohner haben.“

Den Militärschülern schloß sich jedoch die ganze Armee an. Bayar wurde in seinem Amtssitz von einer Gruppe von Offizieren verhaftet. Dann fand der Prozeß statt. Es stellte sich heraus, daß Bayar ebenso wie andere führende Männer der um Menderes gruppierten Oberschicht von den in der Türkei engagierten Auslandsgesellschaften riesige Bestechungen erhalten hatte. Im Herbst 1961 wurden Menderes und zwei seiner Minister auf Gerichtsbeschuß gehängt. Bayar, der im Gefängnis erkrankt war, entging dieser Strafe und befindet sich jetzt auf freiem Fuße.

Eine ganze Anzahl ehemaliger Anhänger von Menderes nehmen jetzt wieder am öffentlichen Leben teil. Ein Sohn des hingerichteten Ministerpräsidenten

ist Medschlis-Abgeordneter. In Aydin, der Geburtsstadt von Menderes, hat man im August eine Straße nach ihm benannt. Wie die türkische Presse behauptet, hat sich in der Gerechtigkeitspartei (der Regierungspartei) eine einflußreiche Gruppe ehemaliger Menderes-Anhänger gebildet, die sich auf Bayar orientieren. Dieser hat die ihm aberkannten Ehrenrechte zurückbekommen mit Ausnahme des Rechts, sich politisch zu betätigen. Das wird aber als reine Formalität angesehen.

Die türkische Presse teilt mit, daß die äußerste Rechte der Regierungspartei feindselig gegen den Parteiführer und Regierungschef, Suleiman Demirel, eingestellt ist. Die Zeitung *Akşam* will wissen, daß die Reaktionäre Ende Oktober unter Bayar eine eigene Organisation aufziehen und die Demokratische Freiheitspartei nennen wollen. Dem Namen nach zu urteilen, wird die neue Partei ihre Tätigkeit mit Demagogie aufnehmen.

Allgemein aber ist man der Ansicht, daß die Ränke der Ultrarechten die Regierung nicht ins Wanken gebracht haben. Im Gegenteil, das Kabinett Demirel hat in den letzten Monaten seine Positionen untermauert, u. a. dank einer ganzen Folge außenpolitischer Schritte zum Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen des Landes zu seinen Nachbarn. Schon ist bekanntgegeben worden, daß Tausende von Familien beim Bau der neuen Industrieobjekte Beschäftigung finden werden, an dem die Sowjetunion beteiligt sein wird. Von der Ausdehnung des Handels mit den sozialistischen Ländern verspricht man sich ein Sinken des Fehlbetrags in der Außenhandelsbilanz. Die Geschäftskreise und die Bauernschaft hoffen, neue Auslandsmärkte für türkische Agrarprodukte zu bekommen.

Die lebenswichtigsten Probleme der Türkei harren aber noch immer ihrer Lösung.



Ein äthiopischer Künstler stellt in Moskau aus

Werke von Gebren Christos Desta, die auf seiner Moskauer Ausstellung zu sehen waren.



Oktober 1967

8.—10. Auf Initiative des Weltfriedensrates tagt in Berlin eine Konferenz der Sekretäre von Landesfriedenskomitees.

9. Der Vorstand der Demokratischen Partei der USA beraumt ihren Parteitag, auf dem der Präsidentschaftskandidat nominiert werden soll, für den 26. August 1968 an.

10. Die Sowjetunion, die USA und Großbritannien hinterlegen in Moskau, Washington und London die Ratifikationsurkunden des Vertrags über die Tätigkeit der Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraumes einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper.

Die Regierung der DDR gibt eine Erklärung für den sowjetischen Entwurf zu einem Kernsperrvertrag ab.

11. In Dolisie (Kongo—Brazzaville) beginnt eine Woche der sowjetisch-kongolischen Freundschaft, in deren Rahmen eine große Fotoausstellung „50 Jahre Sowjetunion“ veranstaltet ist.

12. Die 3. Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR (7. Legislaturperiode) kommt zum Abschluß, nachdem sie den Staatlichen Plan für die Entwicklung der Volkswirtschaft für 1968 und die entsprechenden Pläne für 1969 und 1970 gebilligt sowie den Staatshaushalt der UdSSR für 1968 und ein Gesetz über die allgemeine Militärpflicht bestätigt hat.



● In der Koreanischen Volksdemokratischen Republik beginnt ein Festmonat anläßlich des 50. Jahrestages der Oktoberrevolution.

● In Moskau wird die Gesellschaft „UdSSR—Syrien“ gegründet. Sie ist das 51. Mitglied des Verbands der sowjetischen Gesellschaften für Freundschaft mit dem Ausland.

● Aus Protest gegen den Krieg in Vietnam verbrennt sich in San Diego (Kalifornien, USA) die 36jährige Buddhistin Hiroko Haiyasaki, eine Amerikanerin japanischer Herkunft.

13. Auf der 22. UNO-Vollversammlung schließt die politische Generaldebatte, in der Vertreter von 109 Ländern gesprochen haben.

● Generalmajor Sugiharto, der Generalstaatsanwalt Indonesiens, bestätigt offiziell, daß Oberstleutnant Untung, Major Sujono, Leutnant Ngadimo und Major Sujono als Führer der „Bewegung vom 30. September 1965“ hingerichtet worden sind.

14. Eine Ratstagung der Internationalen Demokratischen Frauenföderation in Prag ernannt Cécile Hugel von der Föderation der französischen Frauen zur Generalsekretärin der IDFF.

15. In Wolgograd wird im Beisein von Leonid Breschnew, Nikolai Podgorny und Alexej Kossygin ein Ehrenmal für die Helden der Schlacht von Stalingrad eingeweiht.

● Fidel Castro, Ministerpräsident von Kuba, bestätigt in Rundfunk und Fernsehen die Nachricht vom Tode des bekannten Revolutionärs Ernesto Ché Guevara. In Kuba wird eine dreitägige Trauer erklärt.

● In Tel Aviv wird ein Anschlag auf Meir Vilner, den Sekretär des Politbüros des ZK der KP Israels, verübt. Der Attentäter wird festgenommen.

● Der Ministerrat der VAR beschließt die Verstaatlichung des gesamten Großhandels.

● Pjotr Abrassimow, Botschafter der UdSSR in der DDR, richtet an die Botschafter der USA, Englands und Frankreichs in der Bundesrepublik Schreiben, in denen die revanchistischen Umtriebe der BRD in Westberlin verurteilt werden.

● Jungpioniere der DDR und die FDJ veranstalten in Leipzig anläßlich des 50. Jahrestags der Oktoberrevolution ein Freundschaftstreffen, an dem auch sowjetische Pioniere und Komsomolzen teilnehmen.

16. In Mailand beginnt eine gemeinsame Tagung der Allgemeinen Italienischen Arbeitskonföderation und der französischen CGT, auf der ein einheitliches politisches und wirtschaftliches Vorgehen in den EWG-Ländern erörtert wird.

17. In Moskau wird ein Tag der Freundschaft Moskau—Hanoi abgehalten.

Redaktion: Moskau K-6,
Maly Putinkowski
pereulok 1/2

Chefredakteur: Natalja SERGEJEWA
Stellvertretende Chefredakteure: V. Bereshkow, N. Sluzker
Redaktionskollegium: I. Andronow, L. Besymenski, P. Jefimow,
M. Kremnjow, I. Trofimowa, D. Wolski

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics